

Abstract

The present diploma thesis deals with the creation of the Second Polish Republic, focusing on the years during the First World War, as well as on the years following the end of the war. A special focus will be laid on the activities of the two personal and ideological rivals Józef Piłsudski and Roman Dmowski. Both of them were quite active in the Polish independence movement before the summer of 1914. In view of the Great War, both pursued quite militant approaches to achieve the one common goal, to put a united and independent Poland back on the map of Europe. Piłsudski, coming from a socialist background, supported the Central Powers, though it wasn't loyalty, but mere consideration. Dmowski on the other side saw the possibility of a future united and independent Poland only under the sceptre of the Tsar in Saint Petersburg, or rather Petrograd. That's why he supported the Entente, most notably with propaganda. His fields of activity changed during the war - especially because of the poor war efforts of Russia - from Petrograd over Switzerland to London and Paris.

After the end of the war and the defeat of the Central Powers, the official nation building process of Poland began, on the one side with the peace negotiations in Versailles and on the other side directly on the battlefields, especially against Russia, now ruled by the Soviets. Through these actions, a new Poland established itself on the map of Europe directly after the end of the First World War and became a not unimportant political factor amongst the great powers on the continent. But not without any side effects: Due to its aggressive behaviour, both on the negotiating table and on the battlefield, Poland couldn't establish or keep up good diplomatic ties with its neighbours. On the contrary, Poland had, until its demise some 20 years later, rather hostile relations with most of its neighbours. This instance eventually culminated in the occupation of Poland by Nazi Germany and Soviet Russia at the beginning of the Second World War.

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit behandelt den Weg Polens hin zur Zweiten Polnischen Republik, mit einem Schwerpunkt auf die Jahre während, beziehungsweise direkt nach Beendigung des Ersten Weltkriegs. Im Speziellen behandelt die Arbeit das Wirken der beiden privaten und ideologischen Kontrahenten Józef Piłsudski und Roman Dmowski. Beide waren schon vor dem Sommer 1914 aktiv in der polnischen Unabhängigkeitsbewegung tätig, in Anbetracht des Großen Krieges entschieden sie sich jedoch für beinahe diametral gegensätzliche Ansätze, um ein geeintes und unabhängiges Polen wieder zurück auf die europäische Landkarte zu bringen. Piłsudski, ursprünglich aus der sozialistischen Bewegung kommend, setzte auf einen Sieg der Mittelmächte und stellte sich, mehr aus Kalkül als aus Loyalität, auf die Seite des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns. Dmowski wiederum sah die Zukunft eines geeinten und unabhängigen Polens nur unter dem Zepter des Zaren in Sankt Petersburg, später Petrograd, als gegeben und machte sich deswegen daran, die Entente, vor allem durch Propagandaaktionen, zu unterstützen. Seine Tätigkeitsfelder veränderten sich mit dem Laufe des Krieges und vor allem dem unglücklichen Kriegsverlauf Russlands und wanderten von Petrograd schließlich über die Schweiz nach London und Paris.

Mit dem Ende des Krieges und der Niederlage der Mittelmächte begann nun offiziell die Staatsbildung Polens, einerseits bei den Friedensverhandlungen in Versailles, andererseits aber auch direkt auf dem Schlachtfeld, vor allem gegen das nun sowjetische Russland. Durch diese Handlungen konnte Polen, das erst am Ende des Ersten Weltkrieges wieder auf den Landkarten erschienen war, binnen kürzester Zeit zu einem nicht unwichtigen Faktor im europäischen Konzert der Mächtigen aufsteigen. Jedoch nicht ganz ohne Nebenwirkungen, denn durch sein aggressives Auftreten, sowohl am Verhandlungstisch als auch auf dem Schlachtfeld, waren die Beziehungen zu den Nachbarstaaten alles andere als freundschaftlich. Dieser Umstand würde sich nur wenige Jahre später äußerst negativ auf das weitere Geschehen Polens auswirken, als nämlich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs sowohl Nazi-Deutschland als auch die Sowjetunion begannen, Polen wieder unter sich aufzuteilen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Historisch gewachsene Situation	11
2.1. Romantiker und Positivisten	11
2.2. Nationaldemokraten & Sozialisten	16
2.3. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhundert	19
2.4. Polen im Ersten Weltkrieg	21
3. Pilsudski während des Krieges	26
3.1. Biographie	26
3.2. Polnische Legion	27
3.3. Der Niedergang der Polnischen Legion	32
3.4. Der 5. November 1916 und das Königreich Polen	38
4. Arbeit von Dmowski im Exil/Polnisches Nationalkomitee	47
4.1. Biographie	47
4.2. Exil in Russland und im Westen	48
4.3. Nationalkomitee und Exil-„Regierung	53
5. Polen und seine Regierungen	57
6. Europa nach dem Krieg	64
6.1 Paris wird zum Zentrum Europas	64
6.2 Erwartungen und Ergebnisse	67
7. Der Polnisch-Sowjetische Krieg	80
7.1. Revolution & Bürgerkrieg in Russland	80
7.2. Kresy	89
7.3. Ukraine	92
7.4. Rückzug, Flucht und Gegeninitiative	97
8. Conclusio	104
9. Literatur	110

1. Einleitung

Polen als Staat gab es schon seit der dritten und letzten polnischen Teilung 1795 nicht mehr, aber dennoch fühlten sich viele Millionen als Polen. Ihren Sehnsüchten und Wünschen nach einem eigenständigen und ungeteilten polnischen Staat standen jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts vornehmlich die drei Teilungsmächte Preußen, das Russische Zarenreich und Österreich-Ungarn im Wege. Auf den Thronen eben dieser Reiche saßen Männer, in deren tiefverwurzelter Ansicht ein Polen auf der Landkarte keinen Platz haben konnte, da es mit den eigenen, inzwischen eingefleischten, Gebietsansprüchen nicht kompatibel gewesen wäre. Für Kaiser Wilhelm II. musste das Reich im Osten an das Russische Reich grenzen, zumal in den östlichen, bis 1795 von Preußen erworbenen Gebieten die Germanisierung Einzug gehalten hat und Posen oder auch Westpreußen aus dem Reich nicht mehr wegzudenken ist. Der russische Zar Nikolaus II. hatte in den ehemals polnischen Gebieten seinerseits ebenfalls versucht, den polnischen Autonomie- oder Unabhängigkeitsbestrebungen mit aller Härte entgegenzuwirken. Harte Repressionen und Russifizierung, vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, waren die Antworten des Zaren und seiner Vorgänger. (Borodziej, 2010: S. 14) Immer wieder kam es zu Aufständen und Revolten, zuletzt 1905, als Antwort auf den Russisch-Japanischen Krieg. Befürworter eines eigenständigen Polens wollten die aktuelle Schwäche Russlands ausnutzen, scheiterten jedoch an internen Differenzen und dem Mangel an ausländischer Unterstützung. (Borodziej, 2010: S. 61ff)

Der Längstdienende unter den Herrschern der drei Teilungsmächte war der seit 1848 regierende Kaiser Franz Josef I. In seinem Reich lebten viele ethnische Gruppen in mehr oder weniger großer Autonomie zusammen. Eines dieser Völker war das polnische im Osten und Nordosten der Monarchie. Dort waren die Polen jedoch nur eine Ethnie von vielen und teilten sich das Land und die Städte mit Juden, Ruthenen und Anderen. (Borodziej, 2010: S. 33)

Es bedurfte also einer außerordentlichen, zumindest in der jüngeren Vergangenheit noch nicht dagewesenen Veränderung der machtpolitischen Strukturen Europas, um den seit über 100 Jahren nicht existierenden polnischen Staat wieder aus der Versenkung zu heben. Und genau diese Veränderung sollte die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts sein, die die europäische Landkarte neu zeichnen würde. Viele neue kleine und größere Staaten sollten aus der Konkursmasse der gefallenen Großreiche entstehen, eines davon sollte Polen werden. Jedoch nicht das Polen, das wir heute kennen. Das Polen der Zwischenkriegszeit lag von seiner Position her deutlich weiter im Osten und umschloss große Teile der heutigen Staaten

Weißrussland, Litauen und der Ukraine. (Borodziej, 2010: S.23f) Im Westen hingegen lagen weite Bereiche des modernen Polen noch auf damals deutschem Staatsgebiet.

Bevölkert wurde die Zweite Polnische Republik von zahlreichen Minderheiten, wie Juden, Deutschen, Ruthenen, Belarussen, Litauern und vielen anderen, welche sich nun wohl oder übel mit oder viel öfter gegen ihren Willen mit ihrem neuen Heimatland abfinden mussten. Ähnlich erging es damals zahllosen Europäern, die sich trotz oder gerade durch das von US-Präsident Wilson geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker nun als Fremde im eigenen Land wiederfanden. (Leonhard, 2019: S.771) Zu durchmischt waren die Grenzgebiete der historischen Länder des Ostens und des mittleren Ostens Europas. Ob Deutsche oder Ungarn in der neugegründeten Tschechoslowakei oder eben Litauer und Ruthenen im neuen Polnischen Staat, sie alle haderten mit den neuen Grenzen, die die Kriegsgewinner der Entente entweder in Paris oder auf dem Schlachtfeld zogen. (Borodziej, 2010: S.124)

Für die Polen war es eine gänzlich neue Erfahrung, einen eigenen Staat zu besitzen und nicht mehr selber als Minderheit um Anerkennung und Autonomie kämpfen zu müssen. Genau das, was man zuvor den Großmächten vorgeworfen hatte, nämlich imperialistischer Größenwahn auf dem Rücken kleinerer auszutragen, das mussten sie sich jetzt ihrerseits von den unterjochten Völkern vorwerfen lassen. Es war jedoch ein, für polnische Verhältnisse, gerechtfertigtes Bedürfnis, seine Grenzen, ausgehend vom, nach dem Wiener Kongress entstandenen Kongresspolen, in alle Richtungen auszudehnen. (Rothschild, 1974: S.30) Und es war auch bitter notwendig, wollte man auch in Zukunft bestehen können, gegen die Großmächte im Osten und im Westen, gegen die Sowjetunion und Deutschland. Zum einen verstand man sich von nun an, ob seiner geographischen und geopolitischen Lage, als Verteidiger gegen die Gefahr des Kommunismus, der aus dem nun von den Bolschewiki beherrschten Russland drohte. Zum andern war man, vor allem auch aus französischer Sicht, der Fels, der den ausufernden imperialistischen Expansionen Deutschlands Einhalt gebieten sollte. Denn genau das war für die Entente, und hier besonders für Frankreich, der Auslöser für den großen Krieg, der Tod und Verderben über den gesamten Kontinent gebracht hatte. Um dies in Zukunft zu unterbinden sollte ein starkes Polen von nun an als stabilisierendes Gegengewicht im Osten existieren. Es sollte Bestandteil eines *Cordon sanitaire* sein, der gemeinsam mit anderen kleineren Staaten die instabile Lage Deutschlands und auch Russlands, beziehungsweise der Sowjetunion, unter Kontrolle bringen sollte. (Leonhard, 2019: S.491)

Doch Entscheidungsgewalt lag nur zu einem begrenzten Teil bei den über den Frieden verhandelnden Parteien in Paris. Für Tatsachen wurde auch direkt vor Ort, direkt an den Fronten gesorgt, was der Entente nicht wirklich gefiel. Doch auch innerhalb des polnischen Lagers gab es unterschiedliche Herangehensweisen. Will man nun eine größere Ausdehnung nach Westen, oder eher nach Osten, oder will man doch eher ein Polen, das innerhalb einer Föderation existiert, in der man zwar selbst an der Spitze steht, jedoch in einer engen Verbindung zu den Ländern des ehemaligen Polen-Litauen? (Roos, 1986: S.52f) Einig war man sich zumindest hinsichtlich eines Zugangs zum Meer. Festgeschrieben war dieser schon im 14-Punkte-Plan des bereits zuvor erwähnten US-Präsidenten Woodrow Wilson. (Brandt, 2018: S.140) Auch Danzig, inzwischen kulturell und wirtschaftlich tief mit Deutschland verbunden, sah man unter Berücksichtigung historischer Tatsachen, als eindeutigen Teil Polens an, jedoch ohne die Rechnung mit den Verhandlern der Entente in Paris gemacht zu haben. Und derartige Streitpunkte gab es viele, und zwar mit allen neuen Nachbarländern. (Roos, 1986: S.92)

Politisch geprägt wurden die Anfänge der noch jungen Zweiten Polnischen Republik von zwei Personen, die sowohl von ihrer Biographie, als auch von ihren Zielen für den neuen Staat, nicht weiter voneinander entfernt hätten sein können. Dies ist wohl auch der Grund, wieso sie eine so große Antipathie gegeneinander hatten. Zum einen war da Józef Piłsudski, er stand für ein föderales Polen, das sein Gebiet vor allem im Osten, in der Kresy, suchen sollte. Dieser Bereich Osteuropas war einst Bestandteil des Königreichs Polen-Litauen und deswegen, so argumentierte Piłsudski auch, müsse man die dortige Bevölkerung von den Russen, egal ob zaristisch oder kommunistisch, befreien. (Roos, 1986: S.62)

Politisch auf der entgegengesetzten Seite befand sich Roman Dmowski. Er war Anhänger der Nationaldemokratischen Partei Polens. Für ihn konnte ein Polen nur unter der Schirmherrschaft Russlands, und zwar eines zaristischen Russland, entstehen und bestehen. Er war zwar für Autonomie und Unabhängigkeit, aber nur in Verbindung mit einer starken Bindung an Sankt Petersburg. Hauptkontrahent auf diesem Wege war nicht wie bei Piłsudski Russland, sondern Deutschland, der ewige Aggressor im Westen, der Erzfeind Polens, zumindest aus Dmowskis Sicht. (Borodziej, 2010: S.60) Auf Grund seiner harten Rhetorik gegenüber Deutschland machte sich Dmowski bei der Entente, und hier vor allem bei Frankreich, viele Freunde, was auch seine herausragende Stellung bei den 1919 beginnenden Friedensverhandlungen in Paris erklärte. (Conze, 2018: S.298)

Die Situation nach Kriegsende war nun wie folgt: Piłsudski war in Polen und danach bestrebt so schnell wie möglich für klare Tatsachen auf dem Schlachtfeld, vor allem gegen Russland, zu sorgen, während Dmowski nun seine Beziehungen spielen lassen wollte, um ein Polen nach seinen Vorstellungen zu formen, das in erster Linie aus Polen, und zwar soweit es möglich war, nur aus Polen bestehen sollte, bei Bedarf auch mittels Polonisierung. (Roos, 1986: S.53) Dass diese Konstellation durchaus Konfliktpotential besaß, war wohl durchaus klar. Wie die kommenden Monate und Jahre zeigen sollten, sollte der Kampf Dmowskis gegen Piłsudski die Geschehnisse und die Geschichte der Anfänge der Zweiten Polnischen Republik prägen wie kaum etwas anderes.

Die Tatsache, dass die soeben beschriebenen Geschehnisse knapp 100 Jahre zurückliegen, machen sie nicht weniger aktuell, zumal es im Zuge des 100. Jahrestags des Friedensvertrages von Versailles vermehrt zu Publikationen und Erinnerung daran kam. Auch die Beziehung zu Deutschland im Westen und, vor allem, zu Russland im Osten, ist für Polen immer noch brandaktuell. Durch die Positionierung Polens innerhalb der Europäischen Union und der NATO wird die klare Abgrenzung, die schon Piłsudski vor einem guten Jahrhundert vollziehen wollte, mehr als deutlich. Gemeinsam ist man nun mit dem westlichen Nachbarland Deutschland Mitglied in diesen beiden Bündnissen, und zwar als gleichwertiger Partner. Auch wenn man sich schon seit der Gründung der Zweiten Polnischen Republik als neue und eben gleichwertige Macht im europäischen mittleren Osten gesehen hatte, war die Außenwahrnehmung doch eine ganz andere, vor allem von deutscher Warte aus. Dort sah man die Grenzen, die nun im Osten neu durch den sogenannten Schandfrieden von Versailles etabliert wurden, als eine Zumutung an, die von einer breiten Masse in Politik und Gesellschaft abgelehnt wurde. (Borodziej, 2010: S.124) Diese Grundeinstellung, sowie die damit einhergehende Unterschätzung des neuen polnischen Staates, führte bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und in dessen Verlauf zu einer starken Geringschätzung Polens und der Polen, die man über Generationen hinweg nicht als eigenen Staat kannte und anerkannte.

Gespeist wurde dieses Misstrauen vermutlich auch durch die Haltung, die Polen, zumindest in Teilen, während des Ersten Weltkriegs eingenommen hatte. Sowohl militärisch als auch diplomatisch handelten diese gegen die Mittelmächte und stellten sich auf die Seite der später siegreichen Entente. Inwieweit sich diese Bemühungen auf die Verhandlungen in Versailles ausgewirkt haben und ob sie positiven Einfluss auf die neuen Grenzen, unter anderem auch zu Deutschland, hatten, werde ich unter anderem versuchen, in dieser Diplomarbeit zu erarbeiten und habe deswegen auch die erste Forschungsfrage wie folgt formuliert:

„Inwieweit hat sich die politische und militärische Haltung der Nationaldemokraten um Roman Dmowski und des Nationalkomitees gegen die Mittelmächte auf die Verhandlungen in Versailles und die Staatenbildung Polens nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ausgewirkt?“

Wenn man diejenigen Personen betrachtet, die die Geschicke Polens nach dem Ende des Ersten Weltkriegs geführt haben, so kommt man unter keinen Umständen an der Person Piłsudski vorbei. Eine strittige Persönlichkeit, die wie kaum eine andere den Lauf der Geschichte Polens beeinflusst hat und auch heute noch einen recht hohen Stellenwert in Polen hat. Im Gegensatz zu Dmowski hatte Piłsudski jedoch die Hypothek zu tragen, dass er sich nicht wie dieser in den Dienst der siegreichen Entente gestellt hatte, sondern, zumindest anfänglich, die Mittelmächte unterstützte. (Borodziej, 2010: S.76)

Sein Kampf auf Seiten der k. u. k. Armee gegen die Truppen des russischen Zaren wurde nicht nur von Dmowski, einem durchaus russophilen Politiker, scharf kritisiert, sondern auch von der Führung der Entente, die in Piłsudski einen Gehilfen des Feindes sah. Dass Piłsudski jedoch nur scheinbar dieselben Interessen wie Österreich-Ungarn und Deutschland vertrat, wird spätestens mit der Eidkrise mehr als deutlich. Denn nicht der bedingungslose Sieg gegen die Entente war Piłsudskis Hauptmotiv für seine kriegerische Beteiligung, sondern die Aussicht auf einen eigenen unabhängigen polnischen Staat, sobald Russland einmal aus den ehemals polnischen Gebieten vertrieben wäre, und der Zar keine Verfügungsgewalt mehr über die Polen in seinem Reich hätte. (Borodziej, 2018: S.67) In der Tradition der Jagiellonen wollte Piłsudski ein neues, großes und starkes Polen gründen. (Roos, 1986: S.68f) Ein Polen, welches sich als Teil einer Föderation mit seinen kleineren östlichen Nachbarn gegen die Gefahren auf dem europäischen Kontinent stellt.

Für Piłsudski sollte dieses Polen nicht nur eine Heimat für die Polen sein, sondern für alle Menschen, die sich auf dem Gebiet innerhalb der späteren Grenzen befinden würden.

Dmowski hingegen verlangte ein Polen für die Polen, andere sollten hier keinen Platz finden, entweder sie assimilieren sich oder sie wären hier unerwünscht. (Roos, 1986: S.53) Je nach Ansicht sollte ein künftiges Polen nun unterschiedliche Ausmaße annehmen und eine unterschiedliche Bevölkerung beherbergen und auch unterschiedliche Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten pflegen. Dies führt mich zur zweiten Forschungsfrage, der ich mich in dieser Diplomarbeit widmen will, und die wie folgt lautet:

„Welche Auswirkungen hatte das Geschichtsbild und Nationenverständnis von Józef Piłsudski auf die expansive und aggressive Außenpolitik Polens nach dem Ersten Weltkrieg, welche zu einer enormen Erweiterung des polnischen Staatsgebiets in den ersten Jahren nach Kriegsende führte und in Zukunft für enorme Spannungen mit dem neuen großen Nachbarn im Osten, der Sowjetunion, führen sollte?“

2. Historisch gewachsene Situation

2.1 Romantiker und Positivisten

Polen war für eine lange Dauer der Neuzeit eine nicht als eigener Staat existierende Entität. Die Gebiete der zwischen 1772 und 1795 in drei Teilungen aufgespaltenen ehemaligen Adelsrepublik Polen-Litauen waren nun unter der Kontrolle Deutschlands, Russlands und Österreichs. (Augustynowicz, 2014: S.59) Der seit der Union von Lublin 1569 bestehende Zusammenschluss, Rzeczpospolita Szlachecka, wie die Adelsrepublik auf Polnisch genannt wird, existierte nicht mehr. Man war den übermächtigen Nachbarn in Ost, West und Süd zum Opfer gefallen und konnte somit die Rolle, die Polen-Litauen für sich in Anspruch genommen hatte, nicht mehr erfüllen. (Szücs, 2015: S.73) Man verstand sich nämlich als europäisches Bollwerk gegen alle Gefahren, die im Osten lauerten, nämlich die Tataren, die Türken und die Russen. Durch die Teilungen konnte man dieser Aufgabe zwar nicht mehr nachkommen, jedoch sahen die Romantiker sie als ein notwendiges Übel, um die Stabilität Europas auch weiterhin zu sichern. So zumindest die romantische Sichtweise, die noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts in Polen vorherrschend war. Selbstverständlich trauerte man der alten Rzeczpospolita nach, jedoch war man sich darüber einig, dass man ein eigenständiges und starkes Polen brauchen würde und ein solches Polen für die Menschheit von unbestrittenem Nutzen sein würde. (Prizel, 1998: S.40f)

Was bei den Unabhängigkeitsbestrebungen Polens im Gegensatz zu den meisten anderen in Europa jedoch fast einzigartig war, ist, dass die Adelsrepublik, beziehungsweise die letzte Teilung Polens noch gar nicht allzu lange her war. So gab es zu den jeweiligen Aufständen noch zahlreiche „Veteranen“, die sich noch an das Leben in einem eigenständigen, nicht geteilten Polen erinnern konnten. (Wandycz, 2001: S. 141)

Im romantischen Verständnis der polnischen Elite des frühen 19. Jahrhunderts gehörten die Gebiete östlich des Flusses Bug, also die Kresy, aufgrund historischer Tatsachen und moralischer Verpflichtungen unzweifelhaft wieder zurück unter polnische Kontrolle. Ein Polen ohne diese Territorien, in denen jedoch nur die adelige Oberschicht als polnisch bezeichnet werden kann, ist demnach nicht vorstellbar und wurde auch kategorisch abgelehnt. Die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung, also zum Beispiel Ruthenen oder Belarussen, hatten ohnedies kein Wort mitzureden. Für die Polen war es jedoch ein entscheidendes Kriterium, man verstand sich schließlich als die Befreier der von Russland unterdrückten Völker des

östlichen Europas. Der Zar hingegen war der Erzfeind, der diesen Traum vom Wiedererstarken der Rzeczpospolita unmöglich machte. Aus diesem Grund ist bei den Polen, nicht wie bei vielen anderen slawischsprachigen Völkern jener Zeit, auch kein wirkliches panslawistisches Gedankengut vorhanden. Denn der vorherrschende Status quo, der auch nach dem Wiener Kongress von 1815 weiter verfestigt wurde, war für die szlachta nicht akzeptabel. (Prizel, 1998: S.44)

Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es auf dem von Polen bewohnten Gebiet, das jedoch von den drei Teilungsmächten besetzt war, zu zahlreichen Aufständen, vor allem auf dem russischen Teilungsgebiet. Die größten und zunächst erfolgversprechendsten Aufstände vor, 1794 (Rothschild, 1974: S.32) und nach der letzten Teilung waren jene in den Jahren 1830, 1846-1848 und 1863. (Borodziej, 2010: S.14) Diese Unabhängigkeitsbestrebungen auf von Polen bewohntem Gebiet waren für das Europa des 19. Jahrhunderts keine Ausnahme. Überall auf dem Kontinent, und vor allem auch in Ostmitteleuropa begehrten unterdrückte Völker auf und verlangten mehr Autonomie oder gar die komplette Unabhängigkeit. Ob nun in Böhmen, Ungarn oder eben auch in Polen. Der Gedanke von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geisterte spätestens seit dem Ausbruch der Französischen Revolution 1789 über den Kontinent. In Polen schlossen sich beispielsweise, und das soll den Freiheitsdrang dieses Volkes untermauern, zahlreiche Männer den Truppen Napoleons auf dessen Feldzug gen Osten an. Sie waren befeuert vom Traum eines eigenständigen Staates und sahen in Napoleon ihren Befreier, der die alten Teilungsmächte in die Knie zwingen sollte. (Davis, 2001: S.139) Ein neues und freies Polen sahen sie als eine logische Konsequenz aus dem vermeintlich siegreichen Feldzug Napoleons. (Wandycz, 2001: S.150) Jedoch weiß man aus der Geschichte, dass dem nicht so war und die Polen noch über 100 Jahre warten sollten, bis sie sich wieder Bewohner eines unabhängigen polnischen Staates nennen durften.

Ein zweites wichtiges Ereignis, das sich zeitnah zur französischen Revolution abspielte und ebenfalls den Namen Revolution trägt, war die industrielle Revolution, die von England aus den Kontinent eroberte. In Ostmitteleuropa wurden jedoch zunächst vom industriellen Standpunkt aus die böhmischen Länder „erobert“. Polen musste auf seine Industrialisierung noch einige Zeit länger warten. Doch das soziale und politische Umdenken brachte die Industrielle Revolution auch bis ins Zarenreich und säte so den Samen für Unzufriedenheit mit dem Status quo und dem Verlangen nach Veränderung. (Wandycz, 2001: S.166ff)

Was nun den Januaraufstand von 1863 angeht, so sind vor allem zwei Besonderheiten hervorzuheben, welche auch für die weitere, auch nationalstaatliche, Entwicklung Polens von

großer Bedeutung waren. Zunächst unterschätzen die romantischen Polen den Revolutionswillen der litauischen und ukrainischen Bevölkerung. Ausgehend von einer Haltung gegen den Zaren in Russland, dachten die polnischen Revolutionäre, dass auch die Litauer und Ukrainer dem alten polnisch-litauischen Königreich hinterhertrauerten und sie diese dadurch für ihre Sache, ein unabhängiges, sich weit in den Osten hin erstreckendes Polen, gewinnen könnten. Dem war jedoch nicht so und mit dem Scheitern des Januaraufstandes war auch das Ende des Traums von einer dreieinigen gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Polen, Litauen und Ukrainern besiegelt. (Prizel, 1998: S.45)

Ein grundlegendes Problem war auch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung. Denn der Januaraufstand von 1863 war von der Intelligenzija getragen, die fast ausschließlich aus Polen der oberen Schichten bestand. Jedoch waren nicht nur die meisten Polen Bauern, sondern auch so gut wie alle Litauer, Ukrainer und Belarussen. Diese zum Aufbegehren zu gewinnen war kaum möglich und aus diesem Grund auch ein Hauptfehler des Aufstands. Denn wenn es einem nicht gelingt, den Großteil der Bevölkerung hinter sich zu vereinigen, wie soll es dann gelingen, den übermächtigen Feind im Osten zu besiegen? Und auch wenn oftmals an die „Seele der Bauern“ (Wandycz, 2001: S. 141) appelliert wurde, so waren die Appellgeber selbst Adelige und aus diesem Grund nicht unbedingt glaubwürdig für die bäuerliche Landbevölkerung.

Ein ähnliches Versäumnis gab es auch schon gut 30 Jahre früher, als der polnische Sejm des Kongress-Königreichs es verabsäumte, die Bauern zu emanzipieren und sie somit für ihre Sache zu begeistern und gegen den Feind, den Zaren, aufzubringen. (Wandycz, 2001: S. 153)

Im Gegensatz dazu schlugen sich zahlreiche Juden aus den urbanen Gebieten auf die Seite der Aufständischen, um gemeinsam mit ihnen für die polnische Unabhängigkeit zu kämpfen. Durch Michał Landy, ein jungen polnisch-jüdischen Studenten, der 1861 erschossen wurde, wurde das Bild vom Juden geprägt, der mit dem Kreuz in der Hand stirbt, also ein Jude, der sich gemeinsam mit den katholischen Polen gegen die übermächtige Bedrohung aus dem Osten stellt. Man sprach auch von der Bruderschaft der „zwei Israels“, nämlich das alte, die Juden, und das neue, die Polen. Zumindest für den Augenblick entstand ein interessengebundener Zusammenschluss aus Polen und Juden, eben für die gemeinsame Sache, der jedoch weder von großem Erfolg noch von langanhaltendem Bestand sein sollte. (Prizel, 1998: S.46f)

Im Gegensatz zu der romantischen Denkweise, die klar die Wiedererrichtung der alten Adelsrepublik forcierte, standen die Positivisten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für ein Wiedererstarken der polnischen Identität. (Puttkamer, 2010: S.197) Zustände gebracht werden sollte das durch die Benützung dessen, das durch die drei Teilungsmächte ohnehin schon da ist, nämlich bildende, beziehungsweise erziehende, sowie wirtschaftliche Infrastruktur. Nicht die Bekämpfung des Feindes durch sinnlose und verlustreiche Aufstände, sondern die Partizipation am alltäglichen Leben war das Gebot der Stunde. Dadurch sollte das Polnische wieder gestärkt werden und eben eine neue starke polnische Identität entstehen. (Borodziej, 2010: S.59)

Die von den Positivisten vorgegebene Parole der „organischen Arbeit“ bezog sich also auf einen langen Weg zurück, der nur mit Hilfe der Teilungsmächte, nicht aber durch den unmittelbaren bewaffneten Aufstand bewerkstelligt werden konnte. (Davis, 2001: S.165) Das Motto war: Evolutionäre Emanzipation aus der Unterdrückung, die in eine spätere, möglichst weitreichende Autonomie münden sollte, nicht jedoch der Kampf um absolute und unmittelbare Freiheit auf Gedeih und Verderb, wie es noch bei den Aufständen im Verlauf des 19. Jahrhunderts lautete. Deren Anführer waren im Polen des späten 19. Jahrhunderts auch gar nicht mehr präsent, sie waren zum Teil in sibirischer Gefangenschaft oder auch in Emigration, vornehmlich in Frankreich. (Kühn, 2018: 2018: S.23)

Diese „organische Arbeit“ würde über kurz oder lang auch die Minderheiten, etwa Juden, Litauer oder Belarussen einschließen und diese auf dem von den Positivisten für Polen gehaltenen Gebiet zur Assimilation bringen und zwingen. Die Jüdische Frage würde dadurch quasi von selbst beantwortet. (Prizel, 1998: S.52)

Jedoch machte die Intelligenzija, die diese Ansichten vertrat, die Rechnung ohne den überwiegenden Teil der Polen, nämlich die bäuerliche Landbevölkerung. Die so genannte „lud“ verspürte bis ins späte 19. Jahrhundert keine wirkliche Beziehung zu einer solchen neuen polnischen Identität, wie sie von der positivistischen Intelligenzija vorgegeben wurde. Man versuchte am Land ein möglichst konfliktarmes Leben zu leben und Problemen mit den Deutschen und Russen möglichst aus dem Weg zu gehen. Die Kluft zwischen „szlachta“ und „lud“ war ebenso wenig durch den Weg der Positivisten zu schließen wie jener zwischen den Polen und den ethnischen Minderheiten und den Juden. (Prizel, 1998: S.49)

Die Moderne und der Fortschritt sorgten demnach nicht wie erwartet oder erwünscht zu einer unaufhaltsamen Verschmelzung in einer neuen polnischen Identität, die wiederum in einen

modernen polnischen Nationalstaat münden sollte. Zumindest vor dem Ersten Weltkrieg war das schlicht der unerfüllbare Traum der positivistischen polnischen Eliten. (Prizel, 1998: S.49f)

Als nun der Positivismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts in die Krise geriet, gab es einen Aufschwung für jene Post-Positivisten, denen ein Polen, welches eindeutig und ethnonational definiert sein sollte, vorschwebte. Für sie genügte es, wenn Polen nur stark genug war, um sich gegen die übermächtigen Teilungsmächte behaupten zu können. In den 1880ern war der Positivismus quasi komplett obsolet. Denn die Duldung von Minderheiten, vor allem auch von Juden, im zukünftigen Staatsgebiet, würde den organischen polnischen Körper nur schwächen und zu seinem Verderb führen, so die Annahme. Dies alles geschah in Anlehnung an die Gedanken und Schriften sowohl von Charles Darwin als auch von Louis Pasteur. Die von Pasteur erzielten Fortschritte in der Bakteriologie zeigten, dass ein unsichtbarer, fremder Organismus einen gesunden Organismus von innen oder von außen aus angreifen und zerstören kann. (Borodziej, 2010: S.59) Als einen fremden Organismus im post-positivistischen polnischen Sinne konnten nun sowohl die Russen und Deutschen als auch die Juden gesehen werden. Ein neues starkes Polen könne nur ohne diese funktionieren. Dies war auch die Begründung für den von nun an immer stärker vorherrschenden Antisemitismus, der den Semitophilismus, der noch um den Januaraufstand von 1863 vorherrschte, ablöste. (Prizel, 1998: S.52)

Diese Denkart beeinflusste und bekräftigte auch den späteren Politiker Roman Dmowski, eine der einflussreichsten Persönlichkeiten auf dem Weg zur polnischen Unabhängigkeit, in seinem starken Antisemitismus und seiner Ansicht, dass die Juden nicht geeignet wären sich in Polen mit den Polen zu assimilieren. (Borodziej, 2010: S.59)

Die Lage innerhalb Polens war für Menschen jüdischen Glaubens bereits im 19. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht einfach gewesen. Oft waren sie, wie bereits erwähnt, auf Grund der ihnen vorgeworfenen Illoyalität einer starken Repression unterworfen worden. In der unmittelbaren Vorkriegszeit sorgte vor allem der offen ausgelebte Antisemitismus von Roman Dmowski für Unmut innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Als Beispiel hierfür dient etwa der Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte im Gebiet des alten Kongresspolen, den Dmowski 1912 tätigte. (Leonhard, 2019: S.726) Dmowski verband seinen Antisemitismus auch mit kulturellen Vorurteilen, so sagte er einmal: „Je niedriger die Kultur einer bestimmten Provinz, je größer die wirtschaftliche Untätigkeit ihrer Bevölkerung, desto größer der Anteil der jüdischen Bevölkerung.“ (Lehnstaedt, 2019: S.98)

Weiters führten unterschiedliche Entwicklungen im ausgehenden 19. Jahrhundert zu einem verschärften polnischen Nationalismus und dem Scheitern des Positivismus, der ein Erstarren Polens in und mit den Strukturen der Teilungsmächte sah. Zum einen versuchte Preußen das Bildungssystem in den östlichen, großteils polnischen Provinzen zu germanifizieren. Diese Maßnahme hatte jedoch einen genau gegenteiligen Effekt und führte dazu, antideutsche Ressentiments in der polnischen Bevölkerung zu stärken. Auch die Reformen Zar Alexanders III. und seine Politik des Staatspatriotismus führten zu einer immer stärkeren Entzweiung zwischen Russen und Nicht-Russen, vor allem in den westlichen Teilen des Riesenreiches, unter anderem eben auch in Polen. Und auch der Ausgleich Österreichs mit Ungarn im Jahr 1867 führte nicht zu einer Entspannung der Lage im Vielvölkerstaat, sondern ermutigte andere Ethnien der Monarchie, ebenfalls für mehr Autonomie zu kämpfen. (Prizel, 1998: S.54)

All diese unabhängigen Entwicklungen verband jedoch eines, nämlich die fortschreitende Industrialisierung und Urbanisierung sowie die immer weiter steigende Alphabetisierungsrate auf dem Land. Sie öffneten neuen Ideen wie dem Sozialismus und dem Marxismus Tür und Tor. (Prizel, 1998: S.50ff)

2.2 Nationaldemokraten & Sozialisten

Am Ende des 19. Jahrhunderts begannen sich in Polen, und zwar in allen Teilungsgebieten, allmählich diejenigen politischen Kräfte zu bilden und zu etablieren, die nur wenige Jahrzehnte später die Geschicke der neuen Republik mitbestimmen und leiten sollten. Sowohl rechts als auch links der Mitte gab es bald klare Tendenzen, welche Parteien sich mit ihren Idealen und Zielen durchsetzen werden würden. Zunächst ein Blick auf die treibende Kraft der Rechten, die Nationaldemokraten. Was diese, um ihren charismatischen Führer Roman Dmowski herum, einte und sie klar von ihren erbitterten Feinden, den Sozialisten, trennte, war das klare Eintreten für ein vorrangig ethnographisches Staatenmodell. Gerade im Osten war man deswegen bereit, auf historische Gebiete zu verzichten. Hauptziel eines erträumten und herbeigesehnten Polen waren, abgesehen vom Kernpolen um das Kongress-Königreich Polen, die zum Deutschen Reich zählenden Provinzen Posen, Pommern, Westpreußen, möglichst ganz Ostpreußen und Oberschlesien. Abgesehen vom territorialen Gewinn zu Lasten des Deutschen Reiches erhoffte man sich auf diese Weise einen wirtschaftlichen Vorteil, da die

Provinzen Pommern, Westpreußen und Ostpreußen den lang ersehnten Zugang zum Meer und Oberschlesien Zugriff auf weit entwickelte Industrie bedeuteten. (Roos, 1986: S.57)

Ihren Ursprung hatten die polnischen Nationaldemokraten in der Liga Polska, zu Deutsch Polnische Liga. Diese änderte nach 1893 unter dem Vorsitz von Roman Dmowski ihren Namen in Liga Narodowa, Nationale Liga. Besonderen Wert legten die Nationaldemokraten, die ab 1897 offiziell diesen Namen trugen, auf das gemeinsame historische und kulturelle Erbe der Polen. Besonders fruchtbar war ihre Botschaft einerseits in den preußischen Teilungsprovinzen, wo eine weitverbreitete und tief institutionalisierte antipolnische Politik die Menschen in Scharen zur „Endecja“ (wegen der Abkürzung der Partei ND) trieb. Andererseits waren die Nationaldemokraten auch in Ostgalizien bei der dortigen polnischen Bevölkerung sehr beliebt, da sie sich als Verteidiger der polnischen Werte gegen die Ukrainer sahen. (Borodziej, 2010: S.58)

Ihre klare prorussische und daraus folgende anti-deutsche Haltung erlaubte es den Nationaldemokraten auch, in der russischen Realpolitik Fuß zu fassen. Sowohl 1905 als auch 1907 war die Partei von Roman Dmowski mit mehreren Abgeordneten in der ersten beziehungsweise zweiten Duma vertreten. (Kühn, 2018: S. 25f)

Im politischen Spektrum auf der genau gegenüberliegenden, also linken, Seite verortete man, so wie in so gut wie allen europäischen Staaten jener Zeit, die sozialistischen Parteien. Gerade aber in Polen hatte man es als Sozialist mit zwei Herzen in der Brust zu tun. Einerseits sah man sich grundsätzlich der Internationale verpflichtet. Man denkt nicht in Staaten, sondern in Klassen. Also, ob man nun ein polnischer, deutscher oder russischer Arbeiter ist, sollte im Grunde keine Rolle spielen. Diesen Widerspruch verdeutlicht recht gut das folgende Zitat von Ignacy Daszyński, einem sozialistischen Politiker der Galizien agierenden PPSD, welches er am XII. Parteitag dieser Partei im Jahre 1911 prägte: „Wir arbeiten unter unserem eigenen Proletariat. Von diesem polnischen Volk vermag uns niemand zu verdrängen, auch keine Königin im Berliner Exil.“ Mit „Königin im Berliner Exil“ meinte er die ursprünglich aus Polen stammende und dort auch in der Sozialdemokratie tätige Rosa Luxemburg. Diese betätigte sich später jedoch in Deutschland für die SPD und konnte mit den nationalistischen Tendenzen ihrer polnischen Kolleginnen und Kollegen recht wenig anfangen. (Jaworski, 2000: S.292) Für sie galt auch weiterhin: Klasse über Nation. (Kühn, 2018: S.32)

In den drei Teilungsgebieten bildeten sich in den Jahren 1892 und 1893 auch zumindest eine sozialistische Partei. (Jaworski, 2000: S.291) Im russischen Gebiet war das die PPS, der sich

auch Józef Piłsudski zugehörig fühlte. Im Übrigen speiste sich die PPS im russisch-polnisch Gebiet auch größtenteils aus Mitgliedern, die nicht aus Kongresspolen kamen. (Borodziej, 2010: S.55)

Ein äußerst einschneidendes Ereignis für die Entwicklung der PPS sollte die Revolution von 1905 in Russland werden, die eine direkte Folge des von Russland verlorenen russisch-japanischen Krieges war. Die PPS zerstritt sich in dieser sehr turbulenten Phase in einem entscheidenden Punkt, nämlich der Unabhängigkeit Polens. Józef Piłsudski war Vertreter der sogenannten Revolutionären Fraktion (PPS-RF), die einen politisch-militärischen Entscheidungskampf forcieren wollte. Die Linke Fraktion (PPS-Lewica) wiederum stellte diese Frage hinten an und favorisierte stattdessen den ökonomisch-ideologischen Kampf. 1906 spaltete sich die zerstrittene Partei schließlich, wobei die Revolutionären schlussendlich den Namen PPS behielten. (Kühn, 2018: S.29)

Im russisch besetzten Polen gab es zusätzlich zur PPS noch eine weitere ideologisch links angesiedelte Partei, nämlich die SDKPiL, Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen. Diese vereinigte sich schließlich mit der PPS-Lewica und schuf damit 1918 die Kommunistische Arbeiterpartei Polens KPRP. Mit den Gedanken Piłsudskis und seiner Anhänger hatte deren politische Linie eigentlich nichts mehr gemein. (Borodziej, 2010: S.56)

In den österreichischen polnischen Gebieten gründete sich zunächst 1892 die Sozialdemokratische Partei in Galizien, welche wenig später um Österreichisch-Schlesien erweitert wurde und fortan die PPSD GIS (Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska) bildete. Die PPSD war eine legale Partei, die der Sozialdemokratischen Partei Österreichs angehörte. Die österreichische Sozialdemokratie war darum bemüht, dass sie nicht nur durch österreichischen Abgeordnete im Wiener Reichsrat vertreten wird, sondern auch durch welche aus den anderen Teilen der Monarchie, wie eben auch aus den polnischen Gebieten. 1897, 1907, 1911 und 1913 gehörten der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichsrat gleich mehrere polnische Abgeordnete an (Jaworski, 2000: S.290), jedoch war die Zusammenarbeit mit den polnischen Genossinnen und Genossen keine leichte, da es sich vor allem an der polnischen Frage spießte. Am Brünner Parteitag von 1899 verkündete der PPSD Führer Tadeusz Reger, Abgeordneter im Reichsrat, dass es das Ziel der polnischen Sozialisten sei, Polen wieder zu einer eigenständigen und ungeteilten Nation zu machen. Das führte schließlich zum Bruch der österreichisch-polnischen PPSD mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. (Kühn, 2018: S.31)

Die sozialistische Partei im polnischen Teil Preußens (PPS-Preußen), die 1893 gegründet wurde, hatte stets eine eher untergeordnete Rolle innerhalb der SPD, Abgeordnete der PPS-Preußen im Reichstag in Berlin gab es nie. Karl Liebknecht und August Bebel, die damaligen Spitzen der SPD, sahen in der PPS-Preußen nur Unterorganisation der SPD, jedoch war es essenziell, dass es außerhalb des SPD keine weitere polnisch-sozialdemokratische Partei gibt. Ähnlich wie in Österreich scheiterte die Zusammenarbeit von PPS-Preußen und SPD an der „Polen-Frage“. Ab 1901 war die PPS-Preußen komplett getrennt von der SPD, auch wenn es im Oktober 1902 kurzzeitig zu einer Wiedervereinigung kam. Im Endeffekt wollten sich die polnischen Sozialisten nicht von ihrer Forderung nach einem unabhängigen Polen distanzieren, woraufhin 1913 der abermalige Austritt der PPS folgte. (Kühn, 2018: S.32f)

2.3 Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts

Wohl kein anderes Ereignis hat das weitere Geschehen im neuen Jahrhundert dermaßen geprägt, wie der Erste Weltkrieg und die veränderte geopolitische Lage nach dessen Beendigung, weswegen ich diesen auch als Urkatastrophe bezeichne. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren diplomatische und militärische Krisen überall auf der Welt allgegenwärtig. Sowohl untereinander als auch mit Kolonien oder unterworfenen Staaten hatten die großen europäischen Nationen ihre Probleme. Allen voran natürlich Großbritannien und Frankreich, die ihre weltumspannenden Großreiche aufrechterhalten und hier und dort auch ausbauen wollten. Seit den 1880er Jahren versuchte auch das Deutsche Reich seinen „Platz an der Sonne“ zu sichern, der ihm in seinen Augen auch zustand. Vor allem in Afrika, aber auch in Asien und Ozeanien baute man an einem Kolonialreich, das jedoch noch um Längen nicht mit jenem der führenden europäischen Großreiche mithalten konnte und deren Größe auch nie erreichen sollte. (Burgdorff, 2008: S.14)

Das Osmanische Reich kämpfte unterdessen um seine Existenz. Denn an allen Ecken und Enden des einst mächtigen „Mannes am Bosphorus“ waren bereits Risse erkennbar, nicht zuletzt auch am Balkan. (Hirschfeld, 2014: S.238) Dort kam in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nach den beiden Balkankriegen 1912 und 1913 einiges in Bewegung. (Jaworski, 2000: S294) Das Machtvakuum, welches die sich zurückziehenden Osmanen hinterließen, blieb nicht lange ungenützt. Sowohl Österreich-Ungarn als auch Russland erkannten die Lage schnell und versuchten dort ihre Einflussosphäre zu vergrößern. (Hirschfeld, 2014: S.238)

Beide Reiche konnten beim Wettlauf um die Kolonien nicht Schritt halten und gerieten rasch ins Hintertreffen. Nicht nur die schwächelnden Wirtschaften der beiden Staaten, resultierend aus einer verspäteten und nur abgeschwächt stattfindenden Industrialisierung, sondern auch die vielen Konflikte innerhalb der Reiche schwächten ihre außenpolitischen Möglichkeiten. (Payne, 2011: S. 34) Diese Konflikte resultierten aus den vielen unterschiedlichen Völkern, die in den beiden Großreichen beheimatet waren. In Österreich-Ungarn blieben nach dem Ausgleich mit Ungarn im Jahre 1867 immer noch unter anderem die Tschechen, Polen, Italiener und Ukrainer auf der Strecke. Für sie war ein ähnlicher Deal wie jener, den die Österreicher mit den Ungarn gemacht hatten, ein Ziel, das mal mehr mal weniger aggressiv verfolgt wurde und die Donaumonarchie damit in ein relativ instabiles Gebilde verwandelte. (Davis, 2001: S.150) Im russischen Zarenreich waren es vor allem auch die westlichsten Gebiete, die mehrheitlich von Finnen, Esten, Letten, Litauern, Polen und Ukrainern bewohnt wurden, die immer mehr für Autonomie oder gar Unabhängigkeit eintraten. Der Zar versuchte verzweifelt mit eiserner Hand und harten Repressionen das Riesenreich der Romanows zusammenzuhalten, verspielte dabei jedoch zunehmend Rückhalt in der Bevölkerung der westlichen Gebiete.

Der österreichische Kaiser Franz Josef und sein russisches Pendant Zar Nikolaus II. wollten sich jedoch profilieren oder zumindest unter keinen Umständen eine außenpolitische Niederlage einstecken und suchten somit ihr Glück auf dem Balkan, Österreich-Ungarn direkt, Russland indirekt durch seinen Verbündeten Serbien. Für Serbien war Russland mehr als nur eine Schutzmacht. Im großen, orthodoxen, Bruder im Osten sah man den Verteidiger aller Slawen, der bei Gefahr zur Hilfe eilte. (Hirschfeld, 2014: S.1017)

Schon 1908 erfolgte die Annexion Bosniens und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn. (Hirschfeld, 2014: S.64) Als nun knapp 6 Jahre später, im Sommer 1914 der Thronfolger der k. u. k. Monarchie, Kronprinz Franz Ferdinand, gemeinsam mit seiner Gattin Sophie Chotek und ihrer Entourage in einem Autokorso durch Sarajewo fuhr, fehlte bloß noch ein Funken, um das Pulverfass zur Explosion zu bringen. Denn durch ein kompliziertes Bündnissystem kann ein schrecklicher Zwischenfall innerhalb kürzester Zeit nicht nur den gesamten Kontinent, sondern über die Kolonialreiche, die bereits zu Beginn des Kapitels angesprochen wurden, auch der halbe Erdkreis mit in einen Krieg gerissen werden. (Kühn, 2018: S.38)

Der Name des jungen Mannes, der mit seinen Schüssen besagtes Fass zur Explosion brachte, war Gavrilo Princip, und er wird daraufhin für immer mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs verbunden bleiben. Dieser Krieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, wird

zwar einige Reiche zerstören und unzählige Leben kosten, jedoch entstehen aus den Trümmern dieser Reiche auch viele Nationen, manche kurzlebiger als andere. Ihren Ursprung, so zumindest die einfache Analogie, finden sie mit den Schüssen des bosnisch-serbischen Attentäters in Sarajewo. (Burgdorff, 2008: S.17)

Jedoch ist anzuzweifeln, dass der Erste Weltkrieg wirklich zu verhindern gewesen wäre. Zu verworren und ambitioniert waren die Bestrebungen der einzelnen konkurrierenden Reiche und zu aggressiv deren Außenpolitik. Dass der Konflikt ausbricht, war wohl unvermeidbar, dass es nun aber auf diese Art und Weise geschehen war, war alleine dem Attentat und dem darauf folgenden Ultimatum Wiens an Belgrad geschuldet. Kurz, fast alle Forderungen wurden erfüllt, jedoch nur fast alle, dies sah der Kaiser und seine sich nach Krieg sehnenen Minister als Affront an, und so erklärte man am 28. Juli 1914, exakt einen Monat nach den Schüssen auf Franz Ferdinand, den Krieg. (Hirschfeld, 2014: S.1018f)

2.4 Polen im Ersten Weltkrieg

Doch wie verhielt es sich nun mit den drei Mächten, die sich etwas mehr als 100 Jahre zuvor Polen untereinander aufgeteilt hatten? Zwei von ihnen, nämlich das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn standen nun der dritten Teilungsmacht, dem Russischen Reich, gegenüber. Aus den einstigen Verbündeten wurden nun erbitterte Feinde. Dies ging sogar über die Verwandtschaft hinweg. Der Deutsche Kaiser Wilhelm II. und der russische Zar Nikolaus II. waren Cousins, ebenso der britische König George V. Das hinderte sie jedoch nicht, ihre Armeen gegeneinander ins Feld zu schicken.

Noch im September 1872 hatten sich die drei für Polen so essentiellen Teilungsmächte Russland, Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich in einem internationalen Abkommen verbündet. Unter diesen Umständen wäre ein neuer, freier und ungeteilter polnischer Staat kaum vorstellbar gewesen, jedoch veränderte der Erste Weltkrieg die Vorzeichen komplett. (Kühn, 2018: S.24)

Die Polen in den drei Teilungsgebieten hofften schon lange auf den einen Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringen sollte. Zumindest zweimal, nämlich nach der Annexion Bosnien und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn im Jahre 1908, und ein zweites Mal, beim Ausbruch des ersten Balkankrieges 1912 befanden sie sich in Lauerstellung. Dass jedoch der

Stein des Anstoßes ausgerechnet jene Schüsse von 28. Juni 1914 sein sollten, davon gingen nur die allerwenigsten aus. Zu gering erachteten sie die Bandbreite dieses weltbewegenden Ereignisses. Jedoch unterschätzten sie die Tiefe der Bündnisse der europäischen Großmächte. Die Vernunft trat zu Beginn dieses Konflikts, der bald zu einem erdumspannenden Krieg werden sollte, in den Hintergrund. (Kühn, 2018: S.40)

In den Armeen der drei Teilungsmächte kämpften mitunter auch Verwandte gegeneinander. Nicht selten war ein Bruder Soldat der Entente, der andere trug die Uniform einer Mittelmacht. Für viele von ihnen war der Traum eines vereinten und unabhängigen Polens längst in weite Ferne gerückt. Niemand konnte sich noch an die Zeit vor der dritten polnischen Teilung von 1795 erinnern. Sie kämpften nun für die Interessen fremder Herrscher gegen ihre eigentlichen Landsmänner, nicht selten auch auf eigentlich polnischem Boden, wie etwa gleich zu Kriegsbeginn bei der Schlacht von Tannenberg im August 1914, wo eine ganze russische Armee vernichtend geschlagen wurden, jene von General Alexander Samsonow, der sich von den Truppen Paul von Hindenburgs einkesseln ließ. Die Schmach vor Augen, beging Samsonow Suizid. (Kühn, 2018: S.79)

Ironischerweise wurden diese Schlacht und der errungene deutsche Sieg recht schnell zum Mythos und verdeutlichten die Übermacht gegenüber der russischen Armee, die zwar zahlenmäßig überlegen war, jedoch aufgrund taktischer Fehler große Verluste verzeichnen musste. Ironisch deswegen, weil an vermeintlich an fast gleicher Stelle im Jahr 1410 der Deutsche Orden eine große Niederlage einstecken musste, damals besiegt von polnischen und litauischen Soldaten. Die damalige Niederlage sollte nun ein für alle Mal getilgt werden. Der tatsächliche Ort der Schlacht von 1914 war eigentlich gar nicht bei Tannenberg, sondern bei Hohenstein. Nachträglich wurde sie jedoch medienwirksam nach Tannenberg verlegt, um die 500 Jahre zuvor erlittene Niederlage wieder gut zu machen. Eine zweite russische Armee, jene des Generals Pawel Rennenkampf, wurde kurze Zeit später ebenfalls von Paul von Hindenburg, an der Masurischen Seenplatte, in die Enge getrieben. Unter schwersten Verlusten traten Rennenkamps Soldaten die Flucht an, seine „Memel-Armee“ war dezimiert. (Kühn, 2018: S.79)

Für die in den verfeindeten Armeen kämpfenden Polen war ein deutscher Sieg, ob jetzt bei der Schlacht von Tannenberg oder gar im ganzen Krieg, nicht zielführender als ein russischer. Weder die eine noch die andere Seite versprach den Polen ein unabhängiges und vereintes Land. Jedoch gab es innerhalb der Polen grundsätzlich zwei primäre Strömungen.

Auf der einen Seite standen Leute wie der nationaldemokratische Politiker Roman Dmowski. Er suchte das Heil in einem Sieg der Entente und machte die Lösung der Polnischen Frage am Sieg der französisch-russischen Allianz aus. Würden die Mittelmächte geschlagen werden, so versprach der Zar ein vereintes Polen, jedoch unter dem Zepter des Zaren. Für Dmowski und seine Glaubensbrüder war das Anlass genug, um sich im Ersten Weltkrieg klar auf die Seite der Entente zu schlagen. Für sie war der Erzfeind der Polen der große Nachbar im Westen, der Zar in Sankt Petersburg, später Petrograd, war hingegen der Schutzherr und der Garant für eine polnische Wiedervereinigung. (Borodziej, 2010: S.78)

Das Kriegsgeschick sorgte jedoch recht rasch dafür, dass ein russischer Sieg im Osten immer unwahrscheinlicher wurde. Das sah schließlich auch Dmowski ein, sodass dieser in den Westen floh. Dort war man jedoch noch nicht bereit, sich mit der Frage Polens nach dem Krieg zu beschäftigen. Es sei schließlich die Sache Russlands, wie mit einem möglichen eigenständigen oder zumindest vereinten Polen umzugehen sei. (Calder, 1976: S.149)

Erst als die Mittelmächte Anstalten machten, den Polen einen zumindest teilautonomen Staat zur Verfügung zu stellen, auch wenn dessen Grenzen und politisches System stets sehr vage bleiben sollte, rührte Dmowski in Paris und London kräftig die Werbetrommel für seine Idee von einem neuen Polen. Befeuert wurde diese Idee zusätzlich vom Kriegseintritt der USA als Antwort auf den uneingeschränkten U-Boot Krieg im Jänner 1917 und das vom US-Präsidenten Woodrow Wilson verlangte Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches später auch in seinen 14 Punkten wiederholt werden sollte. Das ursprüngliche Versprechen an die Polen für die Entstehung eines geeinten, unabhängigen und selbstständigen Staates tätigte Wilson in einer Ansprache mit dem Titel „Peace without Victory“ an den Senat, in der er über die Zukunft des europäischen Kontinents sprach, nachdem der Krieg vorüber sei. (Templin, 2018: S.63)

Zu jener Zeit sorgte auch der bekannte polnische Pianist Ignacy Paderewski in den USA dafür, dass das Interesse für ein vereintes und unabhängiges Polen unter den in die USA emigrierten Polen stieg. (Hirschfeld, 2014: S.768) Durch das Rühren der Werbetrommel des späteren ersten Premierministers der Zweiten Polnischen Republik meldeten sich unzählige Auslandspolen, um auf Seiten der Entente gegen die Mittelmächte und für ein neues Polen zu kämpfen. Eine polnische Armee, die so genannte Blaue Armee, wurde unter der Führung von General Józef Haller aufgestellt, bestehend eben hauptsächlich aus Freiwilligen aus den USA. Derer gab es unzählige. Schätzungen gehen soweit, dass zu dieser Zeit die polnisch-

amerikanische Gemeinde rund 4 Millionen Mitglieder stark war. (Templin, 2018: S.63) Sie sollte die Bemühungen der Franzosen, Briten und Amerikaner an der Westfront unterstützen.

Zusätzlich zu dieser militärischen Aktion schickte sich Roman Dmowski auch an, politisch tätig zu werden, indem er 1917 das polnische Nationalkomitee ins Leben rief. Es sollte die politische Stimme Polens im Exil sein, wurde jedoch von den meisten Ententemächten mit Ausnahme Frankreichs eher kritisch beäugt, nicht zuletzt aufgrund der sehr weit rechten Ansichten Dmowskis, der nicht zuletzt durch seinen offenen Antisemitismus auffiel. (Wandycz, 2001: S. 197)

Zu Beginn des Krieges genau entgegengesetzt positioniert war der in der Nähe von Wilna, also im heutigen und historischen Litauen, geborene, einem alten polnischen Adelsgeschlecht entstammende Józef Piłsudski. Nicht in Deutschland sah dieser den größten und gefährlichsten Feind der Polen, sondern in Russland und dem Zaren. Solange dieser große Teile der ehemaligen Adelsrepublik zu seinem Besitz zählen kann, wird es kein freies Polen geben können, so die Ansicht Piłsudskis. Als nun 1914 der Weltkrieg ausbrach, entschied er sich für das aus seiner Sicht geringere Übel, nämlich die Mittelmächte.

Sein Kalkül war es, zuerst auf Seiten Österreich-Ungarns und Deutschlands Russland zu schlagen und dann zu versuchen, Polen aus dem besiegten Russland und den geschwächten Mittelmächten herauszulösen, entweder mit deren Einverständnis oder andernfalls auch mit bewaffnetem Widerstand. Seine Kooperation mit Wien und Berlin war also bloß ein Mittel zum Zweck. Seine für die k. u. k. Armee kämpfende Polnische Legion war nur scheinbar dem Kaiser treu ergeben, die eigenen viel ambitionierteren Ziele überwogen bei weitem. Dies wurde auch sehr deutlich, als er sich Ende des Jahres 1916 weigerte, einen Eid auf den deutschen Kaiser abzulegen, stattdessen arbeitete er bereits zuvor an einer polnischen militärischen Organisation POW, auf polnisch „Polska Organizacja Wojskowa“, deren Ziel ganz klar die Schaffung und Sicherung eines polnischen Staates war. (Templin, 2018: S61)

Politisch gesehen weit rechts von Piłsudski positionierte sich in den Jahren vor und während dem Krieg Roman Dmowski, der wenig später 1919 auch Führer der polnischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles werden sollte. Dieser war zwar mit seiner einwandfreien Rhetorik ein begnadeter Verhandler und durch sein perfektes und akzentfreies Englisch und Französisch ein durchaus fähiger Vertreter im Pariser Vorort, doch seine politischen Ansichten waren für den einen oder anderen doch zu viel des Guten. Vor allem der bereits zuvor erwähnte Hass auf die Juden stieß unter anderem Lewis Namier, britischer

Historiker mit polnischen Wurzeln, sauer auf. Dieser Namier war im Übrigen auch Mitglied der britischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles. (Calder, 1976: S.154) Seine Abneigung gegenüber Deutschland hingegen kam vor allem bei Georges Clemenceau und den Franzosen gut an. (Wandycz, 2001: S. 198f)

Piłsudski, Ende 1918 zum Staatsoberhaupt und obersten Befehlshaber der Armee ernannt, (Davis, 2005: S.288) wurde von den westlichen Entente-Mächte deutlich differenzierter betrachtet. War nicht eben dieser Józef Piłsudski noch vor kurzem ein Militär im Dienste des Kaisers gewesen? Natürlich begrüßte man die grundsätzliche Ablehnung Piłsudskis gegenüber den beiden bald ehemaligen Teilungsmächten Deutschland und Österreich. Dennoch spielte seine militärische Vergangenheit in ihren Überlegungen eine nicht unwichtige Bedeutung.

3 Piłsudski während des Krieges

3.4 Biographie

Piłsudskis spätere Rolle als Staatschef und Oberster Militär, der im Laufe der 1920er Jahre zu annähernd unbegrenzter Macht gelangte und auch heute in Polen noch Vorbild für viele Menschen, vor allem auch in der Politik ist, kann nur ganz verstanden werden, wenn man sich auch etwas mit seiner Herkunft und seinen jungen Jahren auseinandersetzt.

Józef Piłsudski wurde am 5. Dezember 1867 auf einem Landgut in der Nähe von Wilna geboren. Diese Gegend ist zwar stark polnisch geprägt, jedoch ist sie umgeben von einer klar litauisch bevölkerten Landschaft. Diese Tatsache alleine dürfte schon Grund genug für seinen zukünftigen Traum sein, dass in einem freien und ungeteilten Polen auch seine Heimatstadt, Wilna, ihren Platz finden sollte. Auch zu Litauen hat er eine ganz besondere Beziehung, entstammt seine Familie doch dem litauischen Kleinadel. (Leonhard, 2019: S.485)

In seinen Überlegungen für ein neues Polen spielt auch die Beziehung zu den östlichen Nachbarn Polens, im Besonderen aber zu Litauen, eine gewichtige Rolle. Piłsudski träumt von einer Föderation der Länder der Kresy, der östlichen Grenzländer. Polen sollte einerseits einen großen Teil des Gebietes, welches bis zum Ersten Weltkrieg noch russisches Okkupationsgebiet war, für sich beanspruchen. Zum anderen sollte es mit jenen Gebieten, in denen Litauer, Weißrussen oder Ukrainer herrschen würden, in Erinnerung an die Jagiellonen eine von Polen geleitete multiethnische Föderation erschaffen, Vorbild sollte das historische Polen-Litauen sein. Schon in seiner Kindheit hat ihm seine Mutter, von der russischen Zensur verbotene, polnische Literatur vorgelesen. Er erfährt von den Aufständen gegen die russische Herrschaft, von den Ungerechtigkeiten, die sein einst stolzes und großes Polen von der Hand Russlands aus erfahren musste. Dies galt es zu rächen und er begann sich zu radikalieren. (MacMillan, 2015: S.284)

Er hat begonnen, den Erbfeind im Osten, Russland und seine Zarendynastie, zu bekämpfen. Bereits früh, 1886, beteiligt sich Piłsudski an einer Verschwörung gegen den Zaren Alexander III. und wird nach seiner Verhaftung zu 5 Jahren Gefangenschaft in Sibirien verurteilt. In genau dieser Zeit wird er auch im sozialistischen Untergrund aktiv und er beteiligt sich auch weiterhin bei Aktionen gegen das Zarensystem. Nach einer solchen Aktion wird Piłsudski 1900 erneut verhaftet und nach Sibirien gebracht, er kann sich jedoch befreien und nach Polen zurückkehren, wo er fortan im Untergrund aktiv ist. (Borodziej, 2010: S.58) Und auch wenn

er sich zu dieser Zeit selbst als Sozialist sieht, so hat seine politische Einstellung einen klaren, polnisch-nationalistischen Einschlag, welcher ihn in späteren Jahren auch immer mehr von linken sozialistischen Kräften entfernt. (MacMillan, 2015: S.284)

In der Vorkriegszeit beginnt Pilsudski schon mit dem Gedanken zu kokettieren, dass ein Schulterschluss mit Österreich-Ungarn für Polen eventuell ein Fuß in der Tür zur Unabhängigkeit sein könnte. 1910 gründet er dann schließlich im österreichischen Galizien Schützenverbände, die wiederum im sich anbahnenden Ersten Weltkrieg eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollten und die Grundlage für die Polnische Legion darstellen werden. (Leonhard, 2019: S.486)

3.2 Die Entstehung der Polnischen Legion

Der Krieg im Osten hing mit jenem an der Westfront voll und ganz zusammen. Je nach Kriegsgeschick auf der einen Front würde sich auch die andere entspannen oder verschärfen. Vor allem für das Deutsche Reich, die einzige kriegsführende Nation, die Soldaten an beiden Fronten im Einsatz hatte, war die Lage äußerst komplex. 1905 kreierte der deutsche Generalstabschef Alfred von Schlieffen den nach ihm benannten Schlieffen-Plan. Verkürzt gesagt, sollte im Falle eines Zweifrontenkriegs im Westen Frankreich mit der Hauptstreitmacht schnell besiegt werden, während deutlich weniger Soldaten im Osten die Armee des Zaren im Zaum halten sollten. Würde es die Lage zulassen, könnte man dann rasch Truppen durch das Reich in den Osten transferieren, wo dann Russland mit voller Härte zurückgedrängt werden könnte. (Hirschfeld, 2014: S.819)

Gesagt, nicht getan. Der Krieg im Westen verwandelte sich in einen zähen Stellungskrieg. Nichts von „Ehe noch die Blätter fallen, seid ihr wieder zu Hause“, wie es Kaiser Wilhelm II. noch zu Kriegsbeginn im August 1914 propagierte. Für den deutschen Generalstabschef Helmuth von Moltke ergab sich ein deutlich anderes Bild, als es von seinem Vorgänger von Schlieffen vorgezeichnet worden war. Nicht recht viel besser war die Lage für sein österreichisches Pendant Conrad von Hötzendorf. Auch die k. u. k. Armee geriet an ihrer Front in Galizien rasch ins Hintertreffen.

Doch ebenfalls gleich zu Beginn des Krieges, in den ersten Augusttagen des Jahres 1914, überschritten erste polnische Einheiten, so genannte Schützenverbände, die österreichisch-

russische Grenze und erzielten kleinere, teils auch zufällige Erfolge. Die Reihen der Schützenverbände bildeten polnische Patrioten, die in der k-. u. k. Armee ausgebildet worden waren. Sie wurden in Krakau und Lemberg im österreichischen Galizien rekrutiert.

(Borodziej, 2010: S.75f) Zwar waren sie ein Hort des polnischen Nationalismus, jedoch erkannten die österreichischen Behörden recht schnell, dass sie für den Krieg gegen Russland von Nutzen sein könnten und ließen sie gewähren. Zunächst unterstanden sie jedoch noch der Provisorischen Kommission der konföderierten Unabhängigkeitskräfte, der Konservative, Bauernpartei, Demokraten und Sozialisten angehörten. (Templin, 2018: S.55f) Einer ihrer ersten Kommandeure war Józef Piłsudski. Er hatte sich schon vor Kriegsbeginn, ähnlich wie die Heeresführungen des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und Russlands, seine Gedanken zum Krieg gemacht und sah militärisch in den Schützenverbänden ein probates Mittel zum Kampf für ein unabhängiges Polen. (Borodziej, 2010: S.76)

In seiner Erwartung würden die Russen aus taktischen Unzulänglichkeiten die Möglichkeit zulassen, Gebiete des russischen Teilungsgebiets Polens recht schnell zu erobern. In weiterer Folge würde ein schnelles Vorrücken polnischer Soldaten eine Welle der Solidarität auslösen. Aufstände und der Zustrom unzähliger Freiwilliger in seine Reihen würden folgen. Damit wollte Piłsudski Österreich vor vollendete Tatsachen stellen, und somit Druck auf den Kaiser ausüben, sodass dieser eher gewillt sein werde, den Polen - bei entsprechendem Kriegsverlauf - einen eigenen Staat zu garantieren. (Roos, 1986: S.23)

In den ersten Kriegstagen an der Ostfront wurden also Ortschaften erobert, Grenzsteine umgeworfen und kurzlebige administrative Posten vergeben. Doch all dies bewirkte nicht wirklich das, was sich Piłsudski erhofft hatte. Es brach kein Aufstand in Kongresspolen aus und auch der erhoffte Zustrom an Freiwilligen für die polnischen Einheiten blieb aus. (Borodziej, 2010: S.76)

Für den österreichischen Generalstab waren die eigensinnigen und letztlich militärisch fast komplett unbrauchbaren Aktionen Piłsudskis mehr als nur ärgerlich. Man stellte ihm schließlich ein Ultimatum: Entweder er löst die von ihm kommandierten Einheiten binnen 24 Stunden auf, oder sie würden in den k. u. k. Landsturm integriert. (Kühn, 2018: S.75)

Piłsudskis Krieg gegen Russland und für ein freies Polen schien zu Ende zu sein, bevor er erst richtig angefangen hatte. Die Alternative, quasi unter österreichisch-ungarischer Flagge weiter zu kämpfen, war für ihn zutiefst unbefriedigend, jedoch stand er mit dem Rücken zur Wand.

Die innerpolnischen Differenzen der unterschiedlichen politischen Couleurs führten jedoch am 15. August dennoch dazu, sich auf eine halbwegs zufriedenstellende Lösung zu einigen. Piłsudskis PPS, Konservative, Demokraten und ostgalizische Nationaldemokraten bestellten ihn als Kommandeur der polnischen Streitkräfte, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Bildung der Polnischen Legion. Gleichzeitig wurde ein Oberstes Nationalkomitee (NKN) gegründet, welches sich von einer polnischen nationalen Regierung lossagte und klar pro-österreichisch und dem Kaiser in Wien gegenüber loyal war. (Kühn, 2018: S.77)

Das Armeeoberkommando Österreich-Ungarns (AOK) plante die Etablierung von zwei Polnischen Legionen, einer Ostlegion in Lemberg und einer Westlegion in Krakau. Beide würden ausnahmslos dem AOK unterstehen, an der Seite Österreichs kämpfen, aber die Amtssprache würde Polnisch sein, sie trugen polnische Uniformen und den polnischen Adler an der Mütze. (Kühn, 2018: S.95)

Bei der Vereidigung des zweiten Regiments der Legion in Krakau, beziehungsweise des ersten Regiments in Kielce folgte dann die Ernüchterung, die Eidformel bezog sich auf „Kaiser Franz Josef [...] König von Polen“ und nicht wie erhofft „für die Freiheit Polens“. Józef Piłsudski merkte diesbezüglich an: „Unser Militär hielt sich bis zu diesem Tag für ein gesondertes polnisches Heer, das mit Österreich verbündet ist, und nicht für einen Teil der österreichischen Armee.“ (Kühn, 2018: S.96)

Der Geburtsfehler des NKN war Piłsudski jedoch von vornherein klar, nämlich seine starke Bindung an Österreich. Und daran stieß sich Piłsudski gleich zweimal. Zum einen war das Ziel Österreichs, ein Königreich Polen und Galizien unter der Herrschaft des Kaisers, nicht mit jenem Piłsudskis, ein eigenständiges Polen zu kreieren, vereinbar. Und zum anderen versprach er sich von den Deutschen noch eher Erfolge an der Ostfront als von den Österreichern. (Kühn, 2018: S.78)

Letzteres wird umso deutlicher, wenn man an die großen und entscheidenden Siege des Deutschen Reiches gegen die Russen zu Kriegsbeginn denkt und diese mit den schmachvollen Niederlagen der k. u. k. Armee vergleicht, die rasch zum Rückzug aus Galizien und der Bukowina führten. Piłsudski trachtete deswegen rasch nach einer stärkeren Bindung an Berlin, mit dessen Unterstützung er in Kongresspolen, also bis Kriegsbeginn russischem Gebiet, den Grundstein für einen polnischen Staat legen wollte.

Dem stand jedoch, wie gerade zuvor angeführt, das NKN im Wege. Piłsudskis Lösung war die Gründung einer „Polnischen National-Organisation“ (PON), unabhängig vom NKN und

mit einer engeren Bindung an das Deutsche Reich. Er wollte, unabhängig vom österreichischen Kriegsgeschick, in Kongresspolen, sobald dieses von den Mittelmächten erobert worden war, polnische Administrationen aufbauen und etablieren, um bei der späteren Nachkriegsordnung gegenüber dem Deutschen Reich ein Faustpfand zu besitzen. (Kühn, 2018: S.78) Und so wurde am 4. September in Kielce die PON gegründet; wenige Tage später veranlasste eine russische Offensive Piłsudski und seine Leute jedoch dazu, Kielce wieder zu verlassen.

Vertreter der PON versuchten nun, im Deutschen Reich Stimmung für eine engere Kooperation polnischer Einheiten mit der Armee des deutschen Kaisers zu machen. Dort jedoch hatte unter anderem Clemens von Delbrück, Vizepräsident des preußischen Ministerrates, Vorbehalte, dass eine zu große polnische Armee schwerer zu kontrollieren sei, wenn Kongresspolen erst einmal okkupiert sei und beeinflusste dadurch auch Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg. Man sah sich dazu bereit, den Polen zu erlauben, Soldaten für ihre Einheit zu rekrutieren, jedoch nur in begrenztem Maße. Außerdem dürfte in Warschau, sobald dieses erobert sei, nur eine begrenzte Anzahl an polnischen Soldaten stationiert werden. Als Gegenzug verlangte man von den Polen umfangreiche Spionageaktionen jenseits der Grenze, sowie deutschlandfreundliche Propaganda. Alles in allem nicht das, was sich Piłsudski erhofft hatte. Zu allem Überdross erklärte das deutsche Kriegsministerium im November 1914 jegliche Aufrechterhaltung der Kontakte zur Polnischen Nationalorganisation für unerwünscht. (Kühn, 2018: S.87)

Doch nicht nur die PON war in der Krise, auch das NKN stand kurz vor dem Aus. Denn durch das Vorrücken der russischen Truppen in Galizien verabschiedeten sich die von vornherein russophilen Nationaldemokraten aus dem Obersten Nationalkomitee. Für sie war es ohnehin nur ein Mittel zum Zweck, um die Zeit bis zur polnischen Eigenständigkeit zu überbrücken. Als jedoch die Niederlage Österreich-Ungarns im Osten augenscheinlich unmittelbar bevorstand, versuchten sie gerade noch rechtzeitig, das sinkende Schiff zu verlassen und schlugen sich auf die Seite der heranrückenden Russen. (Kühn, 2018: S.90)

Mit diesem Schritt und dem Ende des PON wurde das NKN wieder alleiniges politisches Sprachrohr derjenigen Polen, die Richtung Mittelmächte ausgerichtet waren. Außerdem stärkte Piłsudskis seine Stellung innerhalb des NKN, da er sich durch den Austritt der Nationaldemokraten seiner erbittertsten Widersacher entledigt hatte und nun mehr Entscheidungskompetenz bezüglich der Polnischen Legion hatte. Zwar war er nicht

Kommandeur eines eigenen polnischen Heeres, aber zumindest kommandierte er unter österreichischem Befehl eines von vier polnischen Regimentern. (Kühn, 2018: S.91)

Piłsudski selbst wurde zum Brigadier ernannt, was dem Rang eines Generals entsprach. Ihm unterstand nun das erste Regiment der Polnischen Legion. Am 13. Dezember 1914 wurde das erste Regiment der Westlegion zur ersten Brigade der Polnischen Legion umgebildet. Sie war somit die erste von insgesamt drei Brigaden innerhalb der Polnischen Legion. (Roos, 1986: S.23) Diese erste hob sich nicht nur in Sachen Uniformen von den anderen beiden Brigaden ab, Piłsudski konnte sie selbst nach seinem Gutdünken verändern, weiters unterschied sie sich auch durch die Herkunft und den Hintergrund, den ihre Mitglieder hatten. Es waren in außergewöhnlich hohem Maße Gebildete und Intellektuelle, wie Professoren, Ärzte, Musiker, Maler, Schriftsteller und Journalisten. (Templin, 2018: S.58) Die erste Brigade kann also getrost als eine der intellektuellsten Formationen bezeichnet werden: „Im politischen Sinne bedeutete der Legionärsgedanke eine nicht näher definierte Unabhängigkeitsidee. [...] eine Symbiose der sozialistischen und romantischen Tradition. (Kühn, 2018: S.100)

Politisch bedeuteten jene Entwicklungen zudem eine Tendenz hin zur austro-polnischen, beziehungsweise „großpolnischen“ Lösung. Für den Fall einer Niederlage Russlands bei gleichzeitiger Annexion Kongresspolens durch Österreich-Ungarn würde dieses mit Galizien vereint werden. Die Habsburger würden das Zepter über die Trias von Österreich, Ungarn und Polen besitzen, wobei die drei Teile gleichberechtigt sein würden. Dem gänzlich abgeneigt zeigten sich der deutsche Kriegspartner. (Roos, 1986: S.22) Diese traten klar für eine sogenannte „kleinpolnische“ Lösung ein. Diese wiederum umschloss lediglich Kongresspolen ohne jedwede andere Gebiete, weder im Osten, wie es Piłsudski forderte, noch im Westen, also im preußischen Polen, wie es dem Nationaldemokraten Roman Dmowski vorschwebte. Und genau aus diesem Grund, nämlich aus der Furcht vor dem Aufbegehren der Polen in den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches, wollte man in Berlin nichts von einer „großpolnischen“ Lösung wissen. Zudem sollten große Teile des polnisch besiedelten Gebietes annektiert und kolonialisiert werden. Polen sollten ausgesiedelt werden und das freiwerdende Land würde als neuer Grund an deutsche Siedler gehen. (Templin, 2018: S.61)

Es wurde schließlich ein Abkommen getroffen, welches Kongresspolen in zwei Teile spaltete. Der eine, im Norden und äußersten Westen verortete Teil sollte das Generalgouvernement Warschau werden. Dieser befände sich dann unter der Hoheit des Deutschen Reiches. Der etwas kleinere, südliche Teil wurde zum Generalgouvernement Lublin und fiel unter österreichische Hoheit. (Kühn, 2018: S.116)

3.3 Der Niedergang der Polnischen Legion

Bevor sich die militärische Lage für die Russen, spätestens mit Sommer 1915, endgültig zum schlechten wendete, gaben, zumindest was die Meinungsmache und politische Propaganda zugunsten Russlands anging, die Nationaldemokraten um Roman Dmowski und sein Polnisches Nationalkomitee (KNP) den Ton in Warschau an. Die Arbeit der POW verlief zumeist im Untergrund, es sollte alles vorbereitet werden für den Einzug der Polnischen Legion und Józef Piłsudskis. Auch über das übrige Kongresspolen spannte sich inzwischen ein dichtes Netz an Kommandozentralen der POW, durch das es möglich war, kriegswichtige Informationen, zum Beispiel über Truppenbewegungen oder Truppenstärken der Russen, eilig an andere Stellen weiterzugeben. Auch die notwendige Verschwiegenheit innerhalb der Organisation war durchaus gegeben, wodurch es nur äußerst selten zu Verhaftungen von einzelnen Mitgliedern kam, die aufgefliegen waren. Auch durch Anschläge, etwa auf wichtige russische Infrastruktur, gelangen der Polnischen Militärorganisation einige entscheidende Aktionen, die auch zu ihrer Popularität, nicht zuletzt beim österreichisch-ungarischen AOK, beitrugen. (Kühn, 2018: S.120)

Die Bevölkerung Warschaus und Kongresspolens war anfänglich noch unter dem Eindruck der pro-russischen Propaganda, unter anderem verbreitet durch Dmowskis KNP. Die österreichischen und deutschen Truppen wurden als Invasoren angesehen. (Borodziej, 2010: S.78) Dieser Blickwinkel verschob sich jedoch zunehmend durch das sich wendende Kriegsgeschick. Der Krieg verlagerte sich zusehends auch auf das Gebiet des russisch besetzten Polens und mit ihm kamen Not, Elend und die üblichen Gräueltaten, die ein Krieg so mit sich bringt. Vor allem die sich nun auf dem Rückzug befindlichen russischen Soldaten ließen nur Schutt und Asche und kaum einen positiven Eindruck zurück. (Borodziej, 2010: S.79)

An die Stelle der Russen treten nun die Armeen der Mittelmächte und prominent an der Seite der k. u. k. Armee auch die Polnische Legion und deren erste Brigade unter dem Kommando Józef Piłsudskis. Diese Unterwürfigkeit der polnischen Soldaten dem österreichischen Kaiser gegenüber behagte Piłsudski jedoch gar nicht, der doch viel lieber für ein vereintes und vor allem unabhängiges Polen kämpfen würde. Deswegen wurde auch die POW immer mehr zur Trägerin der politischen Idee Piłsudskis. (Kühn, 2018: S.121)

Die neuen deutschen Besatzer wirkten im nun besetzten russischen Teilungsgebiet Polens auch alles andere als freundlich und verhielten sich keineswegs wie Befreier. Zerstörung, systematische Ausplünderung, sowie die Requisition von Lebensmitteln und die verhängte Zwangsarbeit über Polinnen und Polen, verschärfte die Lage im neuen Okkupationsgebiet, was im Umkehrschluss zu einem regen Zulauf bei der POW führte. (Templin, 2018: S.61)

Für die Zeit nach der endgültigen Niederlage Russlands sollte mit der POW eine fähige und gut aufgestellte Organisation existieren, um in einem zweiten Schritt auch die Österreicher und Deutschen schlagen zu können, mit Hilfe auch der polnischen Freiwilligen in der Legion. Aus diesem Grund, eben dass die Kooperation mit den Mittelmächten nur ein vorübergehendes Mittel zum Zweck sei, lag Piłsudski auch viel daran, eine politische Komponente unabhängig vom NKN zu etablieren. Es sollte ein politischer Zweig der POW sein, geführt von seinen PPS Parteikollegen, aber durchaus auch die linke politische Bandbreite repräsentieren. Dieses „Hauptkomitee der Vereinigten Unabhängigkeitsparteien“ (KN ZSN) umfasste aus diesem Grund auch zusätzlich Politiker der Bauernpartei SL und des nationalradikalen Arbeiterverbands (NZR). (Kühn, 2018: S.122). Die Nationaldemokraten wiederum, die bis zum Rückzug der Russen in Kongresspolen das Heft des Handelns in der Hand hatten, sahen von nun an nur zwei Möglichkeiten, es den Russen gleichzutun und gen Osten zu flüchten oder ins Exil zu gehen, vornehmlich nach Frankreich, Großbritannien oder in die Schweiz. Roman Dmowski tat beispielsweise diesen Schritt, nachdem er den Glauben an einen russischen Sieg im Weltkrieg endgültig aufgegeben hatte. (Templin, 2018: S.64)

Am 13. August 1915 reiste Piłsudski nach Warschau, um sich dort mit Freunden und Verbündeten, auch von der POW, zu treffen. Die Anreise und der Aufenthalt waren anfänglich streng geheim, aus Furcht, die Deutschen würden Piłsudski daran hindern nach Warschau zu reisen, weil sie wiederum fürchteten, dass der Einfluss, den Piłsudski auf die Warschauer Bevölkerung ausüben würde, einen Putsch zur Folge haben könnte. Die Stimmung, die Piłsudskis Legion ganz grundsätzlich in Warschau entgegenschlug, war äußerst ambivalent. Einerseits feierte man die Feinde der „Moskowiter“ [sic!], andererseits misstraute man den Freunden der Deutschen, der neuen Besatzer. (Kühn, 2018: S.125)

Die deutschen Truppen waren unterdessen immer weiter auf dem Vormarsch Richtung Osten, und die Front verschob sich, zumindest im nördlichen Abschnitt, auch immer weiter in diese Richtung. Im Süden, sprich in Galizien, wo die Soldaten der k. u. k. Armee kämpften, enthielten die Nachrichten von der Front jedoch kaum Erfolgsmeldungen, man war der militärischen Übermacht des Zaren nicht gewachsen. Das deutsche Oberkommando des

Heeres (OHK) entsandte daraufhin Einheiten, um die Truppen der k. u. k. Armee zu verstärken. Im Juni 1915 konnte die Wiedereroberung Lembergs vermeldet werden, am 5. August folgte die Einnahme Warschaus. (Templin, 2018: S.60)

Eben diese Deutschen sträubten sich Anfang August gegen den Einmarsch der Ersten Brigade Piłsudskis in Warschau; zu unsichere war man sich hinsichtlich seine Loyalität und seinen wahren Absichten. Und ganz unrecht hatten sie mit ihrem Misstrauen auch gar nicht. Denn für Piłsudski war die eigentliche Arbeit der Polnischen Legion erledigt. Es gab für ihn keinen Grund und keine Motivation, weiterhin an der Seite der Mittelmächte zu kämpfen, ohne dass es weitreichende Zugeständnisse von deren Seite bezüglich eines eigenständigen, souveränen Polens gab. Polen sollten nicht kämpfen und sterben, wenn sie kein eigenes Land hätten, für das sie kämpfen und sterben hätten können. Aus diesem Grund wies Piłsudski auch die POW an, künftig keine neuen Personen mehr für die Polnische Legion zu rekrutieren. Diese würden nur in einem Krieg verheizt werden, an dem die Polen kein direktes Interesse mehr hatten. (Kühn, 2018: S.126)

Seine Maxime war es nun, von den Deutschen und den Österreichern Zugeständnisse und Konzessionen zu erhalten. Es sollte nicht derselbe Fehler gemacht werden, den die Nationaldemokraten jahrelang begangen hatten, nämlich den Russen bloß entgegentzukommen, ohne jedoch eigene Forderungen zu stellen. Piłsudski wollte mit seiner aggressiveren Politik gegenüber den Mittelmächten auch die Nationaldemokraten wachrütteln: „Vielleicht werden die Endeccy [sic!] klug und beginnen, das gleiche auf der anderen (russischen, anm.) Seite zu tun.“ (Kühn, 2018: S.127)

Ein anderer prominenter Vorschlag war der, dass es in Kongresspolen einen Staat geben, dieser jedoch politisch von den Mittelmächten abhängig sein solle. Also quasi ein Marionettenregime, das dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn hörig wäre. Dies wurde auch bis zuletzt, also fast bis Kriegsende, von Władysław Sikorski, dem Chef des Militärdepartments des NKN unterstützt. Sikorski, seinerseits im österreichischen Heer ausgebildet, war vor dem Krieg Mitglied in der PPS und somit Anhänger derselben Partei wie Józef Piłsudski. Seine Idee für das polnische Militär war nun jedoch, ganz im Gegensatz zu Piłsudski, dieses in ein polnisches Reservekorps der österreichischen Armee zu verwandeln. (Templin, 2018: S.57) Władysław Jaworski war Vorsitzender des NKN und treuer Anhänger der Verbindung Polens mit Österreich also der zuvor bereits erwähnte austro-polnische Lösung.

Beiden Ausrichtungen, also der Etablierung eines polnischen Marionettenstaates und der austro-polnischen Lösung, konnte Józef Piłsudski jedoch nichts abgewinnen, sein Hauptaugenmerk lag ausnahmslos auf der Etablierung eines unabhängigen Polen. Diese Einstellung, die sich auch kaum mehr vor den Mittelmächten verheimlichen ließ, brachte ihn mehr und mehr in den Konflikt mit dem NKN, dessen Einflussbereich in Kongresspolen er möglichst zurückhalten wollte. Und auch die Österreicher, die offiziell die Schirmherrschaft über Piłsudskis Legion hatten, waren sich der zunehmenden Gefahr, die von ihm ausging, bewusst. Jedoch fürchteten sie auch, dass mit der Außerdienstsetzung Piłsudskis auch dessen berühmt-berüchtigte und äußerst effektive Legion verschwinden würde. Dieses Risiko wollte man zumindest im Sommer und Herbst 1915 noch nicht eingehen. (Kühn, 2018: S.134)

Die Wichtigkeit der Polnischen Legion sollte bald sehr deutlich werden. Im Vorfeld der Brussilow-Offensive, eine russische Offensive an der südlichen Front von Juni bis September 1916, wurden alle drei Brigaden der Polnischen Legion an die südliche Ostfront nach Wolhynien verlegt. Wolhynien ist eine historische Landschaft, zwischen Polesien und den Ausläufern der Karpaten gelegen. Es sollte Schauplatz des ersten und gleichsam letzten gemeinsamen Auftritts aller drei Brigaden werden. Dieser gemeinsame Kampf gegen einen übermächtigen russischen Feind bei der Schlacht von Kostiuchnowka, der zwar in einer Niederlage münden sollte und unvorstellbar verlustreich war, sollte dennoch von großem symbolischem und moralischem Wert werden. (Borodziej, 2018: S.49f) Piłsudskis erste Brigade befand sich nun gemeinsam mit der zweiten und dritten Brigade im Zentrum eines völlig ungenügenden Verteidigungswalls, umgeben von österreichischen und ungarischen Einheiten, deren Moral alles andere als vorbildlich war. Dies zeigte sich auch in den ersten Julitagen 1916, als die volle Kraft der Russen, Welle für Welle, auf die Verteidiger hereinbrach. Einzig der Mut und die Tapferkeit der Polnischen Legion, die auch bei General Erich Ludendorff Anerkennung fand, verhinderten ein komplettes Desaster, gleichbedeutend mit der vollkommenen Auslöschung der k. u. k. Einheiten. In seiner Rolle als Befehlshaber der ersten Brigade traf Piłsudski in diesen Tagen auch mit Harry Graf Kessler zusammen, deutscher Verbindungsoffizier zu den k. u. k. Truppen an der Ostfront. Der Eindruck, den Piłsudski bei Kessler hinterließ, der ihn in seinen Tagebüchern als „Schöpfer und Seele der Legion“ (zit. nach Templin, 2018: S.62) bezeichnete, sollte an späterer Stelle noch von historischer Bedeutung sein. (Templin, 2018: S.62)

Ein weiteres Novum, das der gemeinsame Kampf an der Ostfront für die Brigaden mit sich brachte, war der sogenannte „Obristen-Rat“. Noch vor der verhängnisvollen Schlacht von

Kostiuchnowka trafen sich am 14. Februar 1916 polnische Offiziere aus allen drei Brigaden. Ziel war es, das Einvernehmen innerhalb der Legion herzustellen und einen einheitlichen Standpunkt gegenüber den Besatzern zu erarbeiten. Dieses Treffen kann als Geburtsstunde des Obristen-Rates bezeichnet werden. (Kühn, 2018: S.143)

Der „Obristen-Rat“ war eine apolitische Körperschaft, die zwar nur achtmal tagte, deren Bedeutung jedoch nicht zu unterschätzen ist. Neben einer einheitlichen Uniformierung für alle drei Brigaden, welche dann auch gestattet wurde, sollte auch über die Polenfrage diskutiert werden. Piłsudskis aggressiver Vorschlag, die Mittelmächte vor ein Ultimatum zu stellen, sich bezüglich der Zukunft eines polnischen Staates endlich zu äußern, widrigenfalls man die Waffen niederlegen würde, fand jedoch kein Gehör; zu loyal waren vor allem die zweite und dritte Brigade noch gegenüber Österreich -Ungarn und der austro-polnischen Lösung eingestellt. (Kühn, 2018: S.144)

Piłsudski war sich seiner Überlegungen sehr bewusst, vielen anderen, vor allem dem AOK gegenüber gab er jedoch vor, seine Absichten wären auch jene der Mittelmächte, im Speziellen jene der Donaumonarchie. Dass es für ihn jedoch in allererster Linie nur zwei Ziele gab, verschwieg er ihnen jedoch wohlweislich. Erst im März 1916 erklärte er dem AOK, dass er zum einen anstrebe, der Kommandant aller drei Brigaden der Polnischen Legion zu werden und alle Stellenbesetzungen, die durch österreichische Offiziere erfolgt waren, rückgängig machen zu wollen. Zum anderen kündigte er an, dass, sollte seinen Forderungen nicht nachgegeben werden, er seine Demission und den Austritt aus der Legion einreichen würde. Für Piłsudski war klar, dass die k. u. k. Armee, die deutlich schwächere der beiden Mittelmächtearmeen war und deswegen auch das Deutsche Reich eher ein Ansprechpartner bei den Verhandlungen um ein freies Polen nach seinen Vorstellungen sein würde. Auch Polen, die zuvor eher russophil eingestellt waren, freundeten sich inzwischen immer mehr damit an, dass es eine Lösung der Polenfrage unter Umständen nur mit mithilfe des Deutschen Reiches geben werde.

Was seine Forderungen an das AOK betraf, so wurde den meisten nicht nachgegeben. Zwar gab es einige personelle Veränderungen, beispielsweise wurde Józef Haller neuer Kommandeur der zweiten Brigade, weitere Konzessionen gab es jedoch nicht; (Kühn, 2018: S.151) wie sich zeigen sollte, war das Piłsudski und dem „Obristen-Rat“ zu wenig. Dieser erhöhte seine Forderungen abermals und richtete sich in einem Schreiben an das NKN, das bisweilen klar loyal zu Österreich stand. Es war von Fronturlaub für alle Mitglieder der Legion die Rede, außerdem sollte eine provisorische polnische Regierung gebildet werden,

gegenüber der das Legionskommando verantwortlich sein sollte. Interessant an dem Forderungsschreiben ist ein Detail, nämlich, dass in ihm zum ersten Mal von einem polnischen Heer geschrieben wird, als das sich die Polnische Legion sah. Unterzeichnet worden war alles unter anderem von Piłsudski, Haller und anderen hohen Militärs, die im „Obristen-Rat“ vertreten waren. (Kühn, 2018: S.153)

Am 25. Juli wandte sich Piłsudski an General Stanisław Puchalski, seinen offiziellen Vorgesetzten bei der österreichischen Armee. Wiederholt erklärte er, dass für ihn die aktuelle Situation nicht tragbar wäre und er die sofortige Umsetzung seiner Forderungen erwarte. Puchalskis Antwort war klar: Piłsudski sei in keiner Position, solche Forderungen zu stellen. Piłsudski wiederum antwortete prompt und bat um seine Demissionierung. Die Beantwortung des Gesuches sollte jedoch bis Ende September dauern; es wurde angenommen und damit war seine Karriere als Militär vorerst vorbei. (Borodziej, 2010: S.83)

Der größere Verlust war für die österreichischen Streitkräfte jedoch nicht in erster Linie das Abhandenkommen eines Generals, sondern die Rücktrittswelle, die dieses auslöste. In Scharen traten die einstigen Freiwilligen, vor allem der ersten, aber auch der zweiten und dritten Brigade, aus der Polnischen Legion aus. Befeuert wurde dieser Akt der Widersetzung zusätzlich durch eine Erklärung Piłsudskis, in der er allen Angehörigen der Legion, die aus Kongresspolen stammten und somit keine österreichischen Untertanen waren, dazu riet, ebenfalls um ihre Entlassung aus dem Militärdienst anzusuchen. (Kühn, 2018: S.154)

Dies bedeutete das Ende der Polnischen Legion, die angetreten war, um auf der Seite der Mittelmächte gegen den Erzfeind Russland für die Freiheit eines geeinten und unabhängigen Polens zu kämpfen. Leider gingen die Erwartungen sowohl der Österreicher als auch der Polen diametral auseinander, sodass schlussendlich das Unausweichliche Wirklichkeit wurde. Die Reste der Polnischen Legion, also jene Soldaten, die zum Kaiser loyal eingestellt waren und den Krieg an dessen Seite weiterführen wollten, wurden in ein neu aufgestelltes Polnisches Hilfskorps (PKP) eingereiht. (Kühn, 2018: S. 156)

3.4 Der 5. November 1916 und das Königreich Polen

Die austro-polnische Lösung wurde mit Fortdauer des Krieges immer unwahrscheinlicher. Der Gedanke, einen Pufferstaat im Osten zwischen sich und Russland zu etablieren, gewann dagegen seitens der Verantwortlichen der Donaumonarchie immer mehr an Beliebtheit. Im Sommer 1916 verständigten sich dann schließlich der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und der österreichische Außenminister Graf Stephan Burian darauf, dass ein Polen als neuer Staat entstehen solle, als eine Monarchie, nur aus von Russland eroberten Gebieten bestehend. Polnische Gebiete des Deutschen Reiches oder Österreich-Ungarns sollten für diesen polnischen Staat jedoch nicht zur Verfügung stehen.

Ursprünglich war man im Deutschen Reich zu Kriegsbeginn davon ausgegangen, dass der Konflikt mit Russland nicht gleichzusetzen wäre mit jenem im Westen gegen Frankreich und Großbritannien. Russland galt für die Deutschen eigentlich als Partner, der sich nun in diesem Krieg tragischer Weise auf der falschen Seite befand. Dementsprechend hofften die politisch Verantwortlichen auf einen baldigen Separatfrieden mit dem Zaren. Gebietsgewinne zu Lasten Russlands strebte man deswegen keine an. Man wollte mit den Russen keinen langwierigen Konflikt entstehen lassen, wie es ihn schon mit den Franzosen gab. Jedoch sanken zunehmend die Chancen auf einen Separatfrieden und mit der Brussilow-Offensive und den niederschmetternden Schlachten im Westen, allem voran Verdun, sah man sich inzwischen nicht mehr an das ursprüngliche Vorhaben gebunden, im Osten Rücksicht auf die Gebiete des Zaren zu nehmen. Der Abspaltung ehemals russischer Gebiete, die dann einerseits an das Deutsche Reich angegliedert werden oder andererseits in der Gründung eines neuen Vasallenstaates münden sollten, stand nun nichts mehr im Wege. (Davis, 2005: S.284)

Die Maxime war klar, Freiheit für die Polen ja, aber nicht durch eigene Gebietsabstriche. Ganz im Gegenteil, man überlegte eher, von den historisch polnischen, zuletzt von Russland besetzten Gebieten im Westen, also an der Grenze zu Preußen, einen schmalen Grenzstreifen abzutrennen und diesen deutsch zu besiedeln. Die genauen Grenzen des neuen Polnischen Königreichs waren ebenso wie dessen genaue Führung noch nicht festgelegt und sollten es im Übrigen auch nie sein. (Borodziej, 2010: S.83f)

Am 5. November schließlich proklamierten der deutsche Kaiser Wilhelm II. und der österreichische Kaiser Franz Josef das Königreich Polen, grob in den Grenzen des ehemaligen Kongress-Königreichs. (Jaworski, 2000: S.298) Es war selbstständig und verfassungsmäßig eine Erbmonarchie, die den Mittelmächten untergeordnet ist und eine eigene Armee besitzt.

Der letzte Punkt sollte zu einem Ansturm von Freiwilligen auf das polnische Heer führen, so das Kalkül der dritten Obersten Heeresleitung, wie auch der Generalgouverneur Hans von Beseler äußerte. Anstatt der erhofften hunderttausend Freiwilligen waren es letztlich jedoch lediglich 370. (Kühn, 2018: S.168)

Piłsudskis ursprüngliche Absicht, die Polen aus dem Krieg künftig gänzlich herauszuhalten, fand an dieser Stelle zunächst ein Ende, da er die Möglichkeit sah, dass die Legion zum Kern der zukünftigen polnischen Armee werden könnte. Jedoch hatte Piłsudski, im Übrigen genauso wie die POW und die linken „Unabhängigkeitskräfte“, eine noch nicht erfüllte Bedingung. (Kühn, 2018: S. 169) Es sollte nämlich vor der Aushebung einer polnischen Armee auch eine polnische Regierung eingesetzt werden. Denn das Problem des am 5. November proklamierten Königreichs Polen war, dass es weder einen Regenten, sprich einen König, noch klare Grenzen hatte, es setzte sich lediglich aus dem österreichisch-ungarischen Generalgouvernement Lublin und dem deutschen Generalgouvernement Warschau zusammen, jedoch gab es kaum Anzeichen dafür, dass diese Gebiete fixe Bestandteile des zukünftigen Polens sein würde. (Templin, 2018: S.62)

Politisch startete das Königreich Polen am 5. November 1916 mit der Konstituierung des Nationalrates, dem die Parteien des schon zuvor erwähnten Zentralen Nationalkomitees (CKN) angehörten, sowie fast alle aktivistischen Parteien (Parteien, die auf den Sieg der Mittelmächte zählten und durch eben diesen Sieg die Restituierung Polens aus Kongresspolen und Galizien erreichen wollten), die zuvor eher eine austro-polnische Lösung angestrebt hatten. Letztere hatten seit Kriegsausbruch auf einen Sieg der Mittelmächte gesetzt und auf die Restituierung Polens zumindest aus Kongresspolen gehofft. (Kühn, 2018: S.129) Nun ging es im Nationalrat darum, eine geeinte Stimme gegenüber den Mittelmächten zu sein und eine neue, erste Regierung zu bilden. Genau die Bildung des Sejms, also eines polnischen Parlaments, war für das CKN eine essenzielle Voraussetzung für die Aufstellung einer polnischen Armee. (Kühn, 2018: S.168)

Abgelöst wurde dieser Rat später durch den sogenannten Regentschaftsrat. Dies war ein dreiköpfiges Gremium, bestehend aus dem Erzbischof von Warschau Kardinal Alexander Karkowski, dem Großgrundbesitzer Józef Ostrowski und Fürst Zdzisław Lubomirski, seines Zeichen Stadtpräsident von Warschau. (Templin, 2018: S.62)

Polnische Soldaten waren zuvor in Warschau, etwa auch bei der Eroberung Warschaus durch die Mittelmächte, nicht vertreten. Erst im Dezember 1916 trafen die ersten ein, nämlich die

zweite Brigade der polnischen Legion. Obwohl er kein militärisches Amt mehr innehatte, ließen sie Józef Piłsudski hochleben. (Kühn, 2018: S.172)

Am 14. Jänner 1917 wurde in Warschau dann schließlich der Provisorische Staatsrat (TRS) einberufen. Ihm gehörten in erster Linie nur aktivistische Politiker an, aber auch Piłsudski selbst. Für die Passivisten (Befürworter eines russischen Sieges im Krieg und einer Wiedervereinigung aller polnischen Gebiete unter dem Zepher des Zaren) (Kühn, 2018: S.129), etwa den Zwischenparteilichen Politischen Club (MKP), ein Sammelbecken passivistischer Politiker oder Nationaldemokraten, war im Staatsrat kein Platz.

Für Piłsudski stellte der Provisorische Staatsrat ein willkommenes Instrument dar, um Polen auch administrativ für eine Zukunft als freies und unabhängiges Land vorzubereiten. Er sollte dem Land eine Verfassung und eine Wahlordnung geben und eine politische Verwaltung aufbauen. (Kühn, 2018: S.178) Für die Nachkriegsüberlegungen spielte auch die POW eine wichtige Rolle, da sie, vor allem in Kongresspolen, sehr mitgliederstark und gut vernetzt war. Ganze 11.200 Mann zählte die Organisation zu dieser Zeit. Auf Piłsudskis Anweisung hin sollte sich die POW dem Staatsrat unterordnen. Das Kalkül der Mittelmächte bezüglich des Staatsrates war klar, es sollte die Rekrutierung polnischer Soldaten vorantreiben. Die Person Piłsudski als Mitglied des Staatsrates sollte als Werbefigur erhalten. (Templin, 2018: S.63)

Im Gegensatz zu der POW, die einen sehr großen Zuspruch und auch Zustrom zu verzeichnen hatte, verlor die polnische Hilfskorps (PKP) immer mehr an Legitimität. Die wenigen Polen, die sich für sie gemeldet hatten, wurden wieder nach Hause geschickt, denn es galt, erst eine Regierung, dann eine Armee zu etablieren. Und genau eine solche Regierung forderte Piłsudski bei jeder Sitzung des TRS. Es wurde quasi sein „ceterum censeo“. Es kam im TRS auch immer öfter zu offenen Konflikten zwischen Piłsudski und den Aktivisten, letzteren gingen seine Forderungen und seine aggressive Art, diese vorzutragen, zu weit. Am 1. Mai 1917 rief Piłsudski sogar die anderen Mitglieder des Provisorischen Staatsrats dazu auf, ihre Mandate niederzulegen, da dieser mit seinen Kompetenzen nutzlos sei. Als nämlich schon zuvor, am 10. April, die Polnische Legion feierlich in die polnischen Streitkräfte aufgenommen wurde, erhielt nicht, wie anzunehmen und von den Polen erhofft, der TRS den Oberbefehl über die Soldaten, sondern der deutsche Generalgouverneur von Beseler. (Kühn, 2018: S.189)

Damit war Piłsudskis Plan gescheitert. Oder er hatte mit seinem Plan, Polen durch das ständige Zurückweisen seiner Forderungen durch die Deutschen gegen eben diese

aufzubringen, Erfolg, je nachdem wie man die Angelegenheit betrachten will. Denn durch die äußerst zögerlichen Schritte, die die deutschen Besatzer tätigten, begann sich die Lage in Polen, vor allem jedoch im Provisorischen Staatsrat allmählich zuzuspitzen. Es gab kein wirkliches Vorankommen mehr, bloß ein dauerhaftes Auf-der-Stelle-Treten. Piłsudski forderte mehr Kompetenzen für den TRS, die Deutschen lehnten ab, er verlangte nach einer Regierung, die Deutschen lehnten ab, er drängte auf eine endgültige Festlegung bezüglich der Polenfrage, die Deutschen vertrösteten auf einen späteren Zeitpunkt.

Aus Sicht des Deutschen Reiches nämlich hatte sich die Dringlichkeit der ganzen Angelegenheit, und damit auch ihre Priorität seit der Februarrevolution in Russland deutlich verändert. Mit der neuen Regierung unter Premier Georgi Lwow und den innenpolitischen Streitigkeiten zwischen Duma und dem Petrograder Sowjet stand Russland (Hildermeier, 2017: S.94f), jetzt auch ohne Zar Nikolaus II., kurz vor dem militärischen Abgrund. (Payne, 2011: S.34f) Die Notwendigkeit einer polnischen Armee, um die Ostfront zu entlasten und dadurch deutsche Einheiten für den Westen frei werden zu lassen, existierte in diesem Sinne nicht mehr, beziehungsweise ging die Oberste Heeresleitung von einem baldigen kompletten Zusammenbruch der russischen Streitmacht und somit ein Ende des Krieges im Osten in absehbarer Zeit aus.

Piłsudski wiederum dachte ähnlich, zog jedoch daraus komplett gegensätzliche Rückschlüsse. Die Revolution in Russland hat den Nationaldemokraten in Polen das Wasser abgegraben und sie ihres Patrons im Osten beraubt. Ein Polen unter zaristischem Zepter werde es nicht geben, das stand fest. Damit hörte sich, zumindest vorerst, die Aversion Piłsudskis gegen die russophilen Politiker auf. Aus seiner Sicht galt es nun alle Kraft zu bündeln und gegen die letzte verbliebene Okkupationspartei zu richten, nämlich das Deutsche Reich. „Österreich“ so Piłsudski nämlich im Mai 1917 „atmet kaum noch.“ (zit. nach Kühn, 2018: S.201) Damit war die Marschrichtung klar, nicht mehr wie bisher gegen den Erzfeind Russland, sondern gegen das Deutsche Reich, das, wie bereits erwähnt, die Polen und vor allem ihre Armee, inzwischen für nicht nur verzichtbar, sondern sogar für gefährlich hielt. Denn besser als ein polnisches Heer, dessen Loyalität man sich nicht ganz sicher sein kann, ist gar kein Heer.

Dadurch, dass sich die Erwartungen der Polen und die Versprechen der Deutschen zusehends auseinanderentwickelten, war wohl für beide Parteien der Ausgang des diplomatischen Hin und Her klar. Somit war es wenig verwunderlich, dass die Sitzung des Provisorischen Staatsrates vom 2. Juli 1917 auch gleichzeitig die letzte mit Józef Piłsudski sein sollte. Auch die Versuche von Beselers, ob wirklich ernst gemeint oder nicht, den hoch angesehenen

Politiker zu einem Umdenken zu bewegen, waren erfolglos. Dieser versprach dem Polen die modernsten Waffen und nahezu unbegrenzte Mittel, solange dieser nur die Rekrutierung von polnischen Freiwilligen unterstütze. (Templin, 2018: S.65) Piłsudski war klar, dass an seiner Entscheidung festgehalten werden müsse, denn ein Nachgeben in dieser Angelegenheit hätte einen Gesichtverlust, nicht nur vor seinen Freunden und Anhängern, sondern vor dem ganzen polnischen Volk bedeutet. Als nun der Generalgouverneur Piłsudski um die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit bat, lehnte dieser bloß ab und meinte: „Sie würden vielleicht einen Polen gewinnen, aber ich würde ein ganzes Volk verlieren.“ (zit. nach Kühn, 2018: S.202)

Die daraus resultierende Angst, die Strahlkraft Piłsudskis könnte die polnischen Kräfte nun gegen die Mittelmächte bündeln, war durchaus berechtigt. Piłsudski machte, vor allem gegenüber Vertrauten, nie einen Hehl daraus, dass er mit Fortlauf des Krieges immer wieder mit dem Gedanken spielte, nach Russland zu gehen und von dort aus den Krieg für die Freiheit Polens weiter zu führen. (Templin, 2018: S.68) Nachdem nun auch den gutgläubigsten Aktivisten und Anhängern einer austro-polnischen Lösung, sowie den deutschen Okkupanten klar geworden sein musste, was die wahre Absicht Piłsudskis war, bedurfte es nun bloß noch eines Tropfens, um das Fass endgültig zum Überlaufen zu bringen. Und dieser Tropfen ließ nicht lange auf sich warten.

In der Sitzung des TRS vom 3. Juli 1917 wurde von den restlichen Staatsratsmitgliedern der Termin für die Vereidigung der polnischen Soldaten in und um Warschau festgelegt. Der endgültige Bruch Piłsudskis mit den Mittelmächten wurde eben genau durch diese Eidesformel ausgelöst. Denn dieser Eid, in dem unter anderem auch das Königreich Polen vorkam, bezog sich schließlich auch auf das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Diesen Worten der Eidesformel („Ich schwöre [...] im gegenwärtigen Krieg treue Waffenbrüderschaft mit den Herren Deutschlands und Österreich-Ungarns und den ihnen verbündeten Staaten [...].“) (zit. nach Kühn, 2018: S. 203) konnte Piłsudski nicht zustimmen und lehnte sie ab. Aber als ob das nicht genug gewesen wäre, befahl er auch allen Offizieren und Soldaten der drei Brigaden der Polnischen Legion, es ihm gleichzutun und aus der Legion auszutreten. Und Piłsudski hatte seinen Einfluss, den die Deutschen fürchteten, nicht verloren. Seinem Aufruf folgten Unzählige, insgesamt trat die erste Brigade fast geschlossen aus, und auch ein großer Teil der dritten Brigade folgte Piłsudskis Worten. Die zweite Brigade blieb zu einem Großteil den Mittelmächten loyal und leistete den Eid. Insgesamt zwei Drittel der

Mitglieder der Polnischen Legion jedoch hatten den Eid verweigert. Diese Offiziere und Soldaten wurden umgehend von den Deutschen interniert. (Kühn, 2018: S.204)

Am 22. Juli, knapp 10 Tage nach den geplanten Vereidigungen am 9., beziehungsweise 11. Juli, endete auch für Józef Piłsudski in aller Früh die Freiheit, als er von der deutschen Geheimpolizei verhaftet wurde. Die Vorwürfe bezogen sich auf zweierlei, zum einen habe er vorgehabt, sich nach Russland abzusetzen und zum anderen habe er Verbindungen zur inzwischen offen antideutschen POW. Letzteres war wohl nicht zu leugnen, jedoch wurde der Vorwurf bezüglich der geplanten illegalen Reise nach Russland bald weitgehend entkräftet, als keine belastenden Beweise hierfür gefunden werden konnten. (Kühn, 2018: S.205)

Piłsudski sollte Polen erst wieder unmittelbar vor Kriegsende betreten, denn sein Weg führte ihn, nicht freiwillig, nun über Posen, Danzig, Berlin und Wesel bis nach Magdeburg, wo er seine knapp 18-monatige Festungshaft antreten musste. Seine lange Abwesenheit bedeutete jedoch keineswegs, dass sein Einfluss, auch wenn dieser nun indirekt von Statten ging, plötzlich verschwunden wäre. Ganz im Gegenteil, denn Piłsudskis Aufruf zum Ungehorsam und seine daraus resultierende Verhaftung schufen einen regelrechten Märtyrermythos um seine Person. In breiten Teilen der Bevölkerung wie auch vor allem unter den Offizieren und Soldaten, sowie den Politikern des linken Unabhängigkeitslagers, existierte weiterhin eine bedingungslose Ergebenheit gegenüber Piłsudski. (Borodziej, 2010: S.88)

Zwei politische Folgen, die Piłsudskis Inhaftierung mit sich brachte, war einerseits die Konstituierung des Konvents, einer Organisation des linken Flügels, dessen Hauptziel im Grunde die Weiterführung der Politik Piłsudskis war. Gestützt wurde der Konvent überdies noch durch die ebenfalls Piłsudski tief ergebene POW. Diese Verbindung sollte sich noch durch die restliche Geschichte des Königreichs ziehen, bis hin zu dessen Transformation in die Zweite Polnische Republik. Die zweite politische Folge war die des fast kompletten Bedeutungsverlustes des TRS. Nachdem Piłsudski und seine Anhänger hier ihre Mandate niedergelegt hatten, folgten am 25. August 1917 auch die restlichen übriggebliebenen Mandatare geschlossen. Der Versuch, den Provisorischen Staatsrat wiederzubeleben und ihn mit neuen Aufgaben zu betreuen, scheiterte kläglich. Er sollte, im Grunde wie bisher, in den Geschicken der Polen keine Rolle mehr spielen. (Kühn, 2018: S.211)

Eine wichtige Aufgabe, die sich der Konvent gegeben hatte, war es, Kontakt zu den Entente-Mächten herzustellen. Dies war bisher fast ausschließlich Dmowski und seinem Nationalkomitee vorbehalten gewesen. Die Westmächte ihrerseits hatten bisweilen große

Bedenken gegenüber den in Polen verbliebenen Handlungsträgern, da man diese der Kooperation mit den Mittelmächten, also dem Feind, bezichtigte. Erst langsam öffnete man sich auch von westlicher Seite den neuen politischen Kräften in Polen; auch, weil man sich durch Verhandlungen der französische Militärmission in Russland mit einer „antibolschewistischen Fronde“, bestehend unter anderem aus Sozialrevolutionären, zu Aktionen gegen das Rote Russland zu einigen schien. (Hildermeier, 2017: S.145) Denn mit der sich als immer unübersichtlicher darstellenden Lage im ehemaligen Zarenreich stellten die Polen eine potentielle Verstärkung für die Entente dar. Die Chancen auf eine Anerkennung durch Frankreich, Großbritannien etc. standen für Polen durch die sich immer komplizierter gestaltende Lage in Russland besser denn je. (Kühn, 2018: S.219)

Denn wie sich in Kürze zeigen würde, war es richtig, auf die Entente-Karte zu setzen und nicht, wie lange Zeit zuvor, auf jene der Mittelmächte, deren endgültiges Schicksal sich schon abzeichnete, und das sahen diese inzwischen langsam auch selber ein. Denn obwohl der Krieg im Osten vorbei war, sind die vergangenen Kriegsjahre nicht spurlos an den Mittelmächten vorbeigegangen. Der Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 bewirkte zusätzlich, dass die Oberste Heeresleitung sich immer neuen und frischen feindlichen Bataillons gegenüber sah, während die eigenen Truppenreserven schwanden und schwanden. Dies drängte schlussendlich den deutschen Reichskanzler Max von Baden, der erst kurz zuvor zum Reichskanzler ernannt worden war, dazu, in Friedensverhandlungen mit der Entente einzutreten. Als direkte Reaktion darauf erließ der Regentschaftsrat am 7. Oktober 1918 ein Manifest an das Volk und proklamierte darin ein unabhängiges und vereintes Polen mit Zugang zum Meer. Des Weiteren wurden Wahlen zu einem Sejm angesetzt, und am 12. Oktober übernahm der Regentschaftsrat schließlich auch den Oberbefehl über die polnischen Streitkräfte, den bis dahin der Generalgouverneur Hans von Beseler innehatte. Zum Chef der Streitkräfte ernannte der Regentschaftsrat den immer noch in Magdeburg feststehenden Józef Piłsudski (Templin, 2018: S.70). Selbstverständlich wurde auch eine neue Eidesformel aufgesetzt, auf die die nun unter polnischem Befehl stehenden polnischen Truppen vereidigt wurden. Auch aus der POW traten in der Folge viele Männer in die neue sogenannte polnische Wehrmacht ein. (Kühn, 2018: S.231)

Für Józef Piłsudski bedeutete das sich anbahnende Ende des Krieges auch das Ende seiner Festungshaft. Den Deutschen war klar, dass es wohl keinen Sinn hatte, den in Polen so beliebten Ex-Militär weiter in Magdeburg wegzusperren. Dass es einen eigenen polnischen Staat in naher Zukunft geben werde, beziehungsweise eigentlich schon einer am Entstehen

war, ließ sich nicht länger totschweigen. Dass Piłsudski in diesem Polen eine enorm wichtige Rolle spielen werde, war den Deutschen ebenfalls mehr als bewusst. (Kühn, 2018: S.246f)

Man unternahm, unmittelbar vor seiner Enthftung und Rückführung nach Warschau, noch einen Versuch, Piłsudski das Versprechen abzurufen, gleichsam als Bedingung für seine Freilassung, dass er nichts gegen Deutschland unternehmen werde, sobald er in Polen an der Macht sein werde. Piłsudski lehnte diese Loyalitätserklärung selbstverständlich ab, führte jedoch angeblich weiter aus, dass er es für gefährlich halte, wenn Polen jetzt den Deutschen das Leben schwer machen würde, indem es Reparationen oder zu viele Territorien verlangen würde. Denn diese Aktion würde unbestritten auf deutscher Seite in nicht allzu ferner Zukunft auch zu einer entsprechenden Reaktion führen. Eine deutsche Revanche hielt Piłsudski in diesem Fall für äußerst realistisch. Und auch wenn für ihn Deutschland und Polen zwei Nachbarn waren, die historisch nicht miteinander auskamen und öfter gegeneinander Krieg geführt haben, so bleiben sie dennoch Nachbarn, denn auf beiden Seiten der Grenze lebt jeweils ein Millionenvolk, die Deutschen und die Polen, das von dort nicht wegzubringen sein wird. Das berichtet Graf Harry Kessler, ehemaliger Verbindungsoffizier des deutschen Armeekommandos beim Legionskommando, wo er Piłsudski bereits 1915 kennengelernt hatte. Aus diesem Grund war es nun, gut drei Jahre später, auch seine Aufgabe, Piłsudski vor seiner Entlassung die Loyalitätserklärung abzuverlangen. (Kühn, 2018: S.248)

Obwohl Piłsudski, wie bereits erwähnt, die Erklärung nicht unterzeichnet, wird er dennoch am 8. November, drei Tage vor dem Waffenstillstand, entlassen und nach Polen zurücküberstellt, wo seine Rückkehr schon sehnlichst erwartet wird. Denn für die Deutschen war es schlicht nicht mehr vertretbar, den Polen ihren Märtyrer vorzuenthalten. Und zusätzlich gab es vermutlich noch einen weiteren Beweggrund, sodass Piłsudskis Freilassung auch nicht ganz uneigennützig für Deutschland war: Innerhalb des Reiches war die politische Situation gegen Kriegsende und darüber hinaus alles andere als stabil. Die Revolutionen in Russland warfen ihre Schatten bis nach Deutschland. (Templin, 2018: S. 66)

Dort befürchtete man, dass sich die kommunistische Revolution Lenins, dem man ironischer Weise selbst in die Position verholten hatte, in der er sich nun befand, nun über die Grenzen Russlands hinweg, über das Trümmerfeld im Osten, bis hin ins eigene Land ausbreiten werde. Die Hoffnung Deutschlands lag jetzt auf dem Entstehen eines wehrhaften und vor allem nicht kommunistischen polnischen Nachbarn. Und da man davon ausging, dass Piłsudski die neu errungene Freiheit Polens bis aufs letzte hin verteidigen werde, war die Ermöglichung seiner

Rückkehr nach Warschau auch in gewisser Hinsicht eine Art Selbstschutz. (Kühn, 2018: S.250)

4. Arbeit von Dmowski im Exil/Polnisches Nationalkomitee

4.1 Biographie

Roman Dmowski wurde am 9. August 1864 in der Nähe von Warschau in kleinbürgerliche Verhältnisse hineingeboren, sein Vater war Steinmetz. Im Gegensatz zu Józef Piłsudski hatte Roman Dmowski also keinen adeligen Stammbaum und Erinnerungen an die großartigen Zeiten seiner Familie in der Adelsrepublik, auf die er hätte zurückblicken können.

Für Dmowski war das Polen, in dem er aufwuchs, ein Land, in dem die polnische Kultur unterdrückt und die russische Herrschaft allgegenwärtig war, schlicht die Realität. Natürlich träumte auch er von einem geeinten Polen, auch mit gewisser Autonomie, jedoch wagte er nicht so weit zu gehen, sich ganz vom russischen Zepter loszusagen. Alle diejenigen, die radikal gegen die Herrschaft des Zaren aufbegehren, die noch romantisch in der Vergangenheit schwelgen, all diese würden die potentielle Zukunft, die ein polnischer Staat habe, gefährden.

Sein großes, noch in weiter Ferne befindliches Ziel war das einer exklusiven Nation. In dieser polnischen Nation sollten ausschließlich Polen zu Hause sein. Alle anderen, die durch einen polnischen Staat zur Minderheit in diesem werden würden, sollten sich entweder assimilieren oder diesen Staat verlassen. Nur ein möglichst homogener polnischer Staat, natürlich unter der Schirmherrschaft des Zaren, wäre ein politisch und wirtschaftlich starker und überlebensfähiger Staat. Minderheiten und da vor allem die Juden, würden dieses Polen von innen heraus schwächen. Der später noch sehr präzente Antisemitismus Dmowskis trat schon in seinen frühen Überlegungen zu Tage und war stark von wirtschaftlichen Gesichtspunkten motiviert. (Leonhard, 2019: S.486)

Lewis Namier, Historiker polnisch-jüdischer Herkunft, der im britischen Außenministerium tätig war und als Vertrauter David Lloyd Georges galt, sollte dann, als es bei den Verhandlungen in Paris nach dem Ende des Ersten Weltkrieges um die Frage der Grenzen des neuen Polens ging, genau Dmowski und seine „chauvinistische Bande“ (die Nationaldemokraten, Anm.) als Argument verwenden. Namier wollte keinen großen, mächtigen aber antisemitischen polnischen Staat im Herzen Europas haben, wie er unter Roman Dmowski an der Spitze drohte. (Templin, 2018: S.89)

Politisch fand Roman Dmowski seine Heimat bei den Nationaldemokraten, der Endecja. Nachdem Russland im Jahr 1904/05 einen Krieg gegen das unterschätzte Japan verloren hatte und eine Revolution in Russland ausbrach, die auch auf das polnische Gebiet übergeschwappt war, nahm Dmowski in der neu konstituierten und gewählten Duma in Sankt Petersburg ein Mandat an und vertrat nun von dort aus seine Belange und Vorstellungen über die Zukunft Polens. (Leonhard, 2019: S.486)

Zuvor jedoch kam es noch zu einem äußerst kuriosen Treffen mit Józef Piłsudski. Dieser war nämlich, motiviert von Krieg und Revolution in Russland, auf eine Reise nach Tokio aufgebrochen. Dort wollte er beim russischen Kriegsgegner Japan um Unterstützung für einen sich im Aufbau befindenden Aufstand im polnischen Okkupationsgebiet, werben. Dmowski bekam Wind davon und reiste Piłsudski hinterher, um ihn von seinem Plan abzubringen. Ein Aufstand in Polen zu diesem Zeitpunkt wäre eine rein kontraproduktive Angelegenheit und würde die Rolle Polens im Zarenreich weiter schwächen. Kurzum, die beiden trafen sich in einem Hotel in Tokio, stritten lange und laut und wurden sich bewusst, dass sie in der polnischen Frage wohl Standpunkte vertraten, die nicht weiter auseinander sein könnten. Die von Piłsudski angedachte japanische Unterstützung des Aufstands in Polen scheiterte, ebenso wie der Aufstand selbst. (Leonhard, 2019: S.484)

4.2 Dmowskis Arbeit im Ausland

Das Russische Reich war mit Fortdauer des Krieges zu einem immer größeren Risikofaktor für die Entente geworden. Niederlagen gegen die Mittelmächte, sowie innenpolitische Unruhen, bis hin zur Revolution taten ihr Übriges. Von diesen Gefahren wollte man in den ersten Kriegsjahren zwar noch nichts wissen, jedoch war die Möglichkeit, dass Russland schon vorzeitig im Krieg gegen die Mittelmächte aus dem Entente-Bündnis ausscheiden könnte, den anderen Mitgliedern der Entente durchaus bewusst. Doch Russland legte sich bereits am 5. September 1914 durch das Londoner Abkommen fest, dass ein Sonderfrieden mit den Mittelmächten, unter welchen Vorzeichen auch immer, nicht in Frage kommen würde. Mit einem solchen Wortbruch wäre also, ausgenommen von einem Wortbruch des Zaren oder einem Regimewechsel in Sankt Petersburg, beziehungsweise Petrograd, nicht zu rechnen gewesen. (Kühn, 2018: S.135) Im Übrigen verpflichteten sich auch die Regierungen

Russlands nach der Februarrevolution dazu, nicht aus dem Krieg auszuscheiden, sondern an der Seite der Entente weiter gegen die Mittelmächte zu kämpfen. (Templin, 2018: S.64)

Was die polnische Frage auf Seiten der Entente betraf, so hielten es Frankreich und Großbritannien grundsätzlich so: es ist einzig und alleine die Angelegenheit des Zaren. In Russland selbst wurde zu Kriegsbeginn auf ein aus dem Jänner 1914 stammendes Autonomieprojekt für Polen zurückgegriffen. Später im Krieg änderte man die ursprünglichen Pläne für ein autonomeres Polen in der Hinsicht, dass das künftige Polen ausschließlich aus ehemals deutschen und österreichischen Gebieten bestehen sollte. Dieses Zugeständnis hielt Russland auch nach seinem Rückzug aus Kongresspolen im August 1915 aufrecht. Es widersprach ganz grundsätzlich den Vorstellungen der Polen selbst. (Calder, 1976: S.149)

Etwa zur gleichen Zeit zogen sich nicht nur die Truppen des Zaren aus Kongresspolen zurück, sondern auch die größtenteils nationaldemokratisch gesinnten Politiker um Dmowski, für die Russland unter den Teilungsmächten noch das kleinere Übel darstellte. Letzterer übersiedelte nach Russland, wo es ihn allerdings nur bis November desselben Jahres hielt. Mit Hilfe seines russischen Passes war es ihm leicht möglich, zuerst nach London und dann weiter nach Paris zu reisen. Wenige Monate später tat es ihm sein Parteikollege Graf Maurycy Zamoyski gleich. (Kühn, 2018: S.136)

Ein Hort für russophile Migranten aus Polen wurde in diesen Tagen vermehrt Lausanne in der neutralen Schweiz. Dort konnte man Propaganda in eigener Sache verbreiten, ohne dabei die Zensur, etwa des französischen Staates, fürchten zu müssen. So wurde dort auch im September 1915 die polnische Nachrichtenagentur CAP gegründet, die vor allem antideutsch orientiert war. Finanziell unterstützt wurde diese Arbeit unter anderem durch die polnischsprachige Bevölkerung Preußens, sowie durch polnische Migranten in den USA. Hauptziel der von Lausanne aus betriebenen Propaganda waren die Politik und die Öffentlichkeit der beiden westlichen Entente-Mächte Großbritannien und Frankreich, aber auch Italien. Vor allem in den beiden letztgenannten Staaten entstand zunehmend eine polenfreundliche Stimmung, die es nun auszunutzen galt. (Kühn, 2018: S.137)

Eine entscheidende Phase für die Polenpolitik Russlands stellte der Anfang des Jahres 1916 dar. Politisch war nun mit Boris Stürmer ein eher als deutschlandfreundlich zu bezeichnender Politiker neuer Premier, der sich für einen Separatfrieden zwischen den Mittelmächten und Russland einsetzte. Zudem wurde mit Sergej Sasonow eben jener Außenminister abgesetzt, der sich noch unmittelbar zuvor dafür ausgesprochen hatte, dass ein provisorisches Manifest

herausgegeben werden sollte, mit dem Polen in Autonomie entlassen werden sollte. Damit sollten die russophilen Polen zur Treue dem Zaren gegenüber gebracht werden, sodass sie auch in dieser schweren Zeit der vielen Niederlagen und Rückzüge aus Kongresspolen sich nicht von ihm abwenden. Dieses Manifest des russischen Oberbefehlshabers Großfürst Nikolaj, ursprünglich aus der Zeit des Kriegsbeginns, versprach den Polen ein vereinigtes Polen, jedoch nur unter dem Zepter des Zaren. (Templin, 2018: S.57)

Unter Stürmer war davon jedoch keine Rede mehr. Dieser trat klar für einen raschen Frieden ein, für ein autonomes Polen hatte er jedoch äußerst wenig übrig. Das war ein klares Zeichen für die Nationaldemokraten, dass nicht Russland ihr Heil sein werde, sondern die westlichen Entente-Mächte, allen voran Frankreich. Als sich der nationaldemokratische Politiker Zamoyski im August 1916 mit Maurice Paléologue, dem französischen Botschafter in Russland, traf, berichtete Paléologue später über das Treffen, dass die Hoffnung auf einen Sieg Russlands trotz gewisser Erfolge (Brussilow-Offensive) nicht mehr wirklich gegeben war. Man richte den Fokus nun auf Frankreich und Großbritannien. Und was die ursprüngliche Zielvorgabe betraf, nämlich ein Polen unter dem Zepter des Zaren, so würde man sich nun nicht mehr damit begnügen. Man wolle die vollständige, bedingungslose Unabhängigkeit. (Kühn, 2018: S.160)

Ein weiteres Ereignis, das sowohl die Situation der Exilpolen in Lausanne, Paris und London, als auch die Haltung der Westmächte zu Polen prägen und nachhaltig verändern sollte, war das Manifest vom 5. November. Mit der Proklamation eines neuen polnischen Staates, nämlich des Königreichs Polen etwa auf dem Gebiet Kongresspolens, durch den österreichischen und den deutschen Kaiser, standen die Entente-Mächte nun plötzlich unter dem Druck, dass von jetzt an zu befürchten war, dass die Polen aus Dankbarkeit den Mittelmächten gegenüber nun massenhaft in deren Armeen eintreten würden. Potentiell war das eine Mannschaftsstärke von über einer Million Soldaten. War die Politik Frankreichs und vor allem Großbritanniens in der Polenfrage bis jetzt äußerst zaghaft und zurückhaltend, stand man nun zunehmend unter Zugzwang, denn der polnische Staat, gebildet aus dem Territorium eines ihrer Verbündeten, Russland, war zwar einerseits völkerrechtlich mit Vorsicht zu genießen, andererseits konnte man das polnische Volk nur dann für die eigene, die Entente-Seite, gewinnen, indem man ihnen grundsätzlich etwas Ähnliches versprach. (Calder, 1976: S.148)

Zunächst einmal die Sicht der Nationaldemokraten im Exil: Für diese war die Schaffung des Polnischen Königreichs bloß eine Chuzpe der Mittelmächte, ein Versuch, die Polen in einer

Art Hilfsarmee zu bündeln und sie dann gegen Russland zu verheizen. Das Polen, das die Mittelmächte nun als Königreich Polen bezeichnen, würde unter keinen Umständen dem nahe kommen, was sie sich unter dem einen und unteilbaren Polen so vorstellen. Dieses müsse sowohl aus den Teilungsgebieten Russlands als auch aus denen Deutschlands und Österreichs bestehen und darüber hinaus auf einer internationalen Konferenz und von einer polnischen Nationalversammlung restituiert werden. (Kühn, 2018: S.180)

Für Russland war die Proklamation des Königreichs Polen unrechtmäßig, die Provinzen des Königreichs seien untrennbarer Bestandteil des Russländischen Reiches und die Bewohner seien auf Grund des Treueides auf den Zaren immer noch dessen Untertanen. (Kühn, 2018: S.182) Auch Frankreich und Großbritannien protestierten. Für beide war die Polenfrage immer noch eine Angelegenheit allein des Russländische Reiches. In Großbritannien befürchtete man, dass Russland durch den Verlust Kongresspolens zunehmend seine Rolle als Großmacht in Europa einbüßen würde. Der britische Außenminister Arthur Balfour meinte im März 1917 sogar: „...Russland würde [ohne Polen, anm.] aufhören, oder fast aufhören, ein Faktor der westlichen Politik zu sein.“ (zit. nach Kühn, 2018: S.183)

Außerdem würde ein unabhängiges Polen die Situation Frankreichs schwächen. Die Briten waren der Meinung, im Nachhinein nicht ganz zu Unrecht, dass, um ein starkes Deutsches Reich im Zaum halten zu können, es auf beiden Seiten, also im Osten wie auch im Westen, von Verbündeten begrenzt sein sollte. Würde jedoch das Deutsche Reich im Osten nicht mehr an ein starkes Russland, sondern an ein kleineres und damit militärisch auch schwächeres Polen grenzen, würden die Deutschen es in einem zukünftigen Krieg um ein Vielfaches leichter haben, einen Angriffskrieg gegen Frankreich zu führen, da sie nicht im Osten mit einem unmittelbaren Eingreifen der Russen rechnen müssten. (Kühn, 2018: S.190)

Auch die Staatsform eines potentiellen Polen stellte für die Briten keine leicht zu lösende Aufgabe dar. Zum einen wurde an den britischen Außenminister Balfour durch Dmowski zwar das Begehren herangetragen, dass das neue Polen, um lebensfähig sein zu können, unbedingt einen sicheren Zugang zum Meer haben müsse. Dies würde jedoch fast unausweichlich bedeuten, die Deutschen erheblich unter Druck zu setzen. Namentlich ging es dabei um Danzig, welches Deutschland kaum freiwillig hergeben würde. In einem Gespräch mit dem US-Unterhändler Edward Mandell House äußerte sich Balfour, dass die wohl einzige denkbare Möglichkeit sei, Danzig zu einem Freihafen zu machen. Dass das jedoch zu enormen zwischenmenschlichen und ethnischen Problemen sorgen würde, war kaum von der Hand zu weisen. (Calder, 1976: S.154)

Zum anderen verlangte Dmowski von Balfour, dass nach einer Niederlage der Mittelmächte und dem Friedensschluss einem neuen Polen sämtliche von Polen bewohnte Gebiete Deutschlands und Österreich-Ungarns zustehen sollten. Im Konkreten meinte Dmowski dabei auch Oberschlesien, das südliche Ostpreußen und Österreichisch-Schlesien, also Gebiete, die auch vor der ersten polnischen Teilung 1772 nicht polnisch waren. Es ging Dmowski im Gegensatz zu Piłsudski also nicht um ein Polen in seinen historischen Grenzen, sondern um ein Polen im ethnischen Sinn, das hauptsächlich zu Lasten der Deutschen und der Österreicher geschaffen werden sollte. (Kühn, 2018: S.191)

Die Franzosen sahen das grundsätzliche Problem nicht darin, dass es ein unabhängiges Polen geben sollte, sondern dass dieses unter deutschem und österreichischem Einfluss stand. Diese Aktion ermögliche es den Mittelmächten, eine polnische Armee auszuheben und diese an die Front zu senden. Gleichzeitig war die Regierung in Paris aber auch darauf bedacht, dass ein etwaiger polnischer Staat unter allen Umständen in einem guten Verhältnis zu Russland stehen müsse.. (Kühn, 2018: S.183)

Was sich bei der Entwicklung der Haltung der Entente zur polnischen Frage deutlich erkennen lässt, ist, dass diese äußerst flexibel ist. Beeinflusst und verändert wird sie im Laufe des Krieges immer wieder, wie bereits zuvor beschrieben, durch einschneidende Ereignisse. Ein weiteres solches Ereignis stellt der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg auf Seiten der Entente dar, der eine Reaktion auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg war, den das Deutsche Reich im Frühjahr 1917 begonnen hatte. Von diesem Zeitpunkt an wurden von deutschen U-Booten ganz offiziell US-amerikanische Schiffe, vor allem Transportschiffe, torpediert und versenkt. Denn die USA hatten schon länger u.a. durch Waffenlieferungen über den Atlantik die Entente unterstützt. Mit dem Eintritt der USA wurde auch die Polenfrage immer mehr internationalisiert. US-Präsident Woodrow Wilson hatte, im Gegensatz etwa zu den Briten, eine eindeutige Maxime. „...es sollte ein vereinigt, unabhängiges und autonomes Polen geben ...“ (Kühn, 2018: S.191) Damit hielt Wilson klar fest, womit viele andere einflussreiche Politiker im Westen nur kokettierten, jedoch aus den zuvor bereits erläuterten Bedenken zurückschreckten, es offen auszusprechen. Der US-Präsident nahm sich in dieser Hinsicht kein Blatt vor den Mund und führte dieses Anliegen auch als dreizehnten in seinen später berühmten 14 Punkten an.

Das nächste ausschlaggebende Ereignis - wobei es in diesem Zusammenhang eher als Prozess betrachtet werden sollte - stellte die Februarrevolution in Russland dar. Durch Hunger, Versorgungsengpässe und einen harten Winter aufgeheizt, lehnten sich in Petrograd und

anderen Städten die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das autokratische zaristische System auf. (Kühn, 2018: S.192) Die erste Provisorische Regierung unter Pawel Lwow wurde angelobt (Roos, 1986: S.29), der linke Sozialrevolutionär und spätere Premier Alexander Kerenski wurde vorerst Justizministr. Zusätzlich formte sich in Petrograd, parallel zur Duma, ein Arbeiter- und Soldatenrat, der sogenannte Petrograder Sowjet. Drittes Machtzentrum im neuen, nach der Abdankung des Zaren nicht mehr zaristischen Russland wurde die Armeeführung. Die beiden zuletzt erwähnten standen mit ihrer Meinung zum Krieg diametral auseinander. Während der Sowjet Frieden und das Selbstbestimmungsrecht für die Völker Russlands propagierte, stand für die Armeeführung außer Frage, dass der Krieg gegen die Mittelmächte bis aufs Letzte weiterzuführen sei. Dies machte aus Sicht der westlichen Verbündeten Russlands die Armeeführung zu einem verlässlichen Partner, während die Vertreter des Rätessystems ganz klar als Unsicherheitsfaktor einzustufen waren. (Kühn, 2018: S.193)

Und auch die Duma-Regierung unter Premier Lwow schlug sich in der Polenfrage schließlich auf die Seite des Sowjets. Damit wollte man erreichen, dass die Polen auch aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der stagnierenden Situation mit den Mittelmächten, doch noch das Lager wechseln und sich auf die Seite Russlands schlagen würden. (Jaworski, 2000: S.301)

4.3 Nationalkomitee und Exilregierung

Das Nationalkomitee (KNP) verstand sich als Vertretung der rechten, russophilen Politiker, die im Großen und Ganzen Anhänger der Nationaldemokratie waren. Ihre ursprünglichen Erwartungen für den Ausgang des Krieges unterschieden sich von jenen Pilsudskis und der linken Unabhängigkeitsfraktion in einem ganz entscheidenden Punkt. Zwar traten beide Seiten grundsätzlich für ein geeintes Polen ein, jedoch unter anderen Vorzeichen. Das KNP strebte ein Polen an, das sich zwar an dem Polen von vor 1772 orientierte, das jedoch bereit war, im Osten Konzessionen gegenüber Russland zu tätigen, um dem großen Nachbarn und Verbündeten im Osten nicht unangenehm zu werden. (Roos, 1986: S.52) Das Haupteroberungsfeld sollten die ehemals polnischen oder zumindest auch polnisch besiedelten Gebiete der beiden anderen ehemaligen Teilungsmächte sein. Teile Ostpreußens, Pommern, Gebieten Posens und das westliche Galizien galt es, den Mittelmächten Gebiete streitig zu machen, die nach Kriegsende und dem erhofften und erwarteten Sieg der Entente

zu einem polnischen Staat hinzugefügt werden sollten, der auch weiterhin unter zaristischer Herrschaft stehen würde. (Roos, 1986: S.53)

Zurück zum Polnischen Nationalkomitee, welches wie bereits erwähnt von Nationaldemokraten dominiert wurde. Die Entwicklungen in Russland waren dafür verantwortlich, dass das KNP von seiner ursprünglichen Strategie, ein Polen unter dem Zepter des Zaren schaffen zu wollen, Abstand nahm. Denn der Zar existierte nicht mehr und die zukünftigen Verbündeten und Ansprechpartner waren nun jenseits der Westfront in den Hauptstädten Frankreichs, Großbritannien und auch der USA zu finden, weswegen es nun darum ging, eine polnenfreundliche Propaganda an die dort befindlichen Entscheidungsträger heranzutragen.

Aus diesem Grund wurde am 15. August 1917 erneut ein Polnisches Nationalkomitee gegründet, und zwar in Lausanne, dem Treffpunkt etlicher polnischer Exilpolitiker des rechten Lagers. Vorsitzender wurde wenig überraschend Roman Dmowski; weitere bedeutende Mitglieder waren darüber hinaus noch der polnische Pianist und Politiker Ignacy Paderewski, dessen Werben für die polnische Sache später vor allem in den USA noch von großer Bedeutung sein sollte, sowie der bereits erwähnte Nationaldemokrat Maurycy Zamoyski. (Kühn, 2018: S.228) Ein späteres Mitglied sollte der nach dem Friedensschluss der Mittelmächte mit dem sowjetisch geführten Russland nach Frankreich geflohene General Józef Haller, der ehemalige Kommandant der zweiten Brigade der Polnischen Legion sein. Haller war mit einem großen Teil seiner Einheit im Februar 1918 bei Rarancze nahe Czernowitz durch die ehemalige Frontlinie auf die russische Seite übergelaufen und wurde daraufhin von Soldaten der Mittelmächte verfolgt und angegriffen. Haller konnte flüchten und gelangte über Kiew, Moskau und Murmansk schließlich im Sommer 1918 nach Frankreich, wo er sich schließlich den Entente-Mächten anschloss und nun auf deren Seite gegen die Deutschen an der Westfront kämpfte. (Leonhard, 2019: S.772)

Hallers Ankunft in Frankreich war auch schon dringend erwartet worden, denn eine Armee polnischer Soldaten hatte sich dort schon seit längerer Zeit gebildet und war inzwischen auf gut 15.000 Mann angewachsen; was jedoch noch fehlte, war ein fähiger General, zu dem die Soldaten aufblicken konnten und den sie respektierten. Am 4. Oktober endlich, also etwa zwei Monate nach Hallers Eintreffen, wurde ihm durch Zamoyski der Oberbefehl über die nach der Farbe ihrer Uniform benannte „Blaue Armee“ übergeben. Die Truppen waren durch die Entente optimal trainiert und ausgerüstet worden und durften sogar polnische Standarten auf der Uniform tragen. Kurz vor Kriegsende durfte, beziehungsweise musste Hallers Soldaten

noch einmal das Geschehen an der Front erleben und gegen den Feind und für die Freiheit ihres Polens kämpfen. (Kühn, 2018: S.242)

Auch wenn Hallers Kampf vielleicht wenig kriegsentscheidend war, so stärkte sich dadurch die Verhandlungsposition Polens bei den auf den Krieg folgenden Verhandlungen in Versailles, an denen Polen nun als kriegsführende und auch siegreiche Nation teilnehmen durfte. (Kühn, 2018: S.230)

Was die Ambitionen des KNP betraf, so sahen sie sich als polnisches Sprachrohr zur Entente, die nach der Kapitulation der Mittelmächte über die Nachkriegsordnung zu entscheiden hatte. Diese Position wollte man unter allen Umständen verteidigen, vor allem auch gegenüber allen anderen polnischen politischen Parteien und Organisationen, vor allem jenen, die sich als die legitimen Nachfolger beziehungsweise Platzhalter Piłsudskis sahen, der zu dieser Zeit schon in magdeburgischer Festungshaft saß. Die Aufforderung des KNP, nicht mit den Großmächten im Westen zu kommunizieren, um so deren Monopol nicht zu gefährden, wurde jedoch von den Gegnern des KNP und der Nationaldemokraten nicht befolgt.

Zusätzlich zur Schirmherrschaft über die von General Haller befehligten polnischen Truppen an der Westfront blieb dem KNP noch die internationale Reputation, die es sich durch die allmähliche Anerkennung durch die Gegner der Mittelmächte (20. September 1917 Frankreich, 15. Oktober Großbritannien, 30. Oktober Italien und 1. Dezember USA), erarbeitet hatte. Was dem Nationalkomitee jedoch mitunter am dringlichsten fehlte, war ein Standbein in Polen. (Kühn, 2018: S.212f) Jedoch hatte dort die langjährige Arbeit Piłsudskis und des POW dazu geführt, dass diese und die linken Unabhängigkeitsparteien dort nun federführend waren und es auch nach dem offiziellen Kriegsende am 11. November bleiben sollten. (Kühn, 2018: S.218)

Als dann kurz vor Kriegsende, am 6. November 1918, in Lublin selbst eine vom PPS Politiker Ignacy Daszyński gebildete provisorische Volksregierung ihre Arbeit aufnahm, (Roos, 1986: S.46) die nicht den Vorstellungen Dmowskis entsprach, stiegen auch die Befürchtungen des Nationalkomitees, dass die Entente bei den folgenden Friedensverhandlungen eher mit dieser Volksvertretung um die Nachkriegsordnung verhandeln wollen würde, als mit der im ausländischen Exil. Zumal entsprach es auch schlichtweg der Realität, dass etwa die Bauernpartei im ehemals österreichischen Galizien oder die PPS, die Polnische Sozialistische Partei, in Kongresspolen deutlich fester verankert waren als es die Nationaldemokraten waren oder jemals sein würden. (Kühn, 2018: S.243)

Eine Ausnahme stellt unter Umständen das bald ehemalige deutsche Teilungsgebiet dar, wo die lange Politik der Germanisierung für eine deutlich stärker russophile Grundeinstellung gesorgt hatte. Dadurch hatten die Nationaldemokraten dort auch einen viel besseren Stand, was auch dadurch dokumentiert wird, dass in Posen, also innerhalb des preußischen Polens, eine nationaldemokratische Regierung entsteht. Bereits am 26. Dezember 1918 sorgte die Ankunft von Ignacy Paderewski in Posen dafür, dass ein Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht ausbrach, der nur durch die Intervention Frankreichs beendet werden konnte. (Borodziej, 2010: S.102)

5. Polen und seine Regierungen

Mit dem Untergang der autoritären monarchistischen Großreiche in Europa als Folge des sich zu Ende neigenden Ersten Weltkriegs entstand binnen kürzester Zeit eine Vielzahl von mehr oder weniger langlebigen Staaten oder staatsähnlichen Gebilden. In jedem dieser neu entstandenen „Nationen“, die teils noch gar keine Erfahrung in puncto Staatsführung beziehungsweise Demokratie, hatten, bildeten sich, oft parallel zueinander, konkurrierende Regierungen, Räte oder sonstige Versammlungen mit Leitungsansprüchen. Vor dem Osten und dem mittleren Osten des Kontinents, also auch dem Gebiet der späteren Zweiten Polnischen Republik, machte diese Entwicklung nicht Halt. Ganz im Gegenteil, gerade in dieser Region kam es binnen kürzester Zeit zu einer unglaublich großen Anzahl an sich meist als lokale Vertretung verstehenden politischen Zusammensetzungen. (Webb, 2008: S.46ff)

Was dort vermutlich für dieses sehr schnell unübersichtlich werdende Wirrwarr an politischen Vertretungen sorgte, war die Tatsache, dass das Gebiet wenige Jahre zuvor noch von drei verschiedenen Staaten besetzt war, in denen, obwohl alle drei dieser Staaten Monarchien waren, sich doch unterschiedliche politische Lager entwickeln konnten. Einige dieser Lager und Parteien wurden bereits im vorigen Unterkapitel beschrieben.

Geprägt wurden diese unterschiedlichen Regierungen etc. von sich jeweils diametral gegenüberstehenden Ansichten. Die einen waren eher links, die anderen rechts, manche klar pro-Entente, andere wiederum für eine austro-polnische Lösung oder gar beeinflusst durch die deutschen Okkupatoren. (Kühn, 2018: S.129) Was nun folgt, ist eine kurze Abfolge der entschiedensten und einflussreichsten dieser entstehenden Institutionen.

Am Anfang stand jedoch in diesem Fall das Ende von etwas anderem. In diesem Fall das Ende der Vertretungen der Minderheiten in den Parlamenten in Berlin und Wien. In Österreich-Ungarn erklärten sich die Vertreter der polnischen Parteien mit Ausnahme der immer noch kaisertreuen Konservativen für Bürger eines neuen polnischen Staates, die sich nicht mehr unter der Kontrolle Kaiser Karls befänden. In Anbetracht dieser Tatsache gab es für sie auch keinen Grund mehr, im Wiener Reichsrat als Vertreter der Polen aufzutreten. (Kühn, 2018: S.235)

Ähnlich verhielt es sich mit dem Reichstag in Berlin. Dort erklärte der christlich-soziale oberschlesische polnische Politiker Wojciech Korfanty in seiner letzten Rede am 25. Oktober,

er sei ein klarer Befürworter eines „allpolnischen Territorialprogramms“ und zeigte sich angetan von Wilsons 14 Punkten, im Besonderen natürlich vom dreizehnten Punkt des US-Präsidenten, der den Polen einen freien und ungeteilten Staat versprach, der zu allem Übermaß und vor allem zum Ärger der Deutschen auch einen Zugang zum Meer in Aussicht stellte. Dieser Zugang müsse, wohl oder übel, durch den Verlust deutschen Staatsgebietes entstehen. (Kühn, 2018: S.236)

Besonders konfliktreich wurde nun die Bildung neuer Volksvertretungen vor allem dort, wo sich mehrere Ethnien um ein und dasselbe Gebiet zankten oder wo es zumindest etwaiges Konfliktpotential gab. Ein Beispiel ist da das Herzogtum Teschen, welches sowohl von den Polen als auch den nun ebenfalls nach Unabhängigkeit strebenden Tschechen für sich beansprucht wurde. Auf polnischer Seite bildete sich dort bereits am 19. Oktober ein polnischer Nationalrat als oberstes regionales Machtorgan, dessen höchste Priorität es nun war, mit dem tschechischen Nationalrat Verhandlungen bezüglich der künftigen Grenzziehung zu führen. (Kühn, 2018: S.236)

Noch unmittelbarer und dadurch auch gewalttätiger stellte sich die Situation in Galizien, im äußersten Osten der sich in Auflösung befindlichen k. u. k. Monarchie dar. Auch hier wurde am 19. Oktober eine westukrainische Nationalversammlung konstituiert, die ihren Sitz in Lemberg hatte. Diese rief auch sofort die Westukrainische Volksrepublik aus, die, auch wenn es der Name vermuten lassen würde, keine kommunistische war. Anspruch erhob die Westukrainische Volksrepublik auf den Teil Galiziens östlich des Flusses San. (Kühn, 2018: S.237)

Problematisch wurde die Angelegenheit dann, als sich am 28. desselben Monats die Polnische Liquidationskommission (PKL) in Krakau bildete und als ihren Sitz ebenfalls Lemberg auserkor. Die PKL sah ihren Einflussbereich in allen ehemals zum k. u. k. Gebiet gehörenden polnischen Teilen, also Österreichisch-Schlesien und auch Galizien. Diese Überschneidung der beiden Anspruchsgebiete führte, obwohl es durchaus auch letztlich erfolglose Vermittlungsversuche gab, zu einem Krieg, welcher der erste sein sollte, den die Zweite Polnische Republik führen sollte. (Kühn, 2018: S.237)

In der Hauptstadt des de jure noch existierenden Königreichs Polen Warschau gab es ja auch noch den bereits vorgestellten Regentschaftsrat unter deutschem Einfluss.. Von diesem Regentschaftsrat wurde am 23. Oktober 1918 der nationaldemokratische Politiker Józef Świeżyński zum Premier einer neuen Regierung gewählt. (Roos, 1986: S.46)

Świeżyński war sich durchaus bewusst, dass er für größtmögliche Kreditabilität unbedingt umgehend zwei Aktionen setzen musste, die erste als klares Zeichen gegen die deutsche Okkupation und die zweite für die überparteiliche Zusammenarbeit aller polnischen politischen Lager. Um dem ersten Punkt Rechnung tragen zu können, erkannte er den von den Deutschen eingesetzten Regentschaftsrat, der ihn höchstpersönlich zum Premier ernannt hatte, nicht an und versuchte damit einen Staatsstreich anzuzetteln, der jedoch nicht gelang. Stattdessen wurde der Nationaldemokrat kurzerhand entlassen und der Regentschaftsrat übergab Mitte November Józef Piłsudski zuerst die militärische Macht (am 11.) (Roos, 1986: S. 48) und schließlich auch die politische (am 14.). (Webb, 2008: S.48)

Zuvor versuchte Świeżyński noch mittels allerlei Tricks, die geeinte politische Front seiner Regierungsmannschaft zu mimen, indem er unter anderem den immer noch Inhaftierten Józef Piłsudski zum Militärminister ernannte. Weiters lud er auch Politiker und Parteien anderer Couleurs ein, um seiner Regierung beizuwohnen, jedoch vergebens. Die eigentlichen Parteifreunde Piłsudskis, die Sozialisten aus Kongresspolen, verzichteten auf die Einladung Świeżyńskis und setzten lieber auf ihr eigenes Pferd, nämlich die nur kurze Zeit später ins Leben gerufene linke Volksregierung mit Sitz in Lublin. Die handelnden Sozialisten sahen sich und ihre Regierung jedoch nur als Provisorium an, da man warten wollte, bis der Kommandant, Piłsudski aus seinem unfreiwilligen Exil in Deutschland zurückgekehrt war. Ihr interimistischer Anführer und Regierungschef war einstweilen der galizische Sozialist Ignacy Daszyński. Als sein mitunter größtes Ass im Ärmel kann man die Unterstützung durch die Piłsudski treu ergebene POW betrachten, die nicht nur sehr gut ausgerüstet, sondern auch bestens vernetzt war. (Kühn, 2018: S.240)

In der Regierung der selbsternannten „Volksrepublik Polen“ waren neben den schon angesprochenen Sozialisten auch Sozialdemokraten und Vertreter der Bauernpartei mit von der Partie. Der führende Politiker der Bauernpartei, Wincenty Witos, verließ die Regierung jedoch bald wieder, da diese für seine Vorstellungen zu sozialistisch geprägt war. (Templin, 2018: S.71)

Inhaltlich betrieben die Politiker in Lublin einen sehr eigenwilligen und für diese Zeit recht fortschrittlichen Kurs. Sie forderten unter anderem die Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger, egal welcher Herkunft, welchen Glaubens oder welcher Nationalität, die Einführung eines Achtstundenarbeitstages sowie Arbeitslosen- und Rentenversicherung. (Templin, 2018: S.75)

Auf der politisch gesehen genau anderen Seite des Spektrums angesiedelt war das sich in Posen bildende Oberste Nationalkomitee, welches unter der Kontrolle der Nationaldemokraten stand. Dass dieses Nationalkomitee in direkter politischer Konkurrenz etwa zur Volksregierung in Lublin stand, steht natürlich außer Frage. (Borodziej, S.103)

Als dann Józef Piłsudski am 11. November endlich in Warschau eintraf, hatte er primär nur eines im Sinn, er wollte Polen sowohl nach innen als auch nach außen hin festigen und versuchte deswegen auch möglichst schnell eine breite politische Basis aufzubauen, die schlussendlich zu einer legitimen Volksvertretung zusammenwachsen sollte. Aus diesem Grund traf er sich schon kurz nach seiner Rückkehr mit Vertretern aller möglichen Parteien, von links bis rechts. Auch für Vertreter der ihm nicht gut gesinnten Nationaldemokraten war er offen, denn Piłsudski war sich durchaus bewusst, dass eine Versöhnung mit ihnen aus zwei Gründen besonders wichtig wäre. Zum einen waren die Nationaldemokraten zwar nicht unbedingt in Kongresspolen, aber zum Beispiel im noch deutsch besetzten Posen und in der Kresy, den östlichen Grenzlanden, besonders stark vertreten und besaßen dort enormen Einfluss. Um also ein Polen zu bilden, in das alle polnischen Gebiete inkludiert sind, war es auch notwendig, auf die jeweils stärksten lokalen Parteien zuzugehen, auch wenn diese ideologisch aus einer komplett anderen Ecke kamen. (Kühn, 2018: S.254)

Der zweite wichtige Grund, der Piłsudski die Nähe zu Dmowskis Nationaldemokratie suchen ließ, war die Tatsache, dass im Grunde nur diese über die vergangen Monate und Jahre enge Kontakte zu den einflussreichen Auslandspolen sowie zu den siegreichen Entente-Mächten aufgebaut hatten. Und auch wenn die Vergangenheiten Piłsudskis und Dmowskis unterschiedlicher kaum hätten sein können, so war es nun für beide Seiten unentbehrlich, sich untereinander zu verständigen. Für Piłsudski, der vom Regentschaftsrat mit der Bildung einer Regierung beauftragt wurde und schon zuvor, vorerst ohne gewählt worden zu sein zum Staatschef und zum obersten Befehlshaber über das Militär gemacht worden war, war nur ein Schulterschluss mit Dmowski die Möglichkeit, auch von den Westmächten anerkannt zu werden. Im Gespräch mit dem einflussreichsten Mitglied des Regentschaftsrates, Fürst Lubomirski, hat Piłsudski klargestellt, dass er die politische und militärische Allmacht, die ihm angeboten und verliehen wurde, nicht für immer innehaben wolle, nur begrenzt, bis sich die Lage in und um Polen beruhigt habe. (Templin, 2018: S. 72)

Dmowski wiederum sah ein, dass, um sein KNP auch in Polen mit Anerkennung ausstatten zu können, er die Unterstützung des Staatschefs, also Piłsudskis, brauchen würde. Und diese

Anerkennung würde ihn natürlich auch bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen in Versailles stärken. (Kühn, 2018: S279)

Piłsudski wartete schließlich mit einer Lösung auf, die alle zumindest vorerst zufrieden stellte. Ignacy Paderewski, in Polen und vor allem über dessen Grenzen hinweg hoch angesehen, sollte Premier und Außenminister werden. Roman Dmowski wiederum wurde von Piłsudski die Aufgabe zugeteilt, die polnische Delegation in Versailles zu vertreten. Das verdeutlichte dem westlichen Ausland auch die innere Geschlossenheit, die sich nun langsam in Polen zu etablieren begann. So erhielt das Land am 15. Jänner 1919 die offizielle Einladung, bei den Friedensverhandlungen als Siegermacht teilzunehmen und nur kurze Zeit später, am 21. Februar, wurde schließlich auch die polnische Regierung vom Obersten Rat der Alliierten anerkannt. (Kühn, 2018: S.280f)

Was die Volksregierung in Lublin betraf, so musste Piłsudski sie enttäuschen. Er stellte sich nicht, wie diese annahm, hinter sie und verteidigte auch nicht ihre sozialistischen Ideale. Er soll gesagt haben, dass er den „Zug Sozialismus an der Haltestelle Unabhängigkeit verlassen habe.“ (zit. nach Templin, 2018: S.73) Der provisorische Lubliner Regierungschef Daszyński gestand sich ein, dass ohne Piłsudskis Unterstützung sein Alleingang zum Scheitern verurteilt war und gab nach. Er trat zurück. Als neues Staatsoberhaupt konnte dennoch ein linker, wenn auch gemäßigter Politiker, installiert werden, nämlich Jędrzej Moraczewski. (Templin, 2018: S.74)

Somit waren zumindest vorerst die wichtigsten außenpolitischen Hindernisse bezüglich der siegreichen Entente, die nun über die Neuordnung Europas zu entscheiden hatte, beseitigt. Dass es jedoch weiterhin enorme Spannungen zwischen Piłsudski und der Endecja gab und bis zum Ende geben sollte, sollte sich als unübersehbar herausstellen. Denn schon am 4. Jänner kam es in der Nacht in Warschau zum Versuch, Piłsudski und die provisorische Regierung zu stürzen. Als Putschisten in Erscheinung traten Mitglieder und Sympathisanten der Nationaldemokraten. Der Putsch war jedoch nicht gut genug organisiert und konnte rasch beendet und die Hauptverantwortlichen verhaftet werden, Piłsudski soll sie als Dilettanten und Schwachköpfe beschimpft und angebrüllt haben. Ihnen war es ein Dorn im Auge, dass, wie bereits zu Beginn dieses Unterkapitels erläutert, Piłsudski durch ein Dekret des Regentschaftsrates am 14. November 1918 die gesamte Verantwortung über die politischen Agenden übertragen worden, dieser also faktisch zum Diktator aufgestiegen war. Dieser so genannte „Theaterputsch“ hätte das Ziel gehabt, nach der Entmachtung Piłsudskis zu einer

Regierung unter Ignacy Paderewski zu führen, der vom Putsch jedoch keinerlei Kenntnis hatte und später eine Machtübernahme Roman Dmowskis zu ermöglichen. (Templin, 2018: S.83)

Der Vollständigkeit halber soll noch vermerkt werden, dass der Regentschaftsrat, der in der Bevölkerung kaum Anerkennung genossen und inzwischen wohl auch die Hoffnung auf die Einsetzung eines Königs und die Gründung einer Monarchie in Polen aufgegeben hatte, sich danach sofort auflöste und damit nicht mehr als eine kurze Randnotiz der Geschichte Polens geblieben ist. Das Angebot an Piłsudski, selbst kooperiertes Mitglied ihres Rates zu werden, lehnte dieser selbstredend ab. (Templin, 2018: S.72)

Piłsudski jedoch wollte seine sehr weitreichenden Vollmachten nicht missbrauchen und legte Wert auf eine demokratische Legitimierung seiner Herrschaft. Und so erließ er am 28. November ein Dekret, das einen Termin, nämlich den 26. Jänner 1919, für allgemeine, freie, geheime, gleiche und direkte Wahlen zum Sejm nach dem Verhältniswahlrecht festlegte. (Kühn, 2018: S.263)

Vor dieser Wahl galt es jedoch schon für die provisorische Regierung, allerhand Arbeit zu verrichten, um das über Jahrzehnte geteilte und durch den Krieg verwüstete Polen wieder handlungsfähig zu machen. Es galt, die grundlegende Versorgung sicherzustellen, die innere Ordnung wiederherzustellen und etwa auch eine einheitliche Finanzverwaltung und Steuerbehörde zu schaffen. Bis zu den Wahlen, bei denen im Übrigen auch erstmals in Polen Frauen teilnehmen durften, waren sie also durchaus beschäftigt. (Templin, 2018: S.75)

Ebenfalls noch vor der Wahl trat Präsident Jędrzej Moraczewski zurück, Piłsudski hatte ihn darum ersucht. Für diesen war klar, dass für ein stabiles Land auch ein Staatsoberhaupt vonnöten sei, das politisch alle Lager und nicht nur die Linken vertrete. Am 16. Jänner demissionierte Moraczewski, einen Tag später wurde Paderewski sein Nachfolger und blieb es bis zum Ende des Jahres. Im Dezember 1919 legte er seine Amtsgeschäfte nieder. Er war durch die Verhandlungen in Paris und die Ergebnisse, vor allem aber durch seine Anfeindungen in der Heimat komplett entnervt und desillusioniert. Linke warfen ihm Nähe zur Endecja vor, Rechte wiederum die Loyalität zu Piłsudski. Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung war unzufrieden mit den Ergebnissen, die er mit seiner Delegation in Versailles ausgehandelt hatte. Sie machten ihn verantwortlich für den „Schandfrieden“. Ähnlich wie in Deutschland entlud sich die Unzufriedenheit an dem gemäßigten Politiker. (Templin, 2018: S.84)

Die Wahl vom 26. Jänner 1919 sollte in allen polnischen Gebieten, also auch in denjenigen, die noch umstritten waren, durchgeführt werden. Man wollte damit auch eine gewisse Entschlossenheit an den Tag legen und zeigen, dass man sich mit dem aktuellen Polen nicht zufriedengeben werde. Gewählt wurde schlussendlich aber nur in Kongresspolen und in Westgalizien, aber immerhin mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung von bis zu 80%.

(Borodziej, S.104) Um dem Sejm jedoch trotzdem einen allpolnischen Ausdruck zu verleihen, wurden auch Abgeordnete aus den nicht abstimmenden Gebieten entsandt, es handelte sich dabei um Abgeordnete aus den alten Parlamenten, also dem österreichischen Reichsrat und dem deutschen Reichstag. (Borodziej, S.105)

Zu den Wahlergebnissen bleibt noch folgendes zu sagen: Die politischen Ränder, vor allem auf der rechten Seite, gingen gestärkt aus dem Urnengang am 26. Jänner hervor. Die Nationaldemokraten erreichten knapp 40%, die Bauernpartei (links) erhielt über 20% und die Sozialisten knapp 10%. Die Minderheiten fanden bei dieser ersten freien Wahl in Polen noch kaum Bedeutung und Repräsentation. (Rothschild, 1974: S.47) Die Kommunisten boykottierten die Wahl von vornherein, wodurch klar wurde, dass es in Polen eine klare konservative und national eingestellte Mehrheit geben würde. (Lehnstaedt, 2019: S.16)

Am 20. Februar, demselben Tag, an dem die sogenannte „kleine Verfassung“, also ein Verfassungsgesetz, das das Verhältnis zwischen Sejm und den anderen Machtorganen (vor allem dem Präsidenten, dieser vertrat den Staat nach außen und war „höchster Vollstrecker“ von Sejmbeschlüssen in zivilen und militärischen Angelegenheiten) (Borodziej, 2010: S.195) regulieren sollte, in Kraft trat, bot auch Józef Piłsudski, rein pro forma, den Abgeordneten seinen Rücktritt an, die dies natürlich ablehnten. Des Weiteren beschloss der Sejm, dass seine wichtigste und unmittelbarste Aufgabe die Ausarbeitung einer Verfassung sei. (Kühn, 2018: S.265)

Die eben erwähnte „kleine Verfassung“, die vom Parlament verabschiedet wurde, stärkte die Stellung des Sejm ganz deutlich und ist damit auch ein wichtiger Schritt in Richtung einer gefestigten Demokratie. Józef Piłsudski, der bis dahin unumstrittene und übermächtige Staatschef, war von nun an in seiner innenpolitischen Machtstellung beschränkt. (Leonhard, 2019: S.495) Durch seine spätere Rolle als militärischer Führer in den ersten Konflikten um Grenzen, etwa mit Litauen oder der Ukraine, aber vor allem auch durch den Krieg mit der Sowjetunion, kann Piłsudski seine Machtrolle allerdings wieder enorm stärken.

6. Europa nach dem Krieg

6.1 Paris wird Zentrum Europas

Unmittelbar nach der Waffenstillstandsvereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Entente am 11. November 1918 in einem Eisenbahnwaggon in Compiègne, durch den formal alle kriegerischen Handlungen eingestellt wurden, begannen sich die am Krieg beteiligten Nationen über die Nachkriegsordnung Gedanken zu machen. Jeder Staat, aber auch Territorien, die gerade erst dabei waren, sich als neue Staaten zu definieren, hatte seine ganz eigene Vorstellung, wie eine neue Welt nach dem ersten, fast den gesamten Globus umspannenden Krieg, auszusehen habe. Jeder hatte eigene Vorstellungen davon, was fair und gerecht sei, wem eine Bestrafung und wem eine Belohnung zustehen würde. Sogar innerhalb der an der folgenden Friedenskonferenz teilnehmenden Staaten gab es sehr stark unterschiedliche Ansichten, manche eher pragmatisch, andere wieder radikaler, fast gefährlich, aber zumindest unvernünftig. (Conze, 2018: S.141f)

Die Konferenz der Siegermächte des Ersten Weltkriegs war ein noch nie dagewesenes Spektakel, dem unzählige Delegierte der unterschiedlichsten Nationen beiwohnten. Vorbedingung war, dass man sich zumindest in irgendeiner Form auf der Seite der Entente am Krieg gegen die Mittelmächte beteiligt hatte, die Verliererseite wurde von vornherein kategorisch ausgeschlossen. Diese Bedingung erfüllte Polen auf Grund des Einschreitens der Blauen Armee unter General Józef Haller an der Westfront buchstäblich am Vorabend des Waffenstillstandes. Das qualifizierte eine kleine, aber exzellent vorbereitete und von ihren Ansichten zutiefst überzeugte polnische Delegation, sich auf den Weg nach Paris, genauer nach Versailles, einem Vorort von Paris, zu machen. Die Delegation war gekennzeichnet von tiefen Gräben zwischen den Lagern Piłsudskis und Dmowskis, was sich auch in den Ausschüssen zu den unterschiedlichen Themenfeldern in Versailles widerspiegelte. Die Bevollmächtigten der Delegation waren Roman Dmowski, Ignacy Paderewski und sein Stellvertreter Kazimierz Dłuski, zuständig für wirtschaftliche Angelegenheiten war der Nationaldemokrat und Wirtschaftsexperte Władysław Grabski (Jaworski, 2000: S.320), Generalsekretär der Delegation war Stanisław Kozicki, ebenfalls Nationaldemokrat, sein Stellvertreter war der Diplomat und Historiker Michał Sokolnicki. (Lundgreen-Nielsen, 1979: S.167)

Versailles war gemeinsam mit Saint-Germain-en-Laye (mit Österreich), Neuilly-sur-Seine (mit Bulgarien), Trianon (mit Ungarn) und Sèvres (mit dem Osmanischen Reich) Austragungsort der Verhandlungen über die Nachkriegsordnung in den zu Lasten der als Kriegsverlierern feststehenden Ländern und allen Territorien, die vor 1914 zu deren Staatsgebiet gehörten. In Versailles wurde vor allem darüber diskutiert und verhandelt, was mit der vom Deutschen Reich abzutrennenden Landmasse geschehen sollte. Während im Norden, Süden und Westen über Grenzverschiebungen Deutschlands zugunsten der dem Angriffskrieg der Mittelmächte zum Opfer gefallenen Nachbarn Frankreich, Belgien und Dänemark entschieden wurde, gestaltete sich die Problematik über die neue Festlegung der Grenzen im Osten als deutlich schwieriger. (Lundgreen-Nielsen, 1979: S.61) Denn anders als an den anderen, gerade erwähnten Grenzen Deutschlands, veränderte sich die geopolitische Situation im Osten gewaltig. Es grenzte nun nicht mehr an den erbitterten Feind im Ersten Weltkrieg und vormaligen Bündnispartner, nämlich das Russische Zarenreich, sondern sah sich einer Anzahl neuer Staaten gegenüber, die allesamt nach einem ihren Ansprüchen genügenden Stück Land verlangten. (Lundgreen-Nielsen, 1979: S.67)

Zudem war die deutsche Armee im Verlauf, aber vor allem in der Endphase des Krieges, unter Ausnutzung der chaotischen Lage in Russland, das durch zwei Revolutionen und einen Bürgerkrieg im Durcheinander versank, hunderte Kilometer über die Grenzen von 1914 hinaus, weiter nach Osten marschiert. (Hirschfeld, 2014: S.95) Was würde nun aus dem eroberten und besetzten Gebiet werden? Russland war nach der Oktoberrevolution und dem Friedensschluss von Brest-Litowsk aus der Gemeinschaft der Entente ausgeschieden, (Borodziej, 2018: S.264) galt somit nicht mehr als Kriegsgewinner und war somit auch nicht durch eine Delegation in Paris vertreten. Das galt es nun in der französischen Hauptstadt zu verhandeln.

Vom Jänner 1919 an wurde in Paris nun für gut ein Jahr verhandelt, was das Zeug hält. Jeder will möglichst viel von seinen Vorstellungen umgesetzt wissen und dabei gleichzeitig möglichst wenig Konzessionen eingehen. Kleine wollen möglichst viel Land und Einfluss gewinnen, Großen liegt viel daran, möglichst wenig Territorium und Macht zu verlieren. Ihr Schicksal liegt im Grund nun in den Händen der „großen Vier“. So nennt man die obersten Vertreter der siegreichen Staaten, die den Sieg im Ersten Weltkrieg zu einem Großteil zu verantworten hatten. Neben dem Gastgeber Frankreich, über dessen Staatsgebiet die Westfront die längste Zeit verlief und das von den Vieren am meisten durch den Krieg zu

leiden hatte, gehörten zu den großen Vieren auch noch Großbritannien, die USA und Italien. (Conze, 2018: S.96)

Für Frankreich saß im Rat der Vier, der sich aus dem ursprünglichen Rat der Zehn herausgebildet hatte, dessen Ministerpräsident, Georges Clemenceau. Ihm lag besonders an der Prävention eines neuerlichen Angriffskrieges Deutschlands. Für Clemenceau war deswegen das für Frankreich bestmögliche Ergebnis jenes, welches für Deutschland das bitterste und demütigendste darstellte. Die Deutschen sollten so weit in Macht und Größe beschnitten werden, dass sie nie wieder in der Lage wären, einen Krieg gegen einen seiner europäischen Nachbarn führen zu können. Dem zuvor bereits erwähnte Rat der Zehn gehörte neben Frankreich, Großbritannien, den USA und Italien auch noch Japan an. Zudem saßen in ihm noch zusätzlich zu den Regierungschefs auch die Außenminister. In der entscheidenden Phase der Verhandlungen entschied man sich, den Rat zu verkleinern. Außenminister schieden aus und das bisher recht schweigsame Japan zog sich zurück. (Templin, 2018: S.87)

Großbritanniens starker Mann unter den großen Vier war der britische Premierminister David Lloyd George. Er war um einiges pragmatischer als sein französisches Pendant. Natürlich war auch er für eine angemessene Bestrafung der Mittelmächte, jedoch nicht für deren vollkommene Lahmlegung. Zu seinen Interessen zählte auch die Sicherung des britischen Commonwealth. Um diese gewährleisten zu können, befürwortete er die Herausgabe der deutschen Kriegsmarine, sowie die Auflösung des deutschen Kolonialreichs. (Leonhard, 2019: S.770) In Bezug auf Europa galt für ihn klar die Maxime, den Westen vor der sich andeutende Gefahr des womöglich expandierenden Bolschewismus zu beschützen. Lloyd George war es im Übrigen auch, der darum bat, den Rat der Zehn auf einen Rat der Vier zu verkleinern, um die Weitergabe interner Informationen an die Medien weitestmöglich einzuschränken. Zuvor hatte beispielsweise der französische Außenminister eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Informationen an Journalisten weitergegeben, um so den Druck auf die anderen Verhandlungsteilnehmer zu erhöhen. (Leonhard, 2019: S.774)

Der US-Präsident Woodrow Wilson war das Pendant auf US-Seite. Durch seine 14 Punkte hatte er schon während des Krieges seine Hauptanliegen klargemacht. Auch viele kleinere, unter Fremdherrschaft stehende Völker, wie etwa die Tschechen und die Polen, verließen sich auf Wilsons 14 Punkte. Der Präsident war jedoch bereit, in gewissen Punkten einen Schritt zurückzugehen, wenn er dafür bloß seinen 14. Punkt umsetzen könne, nämlich die Etablierung einer internationalen Organisation, die in Zukunft Kriege verhindern sollte, des Völkerbundes. Ein Treppenwitz der Geschichte ist, dass Wilson zwar seinen Völkerbund

bekam, die USA jedoch, auf Grund der Ablehnung des Versailler Vertrags durch den Senat, nie Mitglied werden sollten. (Conze, 2018: S.223)

Weiter geschwächt wurde die Stellung der USA bei den Verhandlungen durch die Abwesenheit des Präsidenten Wilson von Mitte Februar bis März 1919, da er sich wegen innenpolitischer Turbulenzen wieder in die USA zurückziehen musste. Ende desselben Jahres verschlechterte sich auch noch sein Gesundheitszustand, im Oktober erlitt er einen Schlaganfall. Wilsons große Ambitionen wurden ein Opfer der politischen Gegner in der Heimat und seines eigenen, geschwächten Körpers. (Templin, 2018: S.87)

Das vierte und wohl am wenigsten einflussreiche Mitglied im Rat der Vier war der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando. Für ihn standen klar die vor dem italienischen Kriegseintritt 1915 versprochenen Territorien Österreich-Ungarns im Vordergrund. In den meisten anderen Belangen stimmte er mit den anderen Mitgliedern mit. (Conze, 2018: S.323)

6.2 Erwartungen und Ergebnisse

Bereits vor Verhandlungsbeginn waren, wie im vorigen Unterkapitel beschrieben, die Ansichten klar definiert. Die Polen jedoch, die durch den Starpianisten und zugleich polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Paderewski und den nationaldemokratischen Politiker Roman Dmowski in Paris vertreten waren, hatten durchaus untereinander divergierende Ansichten, wie ein neues Polen, welches auf der Pariser Friedenskonferenz seine finalen Grenzen erhalten sollte – so zumindest die Annahme vorab – auszusehen habe. Ging man nach denen, die der alten Tradition der Adelsrepublik nachtrauerten, die im 18. Jahrhundert ihr jähes Ende fand, so war die Zweite Polnische Republik, mit diesem Namen verwies man im Übrigen auf die Kontinuität zu der durch die drei Teilungen zugrunde gegangenen alten (ersten) polnischen Republik, (Leonhard, 2019: S.722) unbedingt in den Grenzen der größten polnischen Ausdehnung neu zu gründen. (siehe Kapitel 2.1) Was diese Ansicht mit sich brachte, war, dass das künftige Polen eines wäre, in dem eine Reihe von Minderheiten beheimatet sein würde. Andere waren bereit, sich auf ein Kernpolen zu beschränken, Gebiete, die die alte Rzeczpospolita beinhaltet hatte, jedoch kaum polnisch besiedelt waren, also die Ausläufer der Kresy, waren nicht unbedingt Bestandteil ihrer Forderungen. (MacMillan, 2015: S. 283)

Zwei weitere wichtige Punkte für die polnischen Verhandler waren - zusätzlich zu den zuvor beschriebenen ethnischen Überlegungen - zum einen die historische Gerechtigkeit und zum anderen die wirtschaftliche und strategische Lage, in der sich das neue Polen nach der Friedenskonferenz befinden sollte. Dadurch, dass der letzte polnische Staat von seinen europäischen Nachbarn gegen seinen Willen aufgeteilt worden und die polnische Bevölkerung von den besetzenden Mächten teils mehr, teils weniger starken Repressalien ausgesetzt gewesen war, sah man die Konferenz nun als Gelegenheit, um historisches Unrecht wieder gutzumachen. (Lundgreen-Nielsen, 1979: S.33f)

Die sichere Neukonstituierung eines solchen Polen, also eine entsprechende wirtschaftliche und strategische Lage, sollte ebenfalls durch den Zugang zum Meer und den Erhalt wirtschaftlich weiterentwickelter Gebiete, zu Lasten der unterlegenen Kriegsparteien, gewährleistet werden. (Conze, 2018: S.295)

Vor allem Frankreich setzte große Stücke auf den neuen polnischen Staat und schreckte auch deswegen nicht davor zurück, die am aggressivsten auftretenden Polen, allen voran Roman Dmowski, zu unterstützen. Man unterstützte die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen früher und aktiver als die anderen Verbündeten. Das war ganz nach Dmowskis Geschmack, der gleich wie Clemenceau die Deutschen am allermeisten fürchtete und so vor allem deren Einfluss begrenzen wollte, natürlich um dadurch auch direkt zu profitieren. (MacMillan, 2015: S.289)

Das Ziel war, dass Polen Teil eines ostmitteleuropäischen, gegen Deutschland gerichteten, Bündnisses werde, welches selbstredend unter der Führung Frankreichs stehe. Nachdem man sich auch nicht ganz sicher war, wie sich die Lage in Russland weiterentwickeln, also welche Fraktion am Ende die Oberhand gewinnen werde, war Polen auch als Teil eines so genannten „Cordon sanitaire“, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichen und die beiden Unsicherheitsfaktoren Deutschland und Russland voneinander trennen sollte, im Gespräch. Zusätzlich zu einem Bündnis zwischen Frankreich und Polen, das am 10. Februar 1921 geschlossen werden sollte und letzteres gegen künftige Aggressionen seiner Nachbarn schützen sollte, bildete sich auch die so genannte „Kleine Entente“ in Anlehnung an die Entente. Diese Allianz begann mit einem Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien im August 1920, und wurde dann im folgenden Jahr um Bündnisse zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien (April) und Rumänien und Jugoslawien (Juni) erweitert. Ihr Hauptziel war es, die beteiligten Staaten vor einem etwaigen Revisionismus Ungarns zu schützen. (Webb, 2008: S.191)

Polen hatte, ähnlich im übrigen wie Frankreich, durch den Krieg stark gelitten. Auf beiden Staatsgebieten war jeweils die West-, beziehungsweise Ostfront für eine lange Zeit verlaufen. In Polen kam noch erschwerend hinzu, dass das Land nach dem Abzug der Russen und der Deutschen eines Großteils seiner Industrie beraubt worden war, die, wenn dann überhaupt, nur im deutschen Teilungsgebiet halbwegs auf dem neuesten Stand war. Ganze Landstriche lagen in Schutt und Asche und waren entvölkert, die Nahrung in den Städten war schon geraume Zeit knapp und Krankheiten plagten die Bevölkerung. Denn durch den Krieg hatte Polen nicht nur unter Demontagen der Industrie zu leiden, rein demographisch war das polnische Volk, also jene Menschen, die auf dem späteren polnischen Staatsgebiet leben sollten, von 30,3 Millionen im Jahr 1913 auf nur noch 26,3 Millionen nach dem Krieg geschrumpft. (Leonhard, 2019: S.491) Das berichtete unter anderem auch der spätere US-Präsident Herbert Hoover, der zu jener Zeit Chef der amerikanischen Hilfsmission in Europa war. (Leonhard, 2019: S.491) Polen musste also unter allen Umständen deutlich gestärkt aus den Verhandlungen herauskommen, sonst wäre der Staat kaum überlebensfähig und zum Scheitern verurteilt. (Conze, 2018: S.296)

Aus der französischen Sicht sprach also nichts dagegen, den sehr ambitionierten Forderungen Dmowskis und der Nationaldemokraten in vollem Umfang zuzustimmen. Dmowski verlangte vom ehemaligen Deutschen Reich die gesamten Provinzen Posen und Westpreußen, den südöstlichen Teil Ostpreußens sowie Oberschlesien. Die Hafenstadt Danzig, die ebenfalls polnisch werden sollte, würde Polen endlich den lang ersehnten Zugang zum Meer einbringen. (Conze, 2018: S.297f) Bezüglich der oft als Argument angeführten ethnischen Homogenität als Grund für eine Beanspruchung durch Polen, muss man an dieser Stelle erwähnen, dass bei der Volkszählung 1910 in Westpreußen 65% als Muttersprache Deutsch und nur 28% Polnisch angegeben haben. Die restlichen 7% fielen auf die hauptsächlich in Danzig lebenden Kaschuben. (Leonhard, 2019: S.770)

Im Osten war Dmowski im Gegenzug bereit, auf historisch polnisches Gebiet zu verzichten. Teile Litauens und der Ukraine, im 18. Jahrhundert Bestandteile der Adelsrepublik, hatten sich inzwischen zu weit vom einstigen Charakter des letzten polnischen Staates entfernt. Konzessionen auf diesem Feld waren also ein bloßer Selbstschutz, um die Integrität des Polentums zu schützen. Man wollte aus nationaldemokratischer Sicht keine zu große nicht-polnische Bevölkerung im eigenen Staat haben. (MacMillan, 2015: S.292) Dem widersprach jedoch die Realität, dass zum Beispiel in Oberschlesien aber auch in Ostpreußen selbst die dort lebende polnische Bevölkerung über die Jahrzehnte und Jahrhunderte viel mehr deutsch

geworden war und kaum noch etwas mit der polnischen Kultur am Hut hatten, wenn dies überhaupt jemals wirklich der Fall war. Exemplarisch ist, dass die sowieso eher marginale polnische Bevölkerung Ostpreußens inzwischen großteils protestantischen Glaubens war und nicht wie die überwiegende Mehrheit Polens, katholisch. (MacMillan, 2015: S.295)

Einen Zankapfel stellte vor allem auch die zuvor erwähnte, seit 1815 deutsche, Provinz Posen dar. Zu Preußen war sie bereits nach der zweiten Teilung Polens im Jahr 1793 gekommen, die polnische Bevölkerung machte dennoch rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Die Polen in Posen hatten besonders stark unter den deutschen Repressionen, vor allem gegen die katholische Kirche, und der forcierten Germanisierung im 19. Jahrhundert zu leiden. Das alles sind Ursachen dafür, dass dort die Abneigung gegen die Besatzer besonders hoch war, ebenso wie der Zusporn für die als deutschfeindlich geltende *Endecja*. (Borodziej, 2010: S.40f)

Wie auch im Osten setzten die polnische Delegation darauf, bereits vor den Verhandlungen und einem endgültigen Friedensschluss vollendete Tatsachen zu schaffen. Posen sollte also bereits vor den Verhandlungen in Versailles polnisch werden. Und so sollte ein Besuch Ignacy Paderewskis in Posen am 26. Dezember schließlich der Stein des Anstoßes sein. (Templin, 2018: S.82) Er wurde unter frenetischem Jubel empfangen, die Menge war außer sich und der Zorn auf die deutschen Besatzer begann sich zu entladen. Einen Tag später, am 27. Dezember, probten die Polen, zuerst nur in der Stadt und später in der ganzen Provinz Posen, den Aufstand. Dieser sollte über sechs Wochen andauern. (Leonhard, 2019: S.493)

Sowohl die Verhandler der Westmächte in Paris, mit Ausnahme der Franzosen, als auch die Deutschen waren von dieser eigenständigen Aktion Polens, die im Übrigen nicht von der Regierung in Warschau getragen wurde, aufgebracht. Die linke Regierung Warschaus blickte mit Besorgnis nach Posen. Man befürchtete die Bildung eines zweiten, rechten Machtzentrums. Die Deutschen handelten schnell. Aus Furcht, der Aufstand in Posen könnte überschwappen, zogen sie an der Grenze zu Posen Freikorps als paramilitärische Einheiten zusammen. Der Konflikt eskalierte zusehends, sodass schließlich eine französische Intervention notwendig wurde, um ihn zu befrieden. (Leonhard, 2019: S.494) Es wurde für die Provinz Posen eine Demarkationslinie vereinbart, die bis zum Ende der Friedensverhandlungen und im Wesentlichen auch darüber hinaus auch die provisorische Westgrenze Polens blieb. (Templin, 2018: S.82)

Vor allem David Lloyd George, der britische Premierminister, stieß sich oft an den nationaldemokratischen und französischen Vorstellungen einer polnischen

Nachkriegsordnung. Die von Dmowski am 29. Jänner 1919 an die anwesenden Vertreter der anderen Nationen vorgetragenen Befürchtungen wären seiner Meinung nach bloß ein Anlass für zukünftigen deutschen Revisionismus und würden den Frieden in Europa nachhaltig gefährden. Auch wenn Dmowskis Rede in perfektem Englisch und Französisch vorgetragen und perfekt mit historischen, juristischen und moralischen Argumenten unterlegt war, ging Lloyd George auf Distanz; zu groß waren die Bedenken, vor allem bezüglich der Abtrennung Danzigs von Deutschland, und die generell in Frage gestellte Fähigkeit Polens, einen eigenen Staat zu organisieren, ließen beim Premier Zweifel aufkommen. Auch Clemenceaus eigentliche Intention, nämlich Polen nur zu unterstützen, um dadurch Deutschland zu schaden, wollte Lloyd George durchschaut haben. (Conze, 2018: S.298)

Wilson und der amerikanischen Delegation lag vor allem am viel zitierten Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wilson zeigte selbstverständlich Verständnis dafür, dass nach über 100 Jahren der Nichtexistenz das Verlangen nach einem freien und ungeteilten Polen für diese die oberste Priorität hat, jedoch war für ihn auch schnell ersichtlich, dass die Polen das eine oder andere Mal mit ihren Erwartungen über das Ziel hinauszuschießen drohten. Des Weiteren gab es trotzdem auch Versuche Polens, Druck auf die Mitglieder der amerikanischen Delegation auszuüben, indem man sie auf den Einfluss polnisch-amerikanischer Wählerstimmen in den USA aufmerksam machte. Diese würden es wohl nicht so leicht verzeihen, sollte das endgültige Ergebnis für Polen nicht den gewünschten Erwartungen entsprechen, und es ihnen dann bei den nächsten Wahlen heimzahlen. (Leonhard, 2019: S.771)

Im Februar 1919, kurz nach Dmowskis Rede, bildete der Oberste Rat der Entente eine Kommission für polnische Angelegenheiten. Sie war nach dem französischen Geographen und Diplomaten Jules Cambon benannt, der in ihr maßgeblich tätig war. (Templin, 2018: S.92) Ihre Aufgabe war es nun, einen Bericht auszuarbeiten, der die komplizierte und undurchsichtige Frage nach den richtigen Grenzen beantworten sollte. Ein weiteres Hauptanliegen der Kommission war, darauf zu achten, dass möglichst wenig Deutsche beziehungsweise Polen am Ende im jeweils anderen Land beheimatet sein würden.

Das Ergebnis, welches Deutschland wohl nur unter extremem Protest angenommen hätte, entsprach in weiten Teilen den Forderungen der polnischen Delegation. Polen würde seine wichtigste Forderung, den Zugang zur Ostsee über die Hafenstadt Danzig, sowie einen langen Küstenabschnitt, später in Deutschland als „Korridor“ bezeichnet, erhalten, welcher das verbleibende deutsche Staatsgebiet in zwei Teile teilen würde. Zumindest ein Plebiszit wurde

der Bevölkerung in Allenstein (poln. Olsztyn) zugestanden. Im südlichen Ostpreußen war die Bevölkerung zwar zum Teil polnisch, aber eben auch protestantisch. Im Sommer 1920 stimmten die Einwohner Allensteins, Ermlands und Masurens schließlich mit einer überwältigenden Mehrheit von 363.000 zu 8.000 Stimmen für den Verbleib bei Deutschland. (MacMillan, 2015: S.295)

Nicht ganz unbedeutend für das überaus klare Ergebnis der Abstimmung dürfte auch der Zeitpunkt gewesen sein. Genau in den Sommermonaten des Jahres 1920 marschierte die Rote Armee im Eilschritt Richtung Polen. Viele Menschen im Abstimmungsgebiet wählten wohl aus Furcht vor den Kommunisten die Option für einen Verbleib bei Deutschland. Polen, so befürchteten sie, würde wohl bald Opfer der Bolschewiki werden. (Templin, 2018: S.92)

Bezüglich einiger Punkte des Berichts äußerte Lloyd George nun aber Bedenken, die im folgenden Absatz behandelt werden. In dem Polen zuzuschlagenden Kreis Marienwerder, 80 Kilometer südlich von Danzig, lebte eine deutsche Mehrheit. Für dieses Gebiet beanspruchte nun der Brite eine Volksabstimmung; diese wurde ebenso – von Clemenceau widerwillig – genehmigt wie die Revision der Entscheidung bezüglich Danzigs. Lloyd George sah es lieber, wenn Danzig zur Freien Stadt unter Aufsicht des Völkerbundes würde. Auch der bis zu diesem Zeitpunkt in der Danzig-Frage noch unentschlossene US-Präsident Woodrow Wilson lenkte schließlich ein. Dass Danzig jedoch nicht an Polen fallen sollte, war für ihn an eine andere fast gleichzeitig verhandelte Frage gebunden, an den Streit zwischen Italien und dem neu entstandenen SHS-Staat um die wichtige Hafenstadt Fiume. Die beiden Nachbarn beanspruchten die bis Kriegsende unter der Herrschaft Österreich-Ungarns befindliche Stadt für sich. Eine Eintreten Wilsons in der Danzig-Frage zu Gunsten Polens würde ihn auch im Disput bezüglich Fiume seiner Neutralität berauben, da er sich dann schon in einer ähnlichen Frage festgelegt hätte. Beide Fälle waren sehr brisant, in Fiume war jedoch die Zusammensetzung der Bevölkerung noch viel uneindeutiger als im mehrheitlich deutsch bewohnten Danzig. Wilson sprach sich, um sich in der Fiume-Frage nicht festlegen zu müssen, für einen Mittelweg aus. Danzig sollte in gewisser Hinsicht frei werden, also weder an Deutschland noch an Polen gebunden sein. (Leonhard, 2019: S.777)

Paderewski und Dmowski waren außer sich vor Zorn und Unverständnis, letzterer warf Lloyd George sogar vor, er würde im Interesse Deutschlands entscheiden. Paderewski war der Ansicht, ein Polen ohne Danzig wäre wirtschaftlich zu sehr beeinträchtigt, um ernsthaft existieren zu können. Beide konnten jedoch nicht verhindern, dass selbst ihr größter Verbündeter in Versailles, Clemenceau, diesen Abänderungsvorschlägen zustimmte. Das

hatte zur Folge, dass in Marienwerder, gleich wie in Allenstein, ein Plebiszit abgehalten wurde und dieses, ebenfalls wie in Allenstein, mit einer überwältigenden Mehrheit für einen Verbleib bei Deutschland ausging. Danzig wiederum wurde eine Freie Stadt und kam unter Aufsicht des Völkerbundes. Die erwartete Öffnung und Entwicklung hin zu Polen fand aufgrund der weiteren geopolitischen Umstände nicht statt, obwohl Danzig ab nun in einer Zollunion mit Polen war. (Conze, 2018: S.300) Doch so inakzeptabel das Ergebnis für Polen war, nicht minder inakzeptabel war es auch für Deutschland. Politiker in der Weimarer Republik, egal ob Liberale oder Nationalisten, verurteilten den Eingriff in deutsches Territorium und die Abtrennung Ostpreußens vom Rest der Republik durch den so genannten Korridor. (MacMillan, 2015: S.298)

Doch auch im Südwesten der neuen Zweiten Polnischen Republik gab es einen gehörigen Streitpunkt und auch hier intervenierte Lloyd George. Es ging dabei um Oberschlesien, welches von Polen gefordert und von der Kommission auch zugestanden wurde. Der deutsche Protest arbeitete mit folgenden Argumenten. Oberschlesien war schon jahrhundertlang, genauer seit 1348, kein Bestandteil Polens gewesen, auch schon lange vor den polnischen Teilungen nicht mehr. Die Bevölkerung mag zwar ursprünglich größtenteils polnisch gewesen sein und es lebten zwar immer noch viele Polen dort, doch durch die lange Zeit, die vergangen war, und den deutschen Einfluss fühle sich die Bevölkerung nun viel mehr mit Deutschland als mit Polen verbunden und habe kein Bedürfnis, sich nun dem neuen polnischen Staat anzuschließen, so die deutsche Regierung. (MacMillan, 2015: S.299)

Ein weiterer Punkt, der von deutscher Seite angesprochen wurde, war die wirtschaftliche Komponente, die ein deutsches Oberschlesien in Zukunft zu spielen habe. Deutschland war auf die enorme Industrie, die dort, vor allem im südöstlichen Oberschlesien, vorhanden war, angewiesen, zum einen um für sich selber zu sorgen und zum anderen aber auch, um den Verpflichtungen gegenüber den Siegermächten nachkommen zu können. (MacMillan, 2015: S.298)

Somit wurde auch in Oberschlesien auf die Durchführung von Volksabstimmungen zurückgegriffen. Jedoch sollten diese Plebiszite nicht wie jene in Ostpreußen schon 1920, sondern erst im März 1921 stattfinden. In der Zwischenzeit hat Polen einen erfolgreichen Krieg gegen die Sowjetunion hinter sich, und in Oberschlesien ist es zu mehreren Aufständen gekommen. (Leonhard, 2019: S.1196) Und haben bei den Abstimmungen in Allenstein und Marienwerder die militärischen Konflikte mit dem scheinbar übermächtigen russischen Nachbarn und die Sorge vor der heranrückenden Roten Armee eventuell noch für Stimmen

zum Verbleib bei Deutschland gesorgt, so wurde in Oberschlesien nun unter komplett neuen Voraussetzungen abgestimmt. Polen war inzwischen zu einem gefestigten und unumstrittenen Staat in Mitten Europas geworden.

Das Ergebnis im Frühjahr 1921 war dann recht ungleichmäßig. Im Norden stimmte eine Mehrheit für Deutschland, im Süden für Polen. Im mittleren Gebiet wiederum konnte kein klarer Sieger ermittelt werden, sodass die Entscheidung darüber, wem dieser Teil Oberschlesiens in Zukunft zustehen sollte, an den neu gegründeten Völkerbund abgegeben wurde. Dieser sollte dann, so wie es seine von Wilson erdachte Aufgabe war, neutral darüber bestimmen. Und das tat er auch. Deutschland erhielt die deutlich größere Fläche, fast 70%, Polen jedoch wurde der mit Abstand größte Teil der Industrie zuerkannt. (MacMillan, 2015: S.300)

Was zum Plebiszit in Oberschlesien jedoch noch hinzugefügt werden muss, ist, dass diesem eine, zumindest was den Westen des neuen Polens anging, einzigartige Welle der Gewalt voranging. Beide, also Polen und Deutschland waren sich der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung des Gebietes durchaus bewusst und waren unter keinen Umständen dazu bereit, auch nur den kleinsten Teil Oberschlesiens zu opfern. So bildeten sich paramilitärische Gruppierungen auf beiden Seiten, die auf polnischer Seite durch den ehemaligen schlesischen Zentrumspolitiker Wojciech Korfanty unterstützt wurden. Im August 1919 wagten jene Bewohner Oberschlesiens, die zu einer Annexion durch Polen tendierten, den ersten Aufstand, von dem weiter oben bereits die Rede war, es würden noch zwei weitere folgen. Ziemlich genau ein Jahr später, im August 1920, getragen durch die Erfolge im gleichzeitigen polnisch-sowjetischen Krieg, wiederholte sich das Ereignis; alliierte Truppen mussten eingreifen, bevor der Konflikt zwischen polnischen Freischärlern und den deutschen Freiwilligenmilizen vollends eskalieren würde. (Jaworski, 2000: S310)

Als dann das Plebiszit abgehalten war und das Ergebnis keine wirkliche Mehrheit für eine der beiden Optionen brachte, war eine Teilung des Gebiets unausweichlich. Das Pro-Polen-Lager unter den Oberschlesiern war sich dessen bewusst, lehnte diese Alternative jedoch zutiefst ab, begehrte, angeführt von Korfanty und erstmals auch aktiv unterstützt von der Regierung in Warschau, ein drittes Mal auf und wollte mit Gewalt für vollendete Tatsachen sorgen. Geteilt werden würde Oberschlesien dennoch. (Leonhard, 2019: S.1199)

Beide Staaten einigten sich später auf einer Konferenz in Genf im Mai 1922 auf wirtschaftliche Kooperation, doch das Tisch Tuch zwischen Berlin und Warschau war

zerschnitten. Der Revisionismus in Deutschland und die Unzufriedenheit in Polen darüber, dass man als siegreiche Nation im Weltkrieg nun nicht mehr Gebietsgewinne erreichen konnte, sorgten dafür, dass das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten bis zum Ende ein recht kühles und distanziertes bleiben sollte. (Leonhard, 2019: S.1202)

Außerdem stießen sie sich an einem, vor allem im Westen oft wenig beachtetem Detail des Versaillers Friedensvertrags, nämlich dem Minderheitenschutz-Vertrag, dem so genannten kleinen Vertrag von Versailles, der ebenso wie der „große“ Vertrag von Versailles, am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde. (Lundgreen-Nielsen, 1979: S.382) Doch was war nun so besonders an diesem kleinen Vertrag von Versailles, dass er die Gemüter in Polen und in anderen neu entstandenen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas dermaßen erhitzte?

Dieser Zusatzvertrag, quasi eine Präambel, sicherte den unzähligen Menschen, die nun zu einer Minderheit in den neuen Staaten geworden waren, zu, dass diese ihren Glauben frei ausleben dürften und dass keine Person aufgrund ihres Glaubens in ihrem Leben, ihrer Freiheit oder ihrem Streben nach Glück behindert werden dürfe. Die neu entstandenen Staaten Europas mussten diesen Zusatzvertrag unterzeichnen und anerkennen, das war eine Bedingung der Siegermächte in Paris. (Leonhard, 2019: S.726)

Die Polen waren ob dieser Bevormundung und „ständigen Kontrolle durch die Großmächte“, wie es Paderewski nannte, erbost. Sie erachteten den Zusatzvertrag als schmerzlichen Eingriff in die gerade erst gewonnene Souveränität und Beweis für das Misstrauen der Sieger gegenüber Polen. Im Sejm wurde er auch öfters als sogenannter „Schandfrieden“ bezeichnet. Interessant, dass das eigentlich derselben Rhetorik entspricht, die fast zeitgleich westlich der Grenze im deutschen Reichstag an den Tag gelegt wird, wenn über den „großen“ Versailler Vertrag gesprochen wird. (Leonhard, 2019: S.1188)

Was die Polen, ebenso wie andere Staaten, denen der Minderheitenschutz-Vertrag auferlegt wurde, ebenfalls kritisierten und als unfair, beziehungsweise scheinheilig, bezeichneten, ist, dass dieser nicht für die Siegermächte und die Minderheiten in deren Ländern und schon gar nicht für die unter ihrer Herrschaft stehenden Kolonien gelte. (Leonhard, 2019: S.727)

Die Befürchtung, die nun, da der neue polnische Staat auch eine recht große jüdische Minderheit (2 Millionen) beherbergen würde, in Paris bei den Verhandlungen im Raum stand, war, dass die Polen ihre neu gewonnene Freiheit auch dazu nutzen könnten, den Juden ihr Leben im Alltag schwer zu machen. Auch um deren Schutz, vor allem den Schutz der freien Ausübung der Religion, zu garantieren, wurde der Minderheitenschutzvertrag als Bedingung

aufgesetzt. Polen, sowie andere neue Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa, kamen dem zwar nach, im Sejm wurde der Minderheitenschutzvertrag am 31. Juli 1919 ratifiziert, jedoch kam es in Polen nicht zur Anerkennung der Juden als eine kollektive Einheit mit garantierten Staatsbürgerschaftsrechten, wie es eigentlich im „kleinen Versailler Vertrag“ hieß. Dieses Zugeständnis machte Clemenceau Paderewski noch. Somit kam es in der Zweiten Polnischen Republik zu keiner politischen Autonomie der jüdischen Minderheit. (Leonhard, 2019: S.727)

Der „kleine Versailler Vertrag“ war natürlich auch kein Garant für einen ausreichenden Schutz der jüdischen Bevölkerung Polens, so kam es gerade in der Zeit nach dessen Unterzeichnung und wohl auch wegen der Unterzeichnung zu zahlreichen antisemitisch motivierten Gewaltausbrüchen, die zu einer, von den USA entsandten, Beobachtungskommission in Polen führten. Diese sollte die Lage für die Juden im Land beobachten und über etwaige Gewaltexzesse berichten, das tat sie auch. Zweimal wurden Berichte verfasst, beide Male kam Polen, den Umständen entsprechend, recht gut weg. Es wurde lediglich von „unwichtigen lokalen Ereignissen ohne weitere Bedeutung“ gesprochen. (Lehnstaedt, 2019: S.111)

Doch nicht nur mit dem großen alten Erbfeind Deutschland kam es im Laufe der Nachkriegsneuordnung zu argen Differenzen, sondern auch mit einem neuen Staat, nämlich der Tschechoslowakischen Republik unter Tomáš Masaryk.

Der Tschechoslowakische Staat war, ebenso wie Polen, in den Wirren der letzten Kriegstage entstanden. Er beinhaltete im Grunde Böhmen und Mähren, sowie die bis 1918 zu Ungarn gehörende Slowakei. In Österreichisch-Schlesien kam es dann im Jänner 1919 zu einem Krieg mit Polen, dem polnisch-tschechoslowakischen Krieg über das Herzogtum Teschen, das auf Grund seiner wirtschaftlichen Prosperität besonders begehrenswert war. Bei der Konferenz im Spa am 28. Juli 1920 einigte man sich schlussendlich auf die Teilung der zuvor angeführten Gebiete, wobei vor allem die Teilung Teschens bei den Polen für großen Unmut sorgte und das Verhältnis der beiden neuen Staaten auf längere Sicht hin trüben sollte. (Leonhard, 2019: S.1196) Zuvor schon hatten tschechoslowakische Truppen Teile des Herzogtums Teschen besetzt. Der Zeitpunkt des Schiedsspruches von Spa Ende Juli 1920 war für Polen auch alles andere als günstig. Genau zu dieser Zeit tobten heftige Kämpfe zwischen polnischen und vorrückenden russischen Truppen. Lediglich um dem Westen entgegenzukommen und dadurch im Kampf gegen die Bolschewiki mehr Unterstützung zu erhalten, akzeptierte man das Ergebnis. (Templin, 2018: S. 90)

Was die Grenzziehung zur Sowjetunion angeht, so bildete sich diese grundsätzlich aus den Kampfhandlungen des polnisch-sowjetischen Krieges heraus. Zunächst versuchte Piłsudski, das Machtvakuum, das in Russland nach den Revolutionen und dem Bürgerkrieg herrschte, zu nutzen, um zum einen möglichst viele Gebiete der Kresy für Polen „zurückzuerobern“; gleichzeitig sah man in Polen in dieser enormen Expansion nach Osten auch eine Schwächung Russlands. (Borodziej, 2010: S.113)

Territorien, die also zu Kriegsende nicht in der Einflussphäre russischer Truppen waren, teils weil sie noch hinter der ehemaligen deutsch-russischen Front lagen, teils weil sich schon eigene unabhängige Staaten darauf gebildet hatten (Westukrainische Volksrepublik, Zentralukrainische Republik), sollten nun im Sinne eines *fait accompli* möglichst rasch von polnischen Truppen besetzt werden, noch bevor die Verhandler der Entente in Paris überhaupt darüber entscheiden konnten. Denn diese waren sich zwar uneins, wie man genau mit dem ehemaligen Verbündeten Russland umgehen sollte und wen man mit wieviel Truppen und Ausrüstung im Verlauf des russischen Bürgerkriegs unterstützen sollte, doch die Unvermeidbarkeit einer Restituierung eines russischen Staates im Osten Europas war für alle Seiten klar. Je schneller Polen nun voranschritt und je mehr Land auf diesem Wege erobert wurde, desto weniger Spielraum bliebe den Friedensmachern in Paris. (Roos, 1986: S.79)

Das polnische militärische Vordringen kam schließlich langsam im Frühsommer 1920 an seine Grenzen. Nach dem Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg und der Konsolidierung ihrer Macht machten sie sich daran, verlorene Terrain wiedergutzumachen. Und so kam es schließlich zum Klimax im polnisch-sowjetischen Krieg und zum Wunder an der Weichsel, was bereits im letzten Kapitel beschrieben wurde. (Borodziej, 2010: S.117)

Nachdem die Polen das zuvor verlorene Gebiet wieder zurückerobert hatten, ging es nun um die innere Konsolidierung des Gebietes. Besonders im Falle Litauens, dessen Grenze zu Polen bisher noch nicht behandelt wurde, zeigt sich das taktische Gespür, das Piłsudski an den Tag legte, um seine Pläne schlussendlich doch zumindest teilweise durchzusetzen. Sein ursprünglicher Plan war es ja gewesen, Wilna und das Umland an Polen anzuschließen und mit dem restlichen litauischen Gebiet in eine Föderation einzutreten, in der Polen klar den Ton angeben würde. Verständlicher Weise kam das bei den litauischen Nachbarn gar nicht gut an. (Roos, 1986: S.67f)

Als Polen schließlich Wilna eroberte, wollte Piłsudski damit einer unter Umständen weniger befriedigenden Entscheidung in Paris vorgreifen. Durch den polnisch-sowjetischen Krieg und

die sowjetische Eroberung Wilnas im Sommer 1920 geriet dieser Plan jedoch gehörig ins Wanken. Noch dazu eignete sich Litauen Wilna in Folge des polnischen Rückzugs kurzerhand wieder an. Nach der Flucht der Sowjets begann nun erneut der Disput zwischen Warschau und Kaunas um die Zugehörigkeit von Wilna. Und hier kommt es nun zu einem Schachzug der Polen, der nur als zutiefst unfaires Spiel bezeichnet werden kann. Denn zunächst verständigten sich die beiden Staaten am 7. Oktober darauf, dass der Völkerbund als neutrale Instanz die strittige Frage klären solle. Zwei Tage darauf, am 9. Oktober, „meutert“ eine Gruppe polnisch Soldaten, die meisten von ihnen waren litauischer oder weißrussischer Herkunft, unter der Führung des in Wilna geborenen Generals und Piłsudski-Vertrauten Lucjan Żeligowski, dem Piłsudski persönlich Anfang Oktober das Kommando über diese Einheiten übergeben hatte und erobert eigenmächtig Wilna. Piłsudski will von dem ganzen Vorgang nichts gewusst haben, bis es schon zu spät war. Żeligowski rief daraufhin den Staat Mittellitauen aus und machte sich selbst zum Präsidenten. (Lehnstaedt, 2019: S.142f)

Die westlichen Alliierten waren erzürnt ob der dreisten polnischen Aktion, jedoch waren ihnen die Hände gebunden, denn eine militärische Reaktion war es ihnen schließlich auch nicht wert. Man konnte sich dann Ende des Jahres doch dazu durchringen, eine Volksabstimmung in Mittellitauen abzuhalten, ob man künftig zu Litauen oder zu Polen gehören wolle, jedoch kam diese auf Grund fehlender Kooperation der beteiligten Staaten nicht zustande. Stattdessen handelte Żeligowski erneut eigenmächtig und zielstrebig. Am 8. Jänner 1922 hielt er in Mittellitauen Parlamentswahlen ab, die von den litauischen Wählern boykottiert und von der internationalen Bühne abgelehnt wurden. Dementsprechend waren alle Abgeordneten des neuen Parlaments polnisch-stämmig und am 20. Februar desselben Jahres stimmte das Parlament in Wilna für den Anschluss an die Zweite Polnische Republik. Dort stimmte auch der Warschauer Sejm dem Wilnaer-Beschluss zu, und am 6. April war das strittige Gebiet Wilna und Umgebung polnisches Territorium. (Lehnstaedt, 2019: S.146)

Auch in der Ukraine und in Weißrussland hatte Piłsudski grundsätzlich Ambitionen, um an einem Bündnis in Anlehnung an die alte Adelsrepublik zu arbeiten, jedoch mit wenig Erfolg, denn zum einen war Polen, was seine militärischen Möglichkeiten betraf, schon mit der Verteidigung des sowjetischen Ansturms an seine Grenzen geraten, und zum anderen waren polenfreundliche Akteure, wie beispielsweise Symon Petljura in der Ukraine, auch in ihrer Macht begrenzt und der Sowjetunion klar unterlegen. Kämpfe um eine von Moskau unabhängige Ukraine oder ein unabhängiges Weißrussland, welches eine enge Bindung an

Warschau hätte haben sollen, scheiterten schon in der Frühphase. Lenin ließ sich kein weiteres Stück mehr aus dem russischen Kuchen herausschneiden. (Lehnstaedt, 2019: S.147)

Die endgültige Ostgrenze Polens sollte mit wenigen Ausnahmen, beispielsweise jener zu Litauen, durch den Frieden von Riga am 18. März 1921 mit der Sowjetunion festgelegt werden. Polen konnte fast die gesamten Gebiete behalten, die seine Truppen auf dem Vormarsch im Herbst 1920 erobert hatten. Die noch kurz zuvor im Raum stehende Curzon-Linie war nun endgültig passé. Einige Konzessionen musste man der Sowjetunion jedoch schon machen. So verzichtete Polen auf Minsk und erkannte gleichzeitig zusätzlich zu Litauen auch die an Moskau gebundenen Sowjetrepubliken Belarus und die Ukraine an. Damit war Pilsudskis Traum von einer polnischen Kresy und einer Föderation mit den kleinen östlichen Nachbarn unter polnischer Hegemonie endgültig zu Ende. Zunächst noch von der russischen Seite in Aussicht gestellte finanzielle Zugeständnisse wurden aus dem Friedensvertrag wieder gestrichen. Die polnische Delegation war auch wegen ihrer politischen Disparität nicht stark genug, um diese Forderungen durchzubringen. (Lehnstaedt, 2019: S.155)

Bis die Grenzsteine die Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion endgültig markieren konnten, würde es noch bis Ende 1922 dauern, bis dahin wurde noch über die genaue Grenzführung auf dafür unpassenden Karten gefeilscht. Die Realität war wie so oft nicht so leicht auf ein Stück Papier zu übertragen.

7. Der Polnisch-Sowjetische Krieg

7.1 Revolution & Bürgerkrieg in Russland

Hatte man einige Jahre zuvor, am Beginn des 20. Jahrhunderts, einen paneuropäischen Konflikt wie den Ersten Weltkrieg zwar für möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich gehalten, so wären dessen mittelbare und unmittelbare Auswirkungen wohl eher auf ungläubige Blicke gestoßen. Der Fall jahrhundertealter Dynastien und die Geburt neuer Nationen überall in Europa wäre für zeitgenössische Europäer wohl nicht für möglich gehalten worden, zumindest nicht in der Geschwindigkeit, mit der sich die Ereignisse kurz vor und unmittelbar nach Kriegsende entwickelten.

Dass der Erste Weltkrieg für die Geburt der Zweiten Polnischen Republik eine entscheidende Rolle gespielt hat, ist durchaus bekannt. Doch auch ein weiterer, sich quasi parallel abspielender Konflikt ist eigentlich untrennbar mit der Entstehung des ersten polnischen Staates nach mehr als 120 Jahren verbunden. Der hinlänglich als Russischer Bürgerkrieg bekannte Krieg, der von 1917 bis 1922 in den Gebieten des zerfallenden Zarenreiches tobte, den Stanley Payne passender als die „zaristischen Erbfolgekriege“ bezeichnet wird, führte zu einer enormen politischen und militärischen Schwächung des Riesenreiches im Osten und ermöglichte es somit den Völkern in dessen westlicher Randlage, unter anderem auch Polen, sich aufzulehnen. Manche daraus hervorgegangenen Nationen waren dabei erfolgreicher als andere. Ein für seine unglückliche Rolle in jener Zeit besonders exemplarisches Beispiel ist die Ukraine, auf deren heutigem Staatsgebiet in jenen Jahren zahllose Schlachten geschlagen wurden. Bis zu elf unterschiedliche Armeen bekämpften sich dort gegenseitig, um mehr Einfluss und Land zu erobern. (Payne, 2011: S.33)

Bezeichnend für den Versuch der bolschewistischen Truppen unter der Führung Leo Trotzki's, die Herrschaft über Russland zu erlangen und die Revolution in die Welt hinauszutragen, ist, dass er versuchte, mit seinen Soldaten auch über die Grenzen des russischen Staatsgebietes hinaus Krieg zu führen, obwohl die bolschewistische Macht im eigentlichen Kernland des Kommunismus noch keinesfalls gesichert war. Diese so entstehende Verkettung von Konflikten kostete nicht nur mehr Menschen das Leben als der Erste Weltkrieg an der Ostfront, sondern brachte über die Landstriche, auf denen die Kampfhandlungen tobten, auch komplette Zerstörung und Verwüstung. (Payne, 2011: S.47f)

Obwohl die Soldaten des Zaren schon seit längerer Zeit auf dem Rückzug vor den Truppen der Mittelmächte waren, so kann man sie auf keinen Fall als besiegt ansehen. (Hildermeier, 2017: S.82) Ihre Mannstärke war viel höher als noch zu Kriegsbeginn und übertraf die restlichen Armeen aller Kriegsteilnehmer um ein Weites. Auch technologisch standen sie den anderen um nichts nach. Doch die massenhaften Desertationen machten den russischen Oberbefehlshabern zu schaffen. Der Krieg auf Seiten der Entente sollte dennoch fortgesetzt werden. (Payne, 2011: S.35) Auch nach der Februarrevolution, der Abdankung des Zaren Nikolaus II., der Ablehnung der Nachfolge durch Thronfolger Michail und der Machtübernahme der provisorischen Regierung unter dem liberalen Konstitutionellen Demokraten Georgi Jewgenjewitsch Lwow gab sich die russische Armee noch nicht geschlagen und leistete den immer weiter vorrückenden Deutschen Widerstand. (Kühn, 2018: S.192f) Beispielhaft dafür ist die nach dem späteren Regierungschef benannte Kerenski-Offensive im Juli 1917. (Hirschfeld, 2014: S.612)

Essentiell für die weitere Unterstützung Russlands durch die westlichen Verbündeten war nämlich der weitere Kriegsverbleib. Für viele Soldaten war dies jedoch kein Anreiz, in Scharen ließen sie die Waffen in den Schützengräben zurück und traten auf eigene Faust den Rückzug ins Hinterland zu ihren Familien an. Zeitgleich sammelten sich auch die extremen Linken um Lenin, deren erster Umsturzversuch im März 1917 erfolglos blieb. Die provisorische Regierung Lwow hatte zwar nominell die Autorität, jedoch kaum Macht und auch wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Der überwiegende Anteil der Menschen, bis zu 85% der Bevölkerung, waren Bauern. Diesen war es grundsätzlich egal, wer an den Schalthebeln der Macht saß oder welches politische System vorherrschend war. Für sie war grundsätzlich nur die Familie oder zumindest das nähere direkte Umfeld wichtig. Die gut 10% Arbeiter, die jedoch unverhältnismäßig stark in den Städten präsent waren, wollten die weitere Kriegsteilnahme, die Lwow und später Kerenski vorgab, nicht mehr weitertragen, ebenso wenig die Soldaten. (Payne, 2011: S.36)

Im Sommer 1917 kam es zu bewaffneten Demonstrationen, die von Bolschewiki organisiert wurden. Akuter Auslöser waren die erneuten schlechten Nachrichten von der Front gegen die Mittelmächte, wo die Baranowitschi-Offensive als auch Kerenski-Offensive, deren ursprüngliches Ziel Lemberg hätte sein sollen, im Begriff waren zu scheitern. (Borodziej, 2018: S.68) Die Demonstranten forderten, die Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte zu übergeben und sorgten damit für eine weitere Destabilisierung Russlands. Die Soldaten der Regierung schlugen die Demonstration blutig nieder und führende Kommunisten wie auch

Wladimir Lenin und Grigori Sinowjew mussten abermals flüchten, diesmal nicht vor dem Zaren und in die Schweiz, sondern vor der russischen Regierung und nach Finnland. (Kühn, 2018: S.214)

Innenpolitisch bedeuteten die Unruhen vom 3. bis 7. Juli 1917 das Ende der Regierung Lwow. Sein Nachfolger wurde Alexander Fjodorowitsch Kerenski, der einzige linke Sozialrevolutionär und bisheriger Justizminister. Kerenski wiederum sah die Gefahr von der linken Seite nicht als gegeben, seine Devise lautete „keine Feinde auf der Linken“. Mit Lenins Leitspruch „Land, Frieden und Brot“ (Templin, 2018: S.64) konnte dieser jedoch eine immer größere Anzahl an Menschen, vornehmlich Arbeiter und Soldaten, aber auch zunehmend Bauern um sich scharen. Schließlich, am 25. Oktober (7. November laut gregorianischem Kalender), beim zweiten Allrussischen Kongress der Sowjets, führte Lenin einen Coup d'État durch und erklärte die provisorische Regierung Kerenski für abgesetzt. Die sich noch im Winterpalais in Petrograd befindlichen Minister wurden verhaftet, Kerenski floh ins Ausland. (Hildermeier, 2017: S.124)

Mit der zaristischen Armee in Auflösung begriffen, stieg die Macht der Bolschewiki, auch wenn diese bei den Wahlen im Dezember 1917 mit 24% nur zweitstärkste Kraft wurden und hinter den Sozialrevolutionären mit knapp 40% lagen. Lenin erzwang jedoch später die Auflösung der Versammlung und läutete damit den Beginn der Diktatur der Arbeiter und Soldatenräte ein. (Payne, 2011: S.34ff) Eines, wenn nicht sogar das entscheidende Versprechen, das Lenin gab, war es, den Krieg mit Deutschland und Österreich-Ungarn ein für alle Mal zu beenden, auch wenn es dagegen in der Bevölkerung und auch in der eigenen Partei breiten Widerstand gab. Die Gegenrevolutionäre, die für einen Verbleib Russlands im Krieg eintraten, konnten dadurch auf Unterstützung durch die Entente-Mächte hoffen. Adolf Abramowitsch Joffe, Sekretär des Zentralkomitees, und später auch Leo Trotzki, Volkskommissar des Äußeren, setzten sich jeweils als sowjetische Verhandlungsleiter mit den Deutschen an einen Tisch, (Borodziej, 2018: S.265) während deren Truppen immer weiter Richtung Osten vorrückten. Beim Vertrag von Brest-Litowsk, der schließlich am 3. März 1918 unterzeichnet wurde, (Hirschfeld, 2014: S.506f) sowie beim Zusatzvertrag vom 28. August 1918, machte Lenin enorme Zugeständnisse. Man gab riesige Territorien auf, 26% der Bevölkerung und gut ein Drittel der Wirtschaftsressourcen des ehemaligen Imperiums verschwanden vorläufig aus dem Machtbereich der Bolschewiki und wurden deutschen Marionettenstaaten oder ganz dem Deutschen Reich einverleibt. (Payne, 2011: S.41)

Zudem verpflichtete sich Lenin dazu, im Falle eines deutschen Sieges, von dem zumindest die Deutschen zu diesem Zeitpunkt noch fest ausgingen, riesige Reparationszahlungen zu leisten. „Lenin ging einen Deal mit dem Teufel ein und gewann um Haaresbreite.“ (zit. nach Payne, 2011: S.43) Denn die Deutschen gewannen den Krieg nicht, mussten am 11. November 1918 im Compiègne einen Waffenstillstand unterzeichnen und ihrerseits große Teile des Reiches abtreten und exorbitante Reparationszahlungen leisten.

Lenin wiederum versuchte mit Hilfe der Roten Armee, verlorenen Boden wieder gutzumachen und rückte, während gleichzeitig heftige Kämpfe mit der Weißen Armee, also den zarentreuen Truppen, tobten, die die Monarchie wieder installieren wollten, bis 1920 immer weiter nach Westen vor. Wie bereits deutlich wurde, hatten sich dort nach und sogar schon vor Kriegsende eigene Staaten, größtenteils noch mit sehr unsicheren Grenzen gebildet, siehe Polen. Diese traten nun mit dem roten Russland in Wettstreit um die Konkursmasse des untergegangenen Zarenreichs. (Payne, 2011: S.48)

Während die Roten in Russland eine neue Ordnung etablieren wollten, gab es Generäle, die dem alten Zarenreich hinterher trauerten und dieses mit allen Mitteln wiedererrichten wollten. Die zwei führenden Figuren der Weißen, wie sie in Opposition zu den Roten auch genannt wurden, waren Anton Denikin, der sich Ende 1918, Anfang 1919 im Südosten Russlands aufhielt und sich auch auf die Unterstützung der Donkosaken verlassen konnte, sowie Alexander Koltschak, der seine Kräfte in Sibirien bündelte. (Payne, 2011: S.51)

Der Widerstand der beiden gegen die neue kommunistische Führung war zwar erbittert, aber auch nur von kurzem Bestand. Zunächst zu Koltschak, der im weiten Osten eine Art Militärdiktatur anstrebte, die jedoch von der dortigen Bevölkerung kaum getragen wurde. Im Mai 1919 gelang ihm zwar ein vielversprechender Vorstoß über den Ural, jedoch war seine Armee weder stark genug noch gut genug organisiert, als dass er die eroberten Gebiete länger hätte verteidigen und halten können. Die bis zu 400.000 Soldaten in seinen Einheiten konnten ihr gesamtes Potential auch aufgrund organisatorischer Probleme nie wirklich entfalten. Im November desselben Jahres drang die Rote Armee immer weiter gen Osten vor und besiegte Koltschak schließlich endgültig. (Payne, 2011: S.54)

Bleibt noch Denikin mit seiner „Freiwilligenarmee“, deren Hauptlager im Mündungsgebiet des Don lag. Er hatte dort in der sehr antibolschewistisch eingestellten Bevölkerung einen starken Rückhalt, aus der er große Teile seiner Einheiten rekrutieren konnte. Außerdem befanden sich in seiner Armee noch viele ehemalige zaristische Offiziere, die seiner

Streitmacht eine gewisse Logistik und Organisation verliehen. Von Jänner 1919 an bis in den Mai hinein rückte er mit seinen Truppen in die Ukraine vor, wo der Rückhalt in der Bevölkerung jedoch bei weitem nicht so groß war, wie Denikin vielleicht hätte erwarten oder zumindest hoffen können. Die Ukrainer waren nach Jahren der Kämpfe auf ihrem Gebiet kriegsmüde, unzählige verschiedene Armeen hatten sie kommen und gehen gesehen. Und auch wenn sie den Bolschewiki nicht wirklich positiv gesinnt waren, so war auch eine Installation der alten Ordnung nicht wirklich in ihrem Interesse. (Roos, 1986: S.76f)

Bäuerliche Partisanen, die einst schon den Roten das Leben durch zahlreiche Nadelstiche schwer gemacht hatten, führten nun ihre unorthodoxe Kriegsführung auch gegen die „Freiwilligenarmee“ Denikins fort. Das, gepaart mit den in immer stärkerer Intensität und immer kürzeren Abständen heranrollenden Gegenangriffen der Roten Armee, führte ab dem November 1919 zum endgültigen Rückzug Denikins, der sich 1920 schließlich auf ein kleines Territorium in der südlichen Ukraine zurückdrängen ließ. (Payne, 2011: S. 52f)

Die Gefahr von innen war nun für Sowjetrußland so gut wie gebannt, und man konnte seine Fühler in andere Richtungen ausstrecken. Als nun der Große Krieg im Westen seine Entscheidung fand, das Deutsche Reich sich eingestehen musste, dass es den Sieg auf dem Schlachtfeld nicht finden werde und sich die Donaumonarchie in Auflösung befand, schöpften die sowjetische Führung Hoffnung. Einerseits, dass sich die Weltrevolution doch noch gen Westen ausbreiten würde und weiter um sich greifen werde, und andererseits, dass man die durch den Krieg und den Frieden von Brest-Litowsk verlorenen Gebiete doch noch wiedererlangen würde, obwohl Lenin den nichtrussischen Völkern des alten Zarenreiches eigentlich die Freiheit versprochen hatte. Hastig wurde nun eine „Armee für den Westen“ aufgestellt, mit Leo Trotzki als Oberbefehlshaber. Vornehmlich war nicht russischer Imperialismus die Triebfeder des ganzen Unterfangens, möglichst viel Land wieder unter eigene Kontrolle zu bekommen, sondern der revolutionäre Internationalismus. Payne, 2011: S.47f)

Die ersten Ziele waren die Staaten des Baltikums, eigentlich, so zumindest das Kalkül der Sowjets, eine leichte Beute. Denn die drei baltischen, nun unabhängigen Staaten, waren durch die Kriegswirren stark in Mitleidenschaft gezogen und zudem recht bevölkerungsarm, jedoch stark urbanisiert. Doch in Estland und daraufhin in Lettland scheiterte die Rote Armee zum einen am Widerstand der einheimischen Bevölkerung und zum anderen an der Intervention der Entente als auch der deutschen Freikorps, die vor Ort gelassen wurden, um als ein Hilfstruppen gegen die aus dem Osten vorrückenden Bolschewiki zu fungieren. (Boltowsky,

2019: S.27ff) Die im Februar 1919 von Moskau, der neuen Hauptstadt der Sowjetrepublik, aus ausgerufenen litauisch-belarussische Sowjetrepublik, kurz „Litbel“, war nur von kurzem Bestand, ehe sie von polnischen und litauischen Einheiten wieder zerschlagen wurde und die Kommunisten in die Flucht geschlagen wurden. (Roos, 1986: S.73)

Aber genau diese Attitüde, nämlich die russische Oktoberrevolution mit etwas zeitlicher Verzögerung in den Westen und später dann in die ganze Welt hinauszutragen, machte die bolschewistische Führung in Russland für den Rest Europas so gefährlich, dass man aus Sicht der westlichen Siegermächte auch bereit war, bei den Waffenstillstandsverhandlungen am 11. November 1918, die eigentlich das Kriegsgeschehen zur Gänze beenden und für eine Befriedung des Kontinents sorgen hätten sollen, einen Passus einzubauen, nämlich Artikel 12. Dieser Artikel legte fest, dass die deutschen Truppen, die sich noch auf russischem oder vormals russischem Gebiet befanden, dort stationiert bleiben sollten, bis von einer weiteren Ausbreitung des Bolschewismus nicht mehr auszugehen war. (Kühn, 2018: S.257)

Damit ergeben sich zwei für die frühe Geschichte der Zweiten Polnischen Republik besonders verhängnisvolle Umstände. Einerseits die der Grenzen, denn während in Versailles über die Grenzen im Westen und Süden verhandelt wurde, gab es diese im Osten schlicht nicht, dort existierten de facto nur Fronten, sowie Gebiete, die Kresy, die man zwar historisch bedingt begehrte, die jedoch entweder unter feindlicher Okkupation waren oder sich inzwischen zu eigenen Nationalstaaten ausgerufen hatten. Die Polen musste sich also erst erkämpfen, was sie beanspruchten, der Krieg war demnach noch nicht zu Ende. (Kühn, 2018: S.257)

Der zweite verhängnisvolle Tatbestand war die Existenz großer deutscher Truppenverbände in und um Kongresspolen bei einer gleichzeitig noch sehr kleinen und zersplitterten, sogenannten, polnischen Wehrmacht. In Zahlen waren das zu Kriegsende in etwa 30.000 Deutsche in Warschau und weitere 50.000 im restlichen ehemaligen deutschen Generalgouvernement. (Templin, 2018: S.72) Demgegenüber bestand die polnische Wehrmacht zum selben Zeitpunkt aus nicht einmal 10.000 Mann. Ferner verblieben östlich des neuen polnischen Staates noch gut 600.000 deutsche Soldaten im Kommandogebiet Ober-Ost, also dem Gebiet an der alten russisch-deutschen Front, auf einer Länge vom Kurland im Norden, über Litauen bis ins spätere Weißrussland. Deren Abzug war durch Artikel 12 der Waffenstillstandsvereinbarung in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. (Kühn, 2018: S.258)

Die deutschen Truppen, die sich noch in Polen befanden (knapp 80.000 Mann) verließen dieses noch bis zum 19. November. Piłsudski hatte zuvor mit dem dortigen deutschen Soldatenrat ausverhandelt, dass die Soldaten ihre Waffen bis zur Grenze mitführen dürften, sie dann dort jedoch niederlegen mussten. Im Gegenzug garantierte er ihnen freies Geleit und eine sichere Rückkehr nach Hause. Diese Soldatenräte hatten sich überall im deutschen Heer als Folge der Unruhen in der Heimat gegen Kriegsende gebildet und zogen etwa in Warschau und Kongresspolen die Entscheidungen über ihr weiteres Vorgehen an sich. (Templin, 2018: S.72f) Mit dieser Lösung gelang es den Deutschen, ihr Gesicht zu wahren und Polen erlangte nicht nur auch militärisch seine Freiheit, sondern erbeutete gleichzeitig auch noch reichlich deutsches Kriegsgut, welches schon in Kürze auch dringend nötig sein sollte. Und auch der Plan für die Rückführung der deutschen Garnisonen aus Ober-Ost zurück in die Heimat wurde recht bald durch ein deutsch-polnisches Abkommen geregelt. Der Rückweg der Deutschen sollte nicht durch polnisches Staatsgebiet, sondern über Ostpreußen und dann über den Seeweg von Statten gehen. (Kühn, 2018: S.260f)

Deutschland war auch das erste Land, welches die neue Führung Polens unter Piłsudski am 16. November 1918 anerkannte, noch lange vor den westlichen Siegermächten. Deutschland sollte auch (noch) nicht der große kommende Feind Polens werden, was dessen Grenzen betraf. Der Konflikt mit Deutschland wurde in Versailles geführt, der mit Russland jedoch vor Ort, an der Grenze, oder besser Front, zwischen dem neuen Nationalstaat und seiner alten Teilungsmacht. (Kühn, 2018: S.262)

Piłsudski war sich der prekären Situation bewusst, in der sich Polen nach seiner Entstehung in den finalen Tagen des Ersten Weltkriegs befand. Er war sich sicher, dass zum einen der Revisionismus Deutschlands, als auch die Ausbreitung des Kommunismus in Russland zu enormen Bedrohungen für den jungen Staat heranwachsen würden. Und das durchaus in naher Zukunft. Zwar genoss Polen auf Grund seiner Position als offizielle Siegermacht im Weltkrieg einen gewissen Schutz durch die Entente-Mächte, allen voran natürlich durch Frankreich, jedoch waren diese Verbündeten, im Übrigen genauso wie die zahlreichen Soldaten der Blauen Armee Józef Hallers, in weiter Ferne. An den Grenzen zu Polen hingegen, vor allem im Osten, spitzte sich die Lage zusehends zu. (Templin, 2018: S.78)

Józef Haller stand mit seinem rund 50.000 Mann starken Heer in Frankreich auf Abruf. Die Soldaten, großteils ursprünglich polnische Kriegsgefangene und Freiwillige polnischer Abstammung aus aller Welt, sollten das Rückgrat der zukünftigen polnischen Streitkräfte bilden. Die Ende 1918 in Polen stationierten rund 30.000 Soldaten, zusammengesetzt aus

ehemaligen Legionären und Soldaten der österreichisch-ungarischen, russischen und vereinzelt auch deutschen Armee, waren hingegen nur schlecht ausgerüstet. Es mangelte an allem, Waffen, Munition und Ausrüstung konnten nur schwerlich nach Polen gelangen, denn sowohl Deutschland als auch die neu entstandene Tschechoslowakische Republik verweigerten einen potentiellen Transport durch ihr Staatsgebiet. Zu groß war die Gefahr vor einem übermäßig starken Nachbarn im Westen, beziehungsweise Norden. Auch die Aufstände und Konflikte in den Grenzregionen, allen voran Posen, Schlesien und speziell dem Herzogtum Teschen, trugen zur diplomatischen Eiszeit bei. (Templin, 2018: S.79)

Der desolate Zustand, in dem sich die polnischen Streitkräfte zu Beginn der Konflikte im Osten befanden, ist allemal bekannt. Auch der polnischen Führung war dieser Umstand bewusst, und man wollte alles daransetzen, um das zu ändern. Fast drei Viertel des Staatshaushaltes von 1919 flossen ins Rüstungsbudget. Hauptlieferant für Waffen und Munition war Frankreich, das im Jahr darauf knapp 600.000 Gewehre und allerhand andere militärische Ausrüstungsgegenstände nach Polen verkaufte. (Lehnstaedt, 2019: S.30)

Doch nicht nur die Polen machten sich Sorgen um ihre Grenze im Osten, auch für die in Frankreich residierenden Verhandler der Entente stellte der Status quo, der an der Grenze Polens zu seinen Nachbarn im Osten bestand, eine schier unüberwindbare Aufgabe dar. Zum einen galt es, Polen ein nicht zu kleines, aber auch kein allzu großes Gebiet zu überlassen. Es sollte den Anforderungen eines lebensfähigen Staates entsprechen, natürlich mit einem Zugang zum Meer und auch entsprechend dem Nationalitätenprinzip. (Borodziej, 2010: S.106) Auf der anderen Seite wollte man der Situation in Russland, die ich am Beginn des Unterkapitels bereits beschrieben habe, nicht vorgreifen. Je nachdem, welche Macht sich im Riesenreich durchsetzen würde, wollte man dieser gegebenenfalls nicht die Möglichkeit nehmen, ebenfalls auf der Grundlage von historischen wie auch ethnischen Fakten ihr Staatsgebiet behaupten zu können. Und dann gab es da noch die Problematik mit den Völkern, die zwischen Polen und Russland in der sogenannten Kresy, also dem östlichen Grenzland, existierten. (Roos, 1986: S.64) Ihr Recht auf einen eigenen Staat und vor allem ihre Chance auf ein Überleben im Konzert der „neuen“ Mächtigen in Ostmittel- und Osteuropa standen in Versailles zur Disposition. (Borodziej, 2010: S.107)

Im Dezember 1919 wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, wie die künftige Ostgrenze Polens aussehen könnte. Man gab dieser Grenze den Namen „Curzon-Linie“, benannt nach dem britischen Außenminister Lord George Curzon. Für das Zustandekommen der fiktiven Linie auf der Karte der Verhandler waren hauptverantwortlich Philipp Kerr, Beamter im

Außenministerium, und Lewis Namier, Historiker mit polnisch-jüdischer Abstammung. Gerade für ihn war ein zu mächtiger polnischer Staat ein Dorn im Auge. Denn er sah Polen aus einer gänzlich anderen, nämlich vor allem jüdischen Perspektive. Er befürchtete ein Überhandnehmen der antisemitischen Tendenzen im Alltagsleben, denn nicht nur Dmowski und viele Nationaldemokraten, sondern beispielsweise auch Józef Haller, waren Verfechter einer klar antisemitischen Ideologie, die die Ausgrenzung der Juden in Polen zum klar definierten Ziel hatte. (Calder, 1976: S.154)

In der gesamten Kresy kam es nun also in den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu zahlreichen Pogromen, etwa vom 21. bis zum 23. November 1918 in Lemberg, am 19. April 1919 in Wilna oder zuvor am 5. April desselben Jahres in Pinsk. (Borodziej, 2018: S.184) Letzteres stellt in dieser Aufzählung eigentlich eine Anomalie dar, denn im Gegensatz zu den meisten anderen Pogromen gab es zu jenem in Pinsk sogar eine umfassende Untersuchung im Sejm, die jedoch schließlich im Sand verlief und keine Konsequenzen hatte, obwohl es von polnischen Militärs begangen worden war. Und auch wenn die polnische Politik zumeist Anklagen jüdischer Menschen bezüglich der gegen sie ausgeübten Gewalt als „feindliche jüdische Propaganda“ - so Piłsudski im Juni 1919 - abtat und generell von jüdischen Lügen sprach, so gelangten doch Berichte über Massaker im Osten und eben auch in Polen an die Weltöffentlichkeit. (Lehnstaedt, 2019: S.109)

Die Curzon-Linie, die eigentlich zwei Ausführungen hatte, eine Curzon-Linie A ohne Lemberg bei Polen und eine Curzon-Linie B mit Lemberg bei Polen, entsprach im Grunde den östlichen Grenzen des alten Kongresspolens. (Templin, 2018: S.80) Wirklich in Kraft treten konnte die Linie als polnische Grenze jedoch aufgrund der instabilen Lage in der Region nie. Angesichts der drohenden Niederlage gegen die Sowjetunion im August 1920 sollte man kurz davorstehen, auf die Curzon-Linie zurückzukommen, auch wenn das einen polnischen Verzicht auf große Teile der im Osten beanspruchten Gebiete bedeutet hätte. (Lehnstaedt, 2019: S.116)

Verständlicher Weise lehnten sowohl Nationaldemokraten sowie linke Kräfte die Curzon-Linie kategorisch ab. Für Piłsudski würde sie das Ende seines jagiellonischen Traumes bedeuten, dieser Traum beinhaltete ein Polen nur mit Kresy, ganz in der Tradition der Adelsrepublik. Sein Kontrahent Dmowski lehnte die fiktive Grenz ab, weil dadurch zu große, mehrheitlich polnisch besiedelte Gebiete von Polen abgetrennt bleiben würden. (Roos, 1986: S.98f)

Bezüglich des zuvor angesprochenen Antisemitismus: Ein weitverbreitetes Phänomen nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Russland war, vor allem in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas, der Glaube an eine sogenannte Judäokommune, also die Gleichsetzung von Juden und Bolschewiki. Man bezichtigte häufig Juden, dass sie sich auf die Seite der Kommunisten geschlagen oder zumindest mit ihren Ideen sympathisiert hätten. Einen gewissen Reiz hatte der Kommunismus und seine internationalistische Ideologie durchaus für Juden, die sich in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg des Öfteren, vor allem in Polen und der Ukraine, mit sehr nationalistischen Strömungen konfrontiert sahen, die die Bildung eines neuen Staates grundsätzlich nicht mit der Inklusion der jüdischen Bevölkerung in Verbindung brachten. (Lehnstaedt, 2019: S.101)

In beiden Gebieten, dem polnischen und dem der heutigen Ukraine, kam es in den Jahren zwischen 1917 und dem Ende des polnisch-sowjetischen Krieges 1921 zu unzähligen Pogromen, wobei die Lage in der Ukraine, beziehungsweise in dem zu dieser Zeit von Roten, Weißen, Ukrainern, Banditen und schließlich auch Polen umkämpften Gebiet der heutigen Ukraine, ungleich schlimmer für die jüdische Bevölkerung war. Alleine dort wurden in diesem Zeitraum knapp 100.000 Juden ermordet, noch einmal doppelt so viele erlagen Hunger und Krankheiten. Denn die Juden waren, abgesehen von dem Hass, der ihnen durch die einzelnen Fraktionen und weite Teile der Landbevölkerung entgegenschlug, zuvor schon eine der ärmeren Bevölkerungsschichten gewesen. Außerdem waren sie auch wirtschaftlich und politisch in zahlreiche Gruppen zergliedert, was es für sie unmöglich machte, sich zu einer mächtigen Stimme zu vereinen, mit der sie hätten sprechen können. (Lehnstaedt, 2019: S.100f)

7.2 Kresy

Um die polnische Expansion nach Osten, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs einsetzte, nachvollziehen zu können, bedarf es auch eines gewissen Verständnisses bezüglich der polnischen Geschichte. Im Speziellen die östliche Ausdehnung des ersten polnischen Staates, der bis 1795 existierte, spielte in den Überlegungen einiger polnischer Politiker und Militärs, allen voran Józef Piłsudskis, eine entscheidende Rolle. (Roos, 1986: S.62)

Die sogenannte szlachta, die adelige Oberschicht in der bis 1795 existierenden Adelsrepublik, wurde von knapp 8% der gesamten Bevölkerung gebildet, trug aber dennoch zur

namentlichen Bezeichnung des Landes bei. Diese adelige Elite war selbstverständlich darauf erpicht, das alte Reich wieder aufleben zu lassen, natürlich in den Grenzen, die es zu seiner Blütezeit, also vor den drei Teilungen des späten 18. Jahrhunderts hatte. Das sollte natürlich auch die Kresy, also die östlichen Grenzlande beinhalten (Rothschild, 1974: S.30), deren Bevölkerung zwar größtenteils weder polnisch noch katholisch war, die man aber trotzdem als integralen Bestandteil eines neu zu etablierenden polnischen Staates ansah. Im Westen wiederum, also im deutsch besetzten Teil Polens, hatte die Elite zumindest nicht dieselben Ambitionen wie im Osten. Doch auch die dortigen Gebiete gehörten, mit Ausnahme von Schlesien, zur polnisch-litauischen Adelsrepublik. (Prizel, 1998: S.42)

Nach dem Waffenstillstand von 1918 existierte in der Kresy ein breites Vakuum, das es nun für die Polen rasch auszunützen galt. Die Hauptkontrahenten um diese Landmasse waren teils noch zu schwach (Litauen, Ukraine) oder mit enormen internen Konflikten beschäftigt (Russland). (Borodziej, 2010: S.101) Auf die folgenden Friedensverhandlungen in Paris wollte man sich aus polnischer Sicht nicht allzu sehr verlassen. Denn vor allem Frankreich und Großbritannien waren sich in der Frage, wie mit der Konkursmasse des alten Zarenreichs umzugehen sei, nicht ganz sicher. (Borodziej, 2010: S.106) Denn wer künftig in Moskau oder Sankt Petersburg den Ton angeben würde, war noch lange nicht entschieden. Voreilige Schlüsse ziehen wollte deswegen weder London noch Paris. (Lehnstaedt, 2019: S.26)

Zur Schwächung Deutschlands, für die vor allem Frankreich eintrat, kam noch die neue Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Letzteres wurde vor allem durch US-Präsident Woodrow Wilson vertreten. Dieser war jedoch aus innenpolitischen und auch gesundheitlichen Gründen nicht dazu in der Lage, seinem Verlangen energisch Nachdruck zu verleihen. Einen aggressiven Vorstoß Polens, der die Einnahme der Gebiete der alten Adelsrepublik zum Ziel haben sollte (Kriegen gegen die Republik Litauen, die Westukrainische oder die Ukrainische Volksrepublik), stieß bei den Westmächten jedoch ganz grundsätzlich eher auf Widerstand. Denn es würde zum einen die Idee der Bestrafung Deutschlands konterkarieren und zum anderen würde dadurch anderen Völkern, wie etwa den Litauern, die Möglichkeit genommen, ebenfalls einen Staat nach der Maxime des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu gründen. (Lehnstaedt, 2019: S.26)

Als polnische Truppen Wilna noch am Neujahrstag 1919 einnahmen, war es daher für Piłsudski eine bloße Eingliederung eines historisch polnischen Gebiets in die neue Zweite Polnische Republik. Die Stadtbevölkerung war auch größtenteils polnisch, an zweiter Stelle kamen dann Juden und dann erst Litauer. Die Republik Litauen, die ebenfalls Anspruch auf

Wilna erhob und darin auch die logische Wahl für die künftige Hauptstadt Litauens sah, war dementsprechend mit dem polnischen Vorgehen ganz und gar nicht einverstanden, ebenso wenig im Übrigen die Politiker in Paris und London. Wilna selbst mag zwar mehrheitlich polnisch gewesen sein, jedoch sein Umland war es nicht und durch die erzwungene Abtretung der Stadt an Polen verblieb Litauen bloß noch ein kleinstaatliches Gebiet mit der improvisierten Hauptstadt Kaunas. Für die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden jungen Staaten, die jeweils enorm unter den Wirren und Gräueln des Krieges zu leiden hatten und die durch ihre gemeinsame Geschichte der alten Rzeczpospolita, die Adelsrepublik Polen-Litauen, war die völkerrechtlich mehr als fragwürdige Aneignung Wilnas durch Polen eine Zäsur. (Borodziej, 2010: S.111f)

Die polnische Freude währte jedoch nicht allzu lange. Fünf Tage nach der Einnahme durch polnische Truppen eroberte die Rote Armee Wilna. (Roos, 1986: S.66) Dadurch, dass Polen gerade erst am Aufbau einer eigenen Streitmacht arbeitete und die Bolschewiki in Russland noch einen Bürgerkrieg auszufechten hatten (Creveld, 2009: S.235), war der Konflikt an der nördlichen Front zwischen Polen und der Sowjetunion noch einer, der von kleineren Scharmützeln gekennzeichnet war. Zu großen Schlachten kam es im Jahr 1919 nicht. Trotzdem kann man mit der Eroberung Wilnas durch die Rote Armee hier den Startschuss für den Polnisch-Sowjetischen Krieg setzen, der in den kommenden Jahren nicht nur die dortige Bevölkerung enormen Qualen aussetzen, sondern auch die zunächst endgültigen Grenzen im Osten Europas ziehen sollte. (Lehnstaedt, 2019: S.19)

Das Jahr 1919 wird - wenn auch nicht durch große Schlachten - trotzdem die polnische Dominanz in der Region verstärken, auch wenn diese zeitlich begrenzt bleiben wird. Nacheinander fallen die Städte Wilna, Grodno, Minsk und Borissow bis August in polnische Hände. Die Rote Armee, zu dieser Zeit im Westen bloß knapp 20.000 Mann stark, hatte den polnischen Angriffen wenig entgegensetzen. Politisch bedeuten die Eroberungen einen Rückschlag für die Kommunisten in Moskau. Der erfolgreiche Heerführer Piłsudski ist jedoch nicht primär an der Bekämpfung des Kommunismus interessiert, weswegen er einen Marsch auf Moskau auch nicht forciert. Ihm geht es um die Wiedereingliederung der Kresy in das Herrschaftsgebiet Polens und die Wiedererrichtung der Rzeczpospolita. (Lehnstaedt, 2019: S.26f)

Sein Angebot an Litauen ist es nun, gemeinsam in eine Föderation einzutreten, der zu einem späteren Zeitpunkt auch Weißrussland und die Ukraine angehören sollten. Sie sollte allen Mitgliedern Schutz vor Russland bieten, egal ob kommunistisch, zaristisch oder

demokratisch. Innerhalb der Föderation würde es eine polnische Hegemonie geben, weswegen auch die Erhaltung Wilnas als polnische Stadt nur logisch war. Die Regierung in Kaunas lehnte den Vorschlag, den Piłsudski kurz nach der Eroberung Wilnas unterbreitete, kategorisch ab, zumindest unter den bestehenden Voraussetzungen. Piłsudski, der seinen Traum von der Auferstehung der alten Rzeczpospolita immer noch nicht ganz zu Grabe getragen hatte, unterstützte im August 1919 sogar einen Putsch in Kaunas, der eine polenfreundliche Regierung an die Macht bringen sollte, scheiterte jedoch damit kläglich. Das Tischtuch war damit wohl endgültig zerschnitten. (Lehnstaedt, 2019: S. 46)

Polen verstand sich als Schutzmacht der gesamten polnischen Bevölkerung in den Gebieten westlich der Sowjetunion, aus diesem Grund galt es auch, all das Land, wo Polen beheimatet waren, wieder Polen einzugliedern, wie es im 18. Jahrhundert schon einmal der Fall gewesen war. Deswegen machte Piłsudski mit den Eroberungen im Norden auch nicht Schluss. Zeitgleich zielte seine Befreiung der Polen auch auf die südlichen Teile der Kresy, also der Ukraine. (Borodziej, 2010: S.111)

7.3 Ukraine

Wie schon besprochen, gab es in Osteuropa kaum eine andere Gegend, auf der sich so viele unterschiedliche Armeen in der Zeit während und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gegenseitig bekämpften. Zu den Kämpfen in Ostgalizien zwischen polnischen und ukrainischen Truppen, die schon im November 1918 ausgebrochen waren, kamen vor allem noch Auseinandersetzungen zwischen Roten und Weißen. Letztere konnten sich, zunächst unter Denikin, später unter Wrangel, noch bis Ende 1920 halten. Die westlichen Alliierten gaben inzwischen den Glauben auf, dass die Weißen den russischen Bürgerkrieg gewinnen könnten. Denikin warf im April das Handtuch und ging ins Exil, sein Stellvertreter Pjotr Wrangel wurde sein Nachfolger. (Hildermeier, 2017: S.150f) Wo sie im Sommer 1920 nach der Einnahme von Charkow noch davon träumten, mit alliierter Unterstützung bis nach Moskau vorzustoßen, blieb am Ende bloß noch die Krim als letzter Zufluchtsort, von wo die Weißen schlussendlich auch noch vertrieben wurden. Denn weder in Westeuropa noch in den ebenfalls mit den Sowjets im Krieg stehenden Polen und der Ukraine wurden ihre Hilferufe gehört. (Templin, 2018: 97)

Die Polen begannen den Kampf um Ostgalizien schließlich für sich zu entscheiden. Bereits am 22. November 1918 mussten sich die Soldaten der Westukrainischen Volksrepublik, die sich am erst am 31. Oktober 1918 proklamiert hatte, aus Lemberg zurückziehen. (Lehnstaedt, 2019: S.16f) Beflügelt wurden die Polen zwischen April und Juni 1919 auch durch die Ankunft von Hallers Blauer Armee in Polen im Sommer 1919, insgesamt 68.433 Soldaten sowie eine Reihe französischer Offiziere, die quasi zur Überwachung des Oberbefehlshabers Pilsudski mitgeschickt wurden. (Lehnstaedt, 2019: S.28) Einer von ihnen war der damals noch recht junge und unbekannte, jedoch durchaus schon kriegserfahrene Charles de Gaulle. (Lehnstaedt, 2019: S170) Außerdem erzielte man in der militärischen Aufklärung massive Fortschritte, was die Entschlüsselung russischer Codes betraf, was im folgenden Jahr 1920 noch massive Auswirkungen haben sollte. Die Möglichkeit, russische Nachrichten zu dechiffrieren, bewirkte zunächst, dass Pilsudski über deren Angriffspläne im Norden gegen Warschau erfuhr. Ihm blieben nun die Möglichkeiten, entweder im Norden eine prophylaktische Gegenoffensive zu starten und der Roten Armee zuvorzukommen oder im Süden die Ukraine, abzüglich Ostgaliziens, zu befreien und sie als Partner gegen Russland zu gewinnen. (Borodziej, 2010: S.113)

Pilsudski baute, nachdem er sich für die zweite Variante entschieden hatte, in der Ukraine den Sozialisten Symon Petljura als starken Mann auf. Dieser hatte jedoch damit zu kämpfen, dass nationalistische Kräfte in der Ukraine die Kooperation mit Polen auf Grund der nur unbefriedigend bewältigten Situation in Ostgalizien kategorisch ablehnten und gleichzeitig die Kommunisten in der Ukraine ganz klar die Machtübernahme der Bolschewiki herbeisehnten. Petlura wurde Nachfolger von Pawlo Skoropads'kyj (von den Deutschen im April 1918 installierter rechter monarchistischer Großgrundbesitzer ohne großen Rückhalt in der Bevölkerung) (Hildermeier, 2017: S.147), den er im November 1918 aus dem Amt geputscht hatte. Diese nun von Petljura geführte Zentralukrainische Republik entstand mit der Gründung einer Zentralrada im März 1917, kurz nach der Februarrevolution in Russland und stützte ihr Überleben auf die Unterstützung durch die Mittelmächte, die an einem Zerfall des Zarenreichs interessiert waren. Diese Kooperation mit den Mittelmächten verschlechterte im weiteren Konflikt mit Russland und Polen auch die Chance, Unterstützung durch die Entente-Mächte zu erhalten, da diese sich bezüglich der Loyalität der Zentralukraine nicht sicher waren. (Lehnstaedt, 2019: S.55f)

Ein Defizit an Petljuras Herrschaft war die Tatsache, dass er seine Truppen kaum unter Kontrolle hatte. In dem durch Krieg und Nachkrieg zerrütteten Land, in dem gleichzeitig

Anarchisten (etwa Nestor Machno, er befehligte eine Armee, die für eine anarchistisch strukturierte Ukraine kämpfte, sich zeitweise mit der Roten Armee verbündete und mehrere Erfolge feierte, schlussendlich jedoch ebenfalls zerrieben und geschlagen wurde; Machno selbst ging schließlich nach seiner Flucht in Frankreich ins Exil) (Lehnstaedt, 2019: S.50), bewaffnete Bauern (Borodziej, 2018: S.257) und einfache Banditen (Gerwarth S.281) wüteten, schlossen sich diesem Treiben nun auch noch reguläre Einheiten Petljuras an. Diese desertierten im Massen, plünderten und begingen unfassbar grausame Pogrome an der jüdischen Bevölkerung. Symon Petljura war diesem Treiben gegenüber großteils machtlos. Diese Machtlosigkeit ließ ihm auch gar keine andere Wahl als das Bündnis mit Piłsudski einzugehen. (Templin, 2018: S.103)

So brenzlich sich die Lage auch für Petljura und die Zentralukraine darstellte, noch aussichtsloser war die Situation, wie zuvor schon beschrieben, in der Westukrainischen Volksrepublik unter ihrem De-facto-Staatsoberhaupt Jewhen Petruschewytsch. Diese sah sich seit ihrer Gründung im direkten Konflikt zum einen mit Polen und zum anderen mit der Zentralukraine, da alle drei Regierungen jeweils Anspruch auf das Gebiet der Westukraine, nämlich Ostgalizien, erhoben. Polen und Juden waren vor allem in den Städten vertreten. Genau diesen Punkt, die mehrheitlich polnische Besiedelung der Städte, wie etwa Lemberg, brachte im Übrigen Ignacy Paderewski, Mitglied der polnischen Delegation in Versailles, bei den Friedensverhandlungen gegenüber den Verhandlern vor und begründete damit das Recht Polens auf Ostgalizien.(Lehnstaedt, 2019: S.58)

Durch die endgültige Niederlage gegen Polen wurde Petruschewytsch im November 1919 zur Flucht nach Rumänien gezwungen. Petljura, der mit seiner Zentralukraine immer wieder in Gefechte mit Polen verwickelt war, ohne jedoch mit Polen offiziell im Krieg zu stehen, schloss am 1. September 1919 schließlich endgültig einen Waffenstillstand mit Piłsudski. Zeitgleich standen jedoch polnische Truppen in Ostgalizien und Wolhynien. Die beiden Heerführer Piłsudski und Petljura verständigten sich schließlich am 21. April 1920 auf ein formelles Bündnis, das sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtete. Die von Polen besetzten Gebiete, auf die die Zentralukrainische Republik eigentlich Anspruch erhoben hatte, gab Petljura damit endgültig auf. Für ihn wäre es ohnedies fast unmöglich gewesen, diese Gebiete wieder für seinen ukrainischen Staat zurückzugewinnen. Viel wichtiger schien es für ihn, die Kontrolle über Kiew wiederzuerlangen. Kiew war in den Monaten davor stets ein Schlachtfeld der unterschiedlichsten Fraktionen gewesen. Es wurde wie ein Staffelstab von

der Zentralrade, den Bolschewisten und Denikin immer weiterübernommen bis es schließlich im Dezember 1919 von der Roten Armee erobert wurde. (Lehnstaedt, 2019: S.65)

Am 26. April 1920 begannen Piłsudski und Petljura einen gemeinsame Vorstoß, und bereits am 8. Mai wurde Kiew fast kampflös eingenommen. Die überrumpelte Rote Armee zog sich über den Dnjepr zurück und ließ Unmengen an Kriegsmaterial zurück, die Mehrzahl der Soldaten konnte jedoch entkommen. (Templin, 2018: S.103) Piłsudski wandte sich in einer Ansprache an die Bevölkerung der Stadt und sicherte ihr Schutz und Unterstützung zu. In seinen Augen war es die einzig richtige Entscheidung. Zum einen nahm er der Armee des sowjetischen Russlands ein gewaltiges Stück Land und damit viel Macht weg. (Borodziej, 2010: S.114) Lenin und die Rote Armee hatten nach Monaten des Bürgerkriegs gegen die Weißen nun nur noch ein Ziel vor Augen, die Weltrevolution. Und um dieses Ziel erreichen zu können, führte die Marschroute gen Westen und das zwangsläufig über die Grenzländer zwischen Russland und Polen. (Payne, 2011: S.56)

Zwar war Lenins großes Ziel Deutschland und Berlin, jedoch sah er auch Polen als reif für die Revolution. Denn in seinen Augen waren die Polen, zumindest das polnische Proletariat, durchaus empfänglich für die Botschaft des Kommunismus. Lenin und Trotzki hatten deswegen schon länger mit dem Gedanken gespielt, Polen anzugreifen. (Lehnstaedt, 2019: S.39)

Da Piłsudski auf Grund der überragenden Arbeit seiner Militäraufklärung von Lenins Plan, Polen vom Norden her zu nehmen, bereits frühzeitig informiert wurde, hatte der Marschall, wie er in Polen bald benannt wurde, die Möglichkeit, sich aus dem sich androhenden russischen Würgegriff zu befreien, und zwar durch den „Marsch auf Kiew“. (Templin, 2018: S.100)

Die Eroberung Kiews war, auch wenn es für die Bewohner der Ukraine anders gewirkt haben muss, keine Landnahme im Sinne einer versuchten Erweiterung des eigenen Staatsgebietes, sondern der Versuch, einen Verbündeten für sich und gegen den großen künftigen Feind, die Sowjetunion, zu gewinnen. Galizien, inklusive des Ostens der Region, würde dieser mit Polen verbündete Staat zwar nicht einschließen; dennoch hoffte Piłsudski, in einer von Petljura geeinten und geführten Ukraine einen potenten Bündnispartner für ein gesichertes Ostmittel- und Osteuropa an seiner Seite zu haben. (Borodziej, 2010: S.113)

Dass Piłsudski, der Pole, den Einwohnern Kiews nun Schutz und Unterstützung versprach, war für die Kiewerinnen und Kiewer wohl nicht mehr als ein scheinheiliger Versuch, sich ihre

Zuneigung zu erschleichen. (Borodziej, 2018: S.112f) Dass auch Petljura keine wirkliche Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich hatte, kam da nur erschwerend hinzu. Als dritten Faktor, der das Abenteuer, das die Eroberung Kiews wohl zweifellos war, zum Himmelfahrtskommando werden ließ, nenne ich hier noch die Plünderungen und generellen Übergriffe von Seiten polnischer Soldaten gegen die ukrainische Bevölkerung. Zwar waren diese in den letzten Monaten und Jahren schon vielen Grausamkeiten ausgesetzt gewesen, nicht zuletzt durch die Schandtaten, die Petljuras Truppen auch und vor allem gegen Jüdinnen und Juden verrichtet hatten, doch dass sich nun auch polnische Truppen an dem schaurigen Spiel beteiligten, mag für die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen gebracht haben. Ihre Unterstützung konnte Piłsudski bis zum Ende nicht gewinnen, auch weil sie nun täglich ganze Wagenladungen an Butter, Mehl, Getreide und Pferden Richtung Westen abfahren sahen. (Lehnstaedt, 2019: S.76)

Ganz anders war das Bild, das der „Marsch auf Kiew“ in Polen auslöste. Dort wurde Piłsudski nach seiner tollKühn, 2018: en Aktion als Befreier und Sieger gefeiert, der die „polnischen Adler erneut in das Land der alten Adelsrepublik fliegen ließ“. (Templin, 2018: S.104) Von den zuvor aus ukrainischer Sicht geäußerten Bedenken war auf den Straßen Warschaus nichts zu sehen. „Besoffen vor Begeisterung“, so schildert Charles de Gaulle, zu jener Zeit in Warschau, die Stimmung in seinem Tagebuch (zit. nach Templin, 2018: S.104) Bald jedoch sollten sich die Risse in dem Zwangsbündnis zwischen Polen und der Ukraine offenbaren, die man zu Beginn noch zu kaschieren versucht hatte.

Eine nicht zu unterschätzende Folge der polnischen „Expedition nach Kiew“ war der propagandistische Vorteil, den die Sowjetunion aus der Eroberung der „Keimzelle der russischen Staatlichkeit“, Kiew, durch Polen zog. In Moskau sah man es als eine Tragödie an, dass man Kiew nun an Polen, den Handlanger der Alliierten, verloren hatte. In der Bevölkerung kam es zu einem enormen Popularitätsgewinn der Bolschewiki. So meldete sich mit Alexej Brussilow am 2. Mai 1920 einer der bekanntesten ehemaligen Generäle der Zarenarmee freiwillig zur Roten Armee, obwohl er bis dahin eigentlich nichts mit den Kommunisten zu tun hatte. Die polnische Expansion in der Ukraine hatte ihn wohl zu diesem Schritt bewogen. (Lehnstaedt, 2019: S.77) Insgesamt traten bis August 1920 etwa 48.000 ehemalige zaristische Offiziere in die Rote Armee ein, was ihre Schlagkraft deutlich erhöhte. (Hildermeier, 2017: S.152)

7.4 Rückzug, Flucht & Gegeninitiative

In der ersten Hälfte des Jahres 1920 bildeten sich an der polnisch-sowjetischen Grenze zwei Fronten. Die eine, nördliche, die Kurs Richtung Warschau nahm und der zu Beginn der Offensive im Sommer ca. 160.000 Soldaten angehörten, stand unter der militärischen Führung Michail Tuchatschewskis, eines Generals, der für das, was im Laufe des Jahres 1920 geschah, gut 17 Jahre später mit dem Leben bezahlen sollte. Denn die südliche Front wird geführt von General Semjon Budjonny. Zu seinen Begleitern zählt unter anderem als politischer Kommissar niemand geringerer als Iosif Vissarionovič Džugašvili, zu diesem Zeitpunkt schon bekannt unter dem Namen Josef Stalin. Politische Kommissare wurden zu dieser Zeit in der Roten Armee den ehemals zaristischen Generälen zur Seite gestellt, da man diesen nicht vertraute. Die Kommissare mussten jeden Befehl der Generäle erst abzeichnen, bevor dieser Gültigkeit besaß. (Lehnstaedt, 2019: S.131) Tuchatschewski und Stalin sollten sich nach dem August 1920 in die Haare über der Frage kommen, wer für die sich anbahnende Katastrophe, die mit dem Angriff auf Warschau zweifelsohne ausgelöst wurde, hauptverantwortlich war. Tuchatschewski bekam 1937 die späte Rache Stalins zu spüren, als dieser ihn als eines der ersten Opfer seiner großen Säuberungen hinrichten ließ. (Templin, 2018: S. 116)

Während Tuchatschewski im Norden das Ziel Warschau hatte, galt es für die schnelle und wendige Reiterarmee Budjonny's, über Kiew, Lemberg und Südpolen Tuchatschewskis Nordfront vom Süden aus zu unterstützen und dessen linke Flanke zu decken. Denn nachdem zur Tuchatschewskis Rechter Ostpreußen lag, war die einzige Gefahr, dass eine aus Warschau ausfallende Armee seine linke Flanke attackieren könnte. Doch dieser Plan galt als zu gewagt, um ihn wirklich berücksichtigen zu müssen. Und so schritt seine Armee scheinbar unaufhaltsam von militärischem Erfolg zu militärischem Erfolg. Seine knapp 160.000 Mann nahmen im Juli kurz nacheinander zuerst die von Polen gehaltenen Städte Minsk (11.Juli), Wilna (14.Juli) und Bialystok (29.Juli) ein. In letzterer wurde am 30. Juli auch ein polnisches Revolutionskomitee gegründet, dem unter anderem auch Feliks Dzierżyński, der polnischstämmige Chef des Tscheka (Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage), angehörte. Dieses sogenannte „Polrevkom“ sollte nach der Eroberung Warschaus dort die Übergangsregierung der Polnischen Sozialistischen Sowjetrepublik bilden, die ebenfalls am 30. Juli ausgerufen wurde. (Lehnstaedt, 2019: S.94)

Im Gegensatz zum Stellungskrieg, der im Ersten Weltkrieg auch an der Ostfront dominierte, galt im polnisch-sowjetischen Krieg eine komplett andere Taktik. Da sich anders als im Weltkrieg bedeutend weniger Soldaten an den Fronten gegenüberstanden, war es viel schwieriger, lange Frontabschnitte zu verteidigen. Viel häufiger als noch wenige Jahre zuvor konnte ein entschiedener Angriff zu einem unglaublich großen Geländegewinn führen. Darin lag auch ein häufiger Disput, den Piłsudski, der die sich verändernden Vorzeichen erkannte hatte, mit den Experten der französischen Militärmission hatte. (Lehnstaedt, 2019: S.81)

Tuchatschewskis weiterer Vormarsch auf Warschau schien ebenso unaufhaltsam - Anfang August waren bereits knapp zwei Drittel des polnischen Staatsgebietes in den Händen der Roten Armee - wie Budjonnys Erfolge an der Südfront in der Ukraine und Ostgalizien, wo ebenfalls im Juli Kiew seinen Besitzer wechselte und nun Lemberg ins Visier genommen wurde. Kiew fiel bereits am 13. Juni, also nur etwas mehr als einen Monat nach der Eroberung durch Polen, wieder in sowjetische Hände. Die nur schwach verteidigte ukrainische Hauptstadt sah sich einem numerisch weit überlegenen Reiterheer gegenüber. Budjonny und Stalin wollten nun ihren Eroberungsfeldzug in Galizien mit Lemberg und Südpolen fortsetzen und sich nicht gleich im Norden mit Tuchatschewski vereinigen, um diesen bei seiner Attacke auf Warschau zu unterstützen. Budjonnys Reiterarmee konnte in Galizien auch deswegen nicht so schnell wie ursprünglich geplant vorstoßen, weil die Polen zahlreiche Städte in der Region stark befestigen ließen. Deswegen war an ein so schnelles Vorrücken wie an der nördlichen Front nicht zu denken. (Lehnstaedt, 2019: S.90) Für Budjonny und Stalin lag neben dem symbolischen Wert, den die Einnahme Lembergs mit sich gebracht hätte, auch die taktische Komponente im Vordergrund. Denn würde Lemberg fallen, so wäre der Weg über die Karpaten in die Tschechoslowakei, beziehungsweise nach Ungarn, wo es 1919 schon zur Gründung einer Räterepublik unter Bela Kun kam, frei. Diese Staaten könnten die nächsten Ziele der kommunistischen Weltrevolution werden. (Lehnstaedt, 2019: S.128) Tuchatschewski, das klare und augenscheinlich einfache Ziel vor Augen, bereitet den Sturm auf Warschau vor. Dafür muss er jedoch, ob des schnellen Vormarsches, seine Nachschub- und Versorgungslinien überdehnen, was ihm später noch zum Verhängnis werden sollte. (Templin, 2018: S.111) Erschwerend kommt hier noch hinzu, dass durch den Ersten Weltkrieg unzählige Brücken und Bahnhöfe zerstört worden waren, wodurch die Logistik für die angreifende Rote Armee umso herausfordernder geworden war. (Lehnstaedt, 2019: S.83)

Zur gleichen Zeit erlebte die Bevölkerung Warschaus eine ihrer schwersten Zeiten bis dato. Die Furcht vor der herannahenden Roten Armee und die bevorstehende Übernahme durch die

Bolschewiki wäre quasi gleichbedeutend mit dem vorzeitigen Ende der Zweiten Polnischen Republik gewesen. Piłsudski versuchte sein Äußerstes um das Ruder noch herumzureißen. Anfang Juli wandte er sich in zwei Aufrufen an die Bevölkerung und die Armee. Unzählige Freiwillige meldeten sich daraufhin, um gegebenenfalls sogar ihr Leben für die Verteidigung der Stadt zu geben. (Gerwarth S.280) Hauptsächlich waren es Schüler und Studenten, die sich unter die Führung Piłsudskis begaben, aber auch Arbeiter, die allerdings auf Grund der vermuteten Sympathien für den Kommunismus eher skeptisch gesehen wurden. In diesem Monat sollte der Bestand der Armee noch die Zahl 700.000 erreichen. Jedoch waren nur knapp 156.000 Soldaten bewaffnet an den Frontabschnitten in und um Warschau stationiert, die restlichen Soldaten waren im übrigen Land verteilt, beziehungsweise nicht einsatzfähig. (Templin, 2018: S.107ff)

Auch wenn es nun massenhaft Menschen gab, die bereit waren, die Stadt zu verteidigen, war ihre Ausrüstung in katastrophalem Zustand. Auch was die weitere Versorgung mit militärischen Gütern betraf, gab es mehrere Hindernisse. Einerseits lagen diese in Großbritannien, von wo aus eigentlich Hilfe kommen sollte. Die dortigen Hafentarbeiter weigerten sich jedoch zum Teil, die Schiffe Richtung Polen zu beladen, weil sie sich mit der Sowjetmacht solidarisierten. (Templin, 2018: S.109)

Des Weiteren war auch die Lage in und um die Stadt Danzig in Bezug auf die Versorgung Polens bezeichnend. Da sich Deutschland und die Tschechoslowakei weigerten, Verstärkung und Kriegsmaterialien durch ihr eigenes Staatsgebiet zu lassen, blieb die Schiffverbindung über den Hafen von Danzig die einzige Möglichkeit, Hilfe aus dem verbündeten Ausland zu erhalten. Die abwehrende Haltung Deutschlands und der Tschechoslowakei steht in Zusammenhang mit den noch währenden Grenzstreitigkeiten, die Polen mit diesen Staaten zu dieser Zeit hatte, davon war bereits in Kapitel 7.1 die Rede. (Templin, 2018: S.109)

Für die russische Führung war die Einnahme Warschaus eine reine Formalität auf dem Weg gen Westen. Während Budjonnys Armee also in Galizien verblieb und Tuchatschewski langsam den Angriff auf Warschau einleitete, spitzte sich die Lage auf polnischer Seite immer mehr zu. Ein wichtiger Trumpf, den die polnischen Verteidiger noch hatten, war die Möglichkeit, russische Befehle durch die gute Arbeit ihrer Militäraufklärung zu dechiffrieren. Das im Zusammenspiel mit der mangelhaften bis nicht existenten Kooperation der Armeen Budjonnys und Tuchatschewskis verschaffte Piłsudski zumindest noch den Hauch einer Chance, welche er auch nutzen sollte. (Roos, 1986: S.80)

Politisch spitzte sich die Lage Piłsudskis jedoch ebenfalls zu. Roman Dmowski hatte in Paris die Meinung geschaffen, dass eine von Piłsudski angeführte Verteidigung den Untergang Polens besiegeln würde. Daraufhin entsandte der Hohe Rat der Alliierten eine militärisch-diplomatische Delegation unter der Führung von General Maxim Weygand nach Warschau. Dieser sollte die Führung der polnischen Streitkräfte übernehmen und Piłsudski quasi ablösen. Jedoch rechnete dieser nicht mit dem Rückhalt, den der Marschall immer noch in der Bevölkerung und vor allem auch in der Armee hatte, weswegen Weygands Rolle nie über die eines Beraters hinausging. Piłsudski unterbreitete ihm seinen Plan, dem Weygand nach anfänglicher Ablehnung dann doch zögerlich zustimmte. (Templin, 2018: S.111)

Tuchatschewskis Truppen hatten sich bei ihrem Angriff zu weit und vor allem zu schnell nach vorne bewegt. Im Osten Warschaus ließ Piłsudski die Festungen Modlin und Dęblin stark befestigen und mit Soldaten besetzen, sodass es der Roten Armee nicht möglich war, Warschau frontal anzugreifen. Am 14. August kam es rund 15 Kilometer östlich von Warschau zu ersten Gefechten, welche nach einigem Hin und Her die polnischen Truppen unter dem Befehl von Józef Haller für sich entscheiden konnten. Der Erfolg in dieser Schlacht war zwar militärisch von nur recht kleiner Bedeutung, jedoch stärkte er die polnische Moral umso mehr. Die Rote Armee war nun schon recht weit nach Westen gedrungen und offenbarte auf ihrer linken und somit südlichen Flanke eine Schwachstelle, die fatale Auswirkungen haben sollte. Piłsudski persönlich überquerte am 16. August die Weichsel südlich der Armee Tuchatschewskis. Am 17. August nützte Piłsudski den taktischen Fehler, beziehungsweise Leichtsinns seines russischen Gegenübers und preschte ihm in die Flanke. Am 18. August war die Schlacht um Warschau geschlagen, die Gefechte dauerten jedoch noch bis zum 22. August an. Danach war die Bedrohung erst einmal gebannt und die Rote Armee trat den Rückzug an, der sich ebenso schnell in eine unkoordinierte Flucht verwandelte, wie der Rückzug der polnischen Truppen wenige Wochen zuvor aus Kiew. Die Rote Armee war zwar nun im Norden geschlagen, jedoch konnte ein Großteil der Soldaten über die Grenze nach Ostpreußen fliehen, oder zurück nach Russland gelangen. (Lehnstaedt, 2019: S.125)

Doch wer war nun schuld an der Niederlage der Sowjets vor Warschau? Wie zu Beginn des Unterkapitels bereits erwähnt wurde, musste zunächst Stalin, einer der größten innerparteilichen Widersacher Leo Trotzki, als Sündenbock herhalten, denn er hatte nicht rechtzeitig auf die am 14. August ausgegebene Aufforderung Tuchatschewskis reagiert, dessen Armee über Lublin, zu verstärken. Stattdessen verblieben Stalin und Budjonny vor Lemberg, dessen Eroberung unmittelbar bevorstand. Als man dann Tuchatschewski doch zur

Hilfe eilen wollte, war dessen Armee bereits verloren und auch die Lorbeeren für das nun doch nicht eroberte Lemberg blieben ungeerntet. Ob die Truppen Budjonns noch rechtzeitig zu Tuchatschewski gestoßen wären, hätte ersterer unverzüglich auf dessen Aufforderung reagiert, und hätte diese Unterstützung auch wirklich den erhofften Erfolg gebracht? Diese Fragen heutzutage zu beantworten, ist eigentlich unmöglich. Einen massiven Nachteil für Piłsudski hätte ein besseres taktisches Zusammenspiel auf jeden Fall bedeutet. (Lehnstaedt, 2019: S.128)

Während Tuchatschewski sich zu einer neuerlichen Offensive im Osten in der Gegend von Grodno und Suwałki formierte, zog schließlich auch Budjonns Reiterarmee von Süden aus in Richtung Lublin. Um letzterem entgegenzutreten, machte sich ein polnisches Heer unter der Führung von Władysław Sikorski auf gen Süden. Kurz vor Komarów kam es schließlich am 31. August zum Gefecht, und zwar zur größten Kavallerieschlacht der Moderne. Budjonny wurde aufgehalten, die Verluste waren jedoch auf beiden Seiten unglaublich hoch, mit jeweils mehr als 30%. (Lehnstaedt, 2019: S.139)

Am 20. September ereignete sich auch die entscheidende Schlacht im Norden, abgesehen von jener vor Warschau. Piłsudski ließ die sich gerade neu zur Offensive formierenden sowjetischen Truppen angreifen und schlug Tuchatschewski abermals in die Flucht. Letzterer war zu geschwächt, um den anrückenden Polen noch etwas in den Weg stellen zu können. Piłsudski wiederum befand sich nach Jahren des Krieges ebenfalls nicht in der Lage, der Roten Armee weiter hinterherzujagen oder gar die finale Schlacht zu suchen. Beide Seiten waren kriegsmüde, das führte nach mehreren gegenseitigen Ansuchen schließlich am 12. Oktober zur Unterzeichnung eines Abkommens, das weitere Kampfhandlung unterbinden sollte. (Lehnstaedt, 2019: S.140f)

In Polen wird der militärische Erfolg vor Warschau im Übrigen heutzutage als „Wunder an der Weichsel“ bezeichnet, was auf den nationaldemokratischen Sejmabgeordneten Stanisław Stroński zurückgeht. Im ersten Moment kann es vielleicht verwirrend klingen, wenn gerade ein Politiker aus Piłsudskis Gegnerschaft so von dem Ereignis spricht, das die Existenz Polens gesichert hat. Bei genauerer Betrachtung jedoch wird recht schnell klar, dass die Bezeichnung „Wunder“ lediglich die Aufmerksamkeit von Piłsudski ablenken soll und stattdessen auf etwas Höheres, Göttliches gelenkt werden soll, also ein Wunder. Denn nicht die Befehle Piłsudskis seien für den polnischen Erfolg verantwortlich gewesen und auch nicht General Maxime Weygand, den die Alliierten als Kriegshelden feiern, sondern, zumindest wenn man der Erzählweise der Nationaldemokraten folgt, die Schwarze Madonna von Tschenschow, der Erzählweise der Nationaldemokraten folgt, die Schwarze Madonna von Tschenschow,

die Schutzpatronin Polens. Sie erschien, den übereinstimmenden Berichten mehrerer Soldaten zufolge, während der Schlacht und sorgte bei der Roten Armee für die entscheidende Konfusion. (Lehnstaedt, 2019: S.133)

Über die Jahre konnten Piłsudski und seine Seite die Mär vom Wunder an der Weichsel immer mehr für sich selbst verbuchen, indem er den Terminus nicht abstritt, sondern versuchte, ihn selbst zu prägen, sodass er schließlich als Person mit ihm unzertrennlich verbunden wurde. (Borodziej, 2010: S.117)

Der Krieg fand sein Ende schließlich im Frieden von Riga, der am 18.März 1921 unterzeichnet wurde. Für beide Seiten war der Konflikt äußerst verlustreich, auch wenn die Zahlen im Vergleich zum kurz zuvor zu Ende gegangenen Ersten Weltkrieg vielleicht niedrig erscheinen mögen. Man muss jedoch bedenken, dass beiden Seiten nicht die qualitativen wie quantitativen Möglichkeiten zur Kriegsführung zur Verfügung standen, wie es bei der Entente und den Mittelmächten der Fall gewesen war. (Alexander, 2008: S.280)

Am Ende hatte Polen Verluste in Höhe von etwa 200.000 Mann zu verbuchen, Gefallene, Verwundete, Vermisste und Gefangene inklusive. Auf Seiten der Roten Armee beläuft sich die Zahl auf rund 431.000. Diese Zahlen beinhalten nur militärische Opfer. Zivile Opfer werden hier nicht berücksichtigt, ihre Zahl ist jedoch, wenn man auch Tote durch Hunger und Krankheit hinzuzieht, ebenfalls enorm. (Lehnstaedt, 2019: S.150f)

Der Vertrag von Riga bedeutete für beide Seiten das lange ersehnte Ende des Konflikts. Polen und die Sowjetunion waren durch den Krieg und die Geschehnisse davor ausgezehrt und wären wohl nicht im Stande gewesen, den Krieg weiterzuführen. Beide Seiten hatten ihre jeweiligen Kriegsziele nicht erreicht. Der Sowjetunion war es nicht gelungen, das Terrain des alten Zarenreiches wieder zur Gänze unter ihre Kontrolle zu bekommen und die Revolution weiter in den Westen zu tragen. Für Polen war es zwar in der Hinsicht ein Erfolg, dass es zum einen gelang, dem sowjetischen Ansturm standzuhalten und zum anderen viele Gebiete der Kresy und damit auch viel polnische Bevölkerung unter die Herrschaft der neuen Zweiten Republik gebracht werden konnten. (Borodziej, 2010: S.117) Jedoch wurde weder Dmowskis Vorstellung von einem starken und homogenen polnischen Nationalstaat, noch Piłsudskis Traum von einem Polen, das von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gereicht hätte und in einer Föderation mit anderen ost- und ostmitteleuropäischen Staaten verbunden gewesen wäre, zur Gänze erfüllt. Beiden war klar, dass dieses Polen wohl nicht groß und stark genug sein würde, um den kommenden Bedrohungen durch seine beiden großen Nachbarn

standhalten zu können. Letzterer meinte in Bezug auf den Frieden mit der Sowjetunion im Jahre 1925 selbstkritisch: „Ihr werdet dieses Polen nicht halten können. Dieses Unwetter, das aufkommt, ist zu stark. [...] Es ist mir nicht gelungen, eine Föderation ins Leben zu rufen, die die Welt achten würde.“ (zit. nach Lehnstaedt, 2019: S.156)

8. Conclusio

Polen existierte nun, nach etlichen zermürbenden Kriegen gegen beinahe sämtliche Nachbarstaaten und einer kräftezehrenden Friedensverhandlung in Versailles, nach über 120 Jahren wieder. Noch zu Beginn des Jahrhunderts war der Gedanke an ein unabhängiges und geeintes Polen für die Vielzahl der polnischen Bewohner der drei Teilungsgebiete ein wohl kaum zu erfüllender Traum. Schon lange war niemand mehr am Leben, der in einem polnischen Staat geboren worden war. Alles, was man über die untergegangene Rzeczpospolita wusste, entnahm man Büchern und Überlieferungen aus einer Zeit, die inzwischen mehrere Generationen zurücklag. Doch genau diese Bücher und Überlieferungen, sowie die Erinnerungen an all jene, die im vergangenen Jahrhundert für ein unabhängiges und ungeteiltes Polen gekämpft hatten und gestorben waren, beeinflussten das Handeln und Wirken jener Generation, die nun die Chance ergriffen und das erreicht hatte, woran so viele vor ihnen schon gescheitert waren, der Errichtung einer Zweiten Polnischen Republik.

Zwei Personen, die im Grunde ein Ziel, nämlich jenes von einem unabhängigen und geeinten Polen, verfolgten, bilden während und nach dem Ersten Weltkrieg die Speerspitze einer Bewegung, die sich die Unabhängigkeit Polens auf die Fahne geschrieben hatte. Die Aktivitäten beider reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück, jedoch bedurfte es eines Ereignisses, das den Kontinent in seinen Grundfesten erschütterte, damit sie ihr Ziel schlussendlich erreichen konnten. Doch inwieweit war es nun Roman Dmowski, beziehungsweise Józef Piłsudski, zu verdanken, dass Polen zu Beginn des 20. Jahrhunderts neu aus der Taufe gehoben werden konnte? Mit den von mir zu Beginn dieser Arbeit gestellten beiden Forschungsfragen, versuche ich dem auf den Grund zu gehen. Sie lauten:

- *„Inwieweit hat sich die politische und militärische Haltung der Nationaldemokraten um Roman Dmowski und des Nationalkomitees gegen die Mittelmächte auf die Verhandlungen in Versailles und die Staatenbildung Polens nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ausgewirkt?“*
- *„Welche Auswirkungen hatte das Geschichtsbild und Nationenverständnis von Józef Piłsudski auf die expansive und aggressive Außenpolitik Polens nach dem Ersten Weltkrieg, welche zu einer enormen Erweiterung des polnischen Staatsgebiets in den ersten Jahren nach Kriegsende führte und in Zukunft für enorme Spannungen mit dem neuen großen Nachbarn im Osten, der Sowjetunion, führen sollte?“*

Zunächst werde ich die erste der beiden Forschungsfragen beantworten. Roman Dmowski setzte sich schon vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs für ein geeintes Polen ein, jedoch unter dem Zepher des Zaren in Sankt Petersburg. Dmowski war der Meinung, dass ein komplett unabhängiges Polen wohl nur schwer zu erschaffen und eben so schwer zu verteidigen wäre. Die Erinnerungen an die gescheiterten Aufstände der vergangenen Jahrzehnte waren trauriger Beweis für die Hilflosigkeit, in der sich das polnische Volk zu Beginn des 20. Jahrhunderts befand. Der Zar, als Schutzherr der Slawen, auch vor allem gegen die Deutschen im Westen, sollte Garant dafür sein, dass das geeinte Polen wieder ein Faktor in Europa sein werde.

Die Gründung des Polnischen Nationalkomitees sowie dessen versuchte Zusammenarbeit mit der Entente gegen die Mittelmächte, die Polen für die längste Zeit des Krieges besetzt hatten, zeigt recht deutlich den Versuch Dmowskis, die Geschicke bei der polnischen Staatsbildung in die eigene Hand zu nehmen. Nachdem der Zar abgesetzt und die Monarchie in Russland abgeschafft worden war, richtet sich der Blick Dmowskis nach Westen, primär in die Hauptstädte der Rest-Entente, Paris und London, sowie in die USA, wo zum einen eine starke polnische Gemeinschaft existierte und zum anderen ein Präsident an der Macht war, dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker am Herzen lag. Letzteres musste wie Musik in Dmowskis Ohren geklungen haben, der nun versuchte, den US-Präsidenten von der Idee eines unabhängigen und ungeteilten Polens zu überzeugen.

Für die Verhandlungspartner in Paris, London und Washington war Dmowskis Polnisches Nationalkomitee, auf Grund dessen klarer Gegnerschaft zum Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, der eigentlich logische Ansprechpartner, wenn es um die Belange Polens und der Polinnen und Polen ging. Denn nicht nur konnte man Dmowski keinerlei Nähe zu den verfeindeten Mittelmächten unterstellen, er war auch von Beginn des Krieges an an einer Zusammenarbeit mit dem Zaren im jetzigen Petrograd, also einem Verbündeten, interessiert.

Zu diesen klar positiven Voraussetzungen gesellten sich jedoch noch einige negative, vor allem seine überaus starke Abneigung gegen die Deutschen, die zumindest für London und Washington weit über das vertretbare Maß hinausging, aber auch sein tief verwurzelter und offen zur Schau gestellter Antisemitismus. Frankreich blickte wohl zumindest teilweise über Dmowskis Antisemitismus hinweg, zu sehr konnte man sich mit seiner antideutschen Haltung identifizieren. Für Frankreich waren es die Lehren aus der Vergangenheit, die eine möglichst starke Bestrafung Deutschlands in den Vordergrund rückten, denn sowohl 1870/71 als auch 1914 war man, zumindest alleine, der vorrückenden deutschen Armee deutlich unterlegen.

Mit Polen hingegen verband man schon seit den Tagen Napoleons eine gewisse Nähe. Denn ein stärkeres Polen bedeutete im Umkehrschluss eine Schwächung Russlands und eben auch Deutschlands.

Auf dem genau umgekehrten Standpunkt beharrte etwa der polnischstämmige, jüdische Historiker Lewis Namier, geboren als Ludwik Bernstein Niemirowski, der seines Zeichens Mitglied der britischen Delegation in Versailles war. Er vertrat den Standpunkt, dass ein zu großes und zu starkes Polen keinen ausreichenden Schutz für die jüdische Minderheit bieten würde. Der Antisemitismus Roman Dmowskis war für ihn Beleg dessen, dass die polnischen Juden in einem neuen polnischen Staat unter allerlei Repressionen zu leiden haben würden. Ganz grundsätzlich unterschied sich die britische von der französischen Sichtweise recht deutlich. Denn nicht die Schwächung der kontinentalen Stellung Deutschlands, sondern vor allem die Auflösung dessen Kolonialreichs und die Reduktion der deutschen Flotte waren die primären Ziele, mit denen Großbritannien in Versailles antrat. Eine zu drakonische Bestrafung der Deutschen würde hingegen nur zu künftigem Revisionismus führen.

Nichtsdestotrotz schaffte es die polnische Delegation bei den Friedensverhandlungen, große Teile ihrer Forderungen durchzubringen, zu Lasten Deutschlands. Eben genau der Umstand, dass Polen mit einer eigenen Delegation in Versailles vertreten war, bot Dmowski und seinen Kollegen eine breite Bühne, um vor der Weltöffentlichkeit für ihre Ziele zu werben.

Ausschlaggebend für die polnische Teilnahme war der Umstand, dass kurz vor Kriegsende eine polnische Armee auf Seiten der Entente an der Westfront in das Kriegsgeschehen eingriff, noch bevor es überhaupt einen polnischen Staat gab, wenn man vom Regentschaftskönigreich einmal absieht.

Diese Armee, die auch auf Betreiben von Dmowskis Polnischen Nationalkomitees aufgestellt worden war, war also die militärische Legitimation für die polnische Delegation. Politisch betrachtet war Dmowski während und nach dem Krieg primär deswegen der Ansprech- und Verhandlungspartner, weil seine potentiellen Konkurrenten um Józef Piłsudski sich alleine schon deswegen diskreditierten, weil sie augenscheinlich gemeinsame Sache mit den Mittelmächten machten. Wie bereits erwähnt, war es vor allem Frankreich, das der polnischen Delegation in Versailles den Rücken stärkte. Es intervenierte auch beispielsweise bei den Aufständen in Oberschlesien und verhinderte dadurch das Niederschlagen der Aufstände durch deutsche Truppen.

Abschließend kann man also zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage feststellen, dass sowohl Dmowskis politische Haltung (gegen die Mittelmächte) und auch das militärische Eingreifen von polnischen Truppen auf Seiten der Entente die Situation für Dmowski nach Kriegsende und bei den Verhandlungen klar begünstigten. Jedoch waren Dmowski und seine Partei, die Nationaldemokraten, bei den westlichen Entente-Mächten nicht unumstritten, sodass die propolnische Haltung Frankreich einen entscheidenden Faktor beim Ausgang der Verhandlungen spielte.

Nun zur zweiten Forschungsfrage: Jozef Piłsudskis Verständnis eines Polens unterschied sich ganz eindeutig von jenem von Roman Dmowski. Während letzterer ein Polen anstrebte, das ausschließlich von Polen bevölkert werden sollte, notfalls auch mit Hilfe von Assimilation und Polonisierung, dachte Piłsudski eher nach föderalen Gesichtspunkten. Historisch bezog er sich klar auf die alte Rzeczpospolita. Das Polen, beziehungsweise Polen-Litauen, bestand eben nicht aus einer rein polnischen Bevölkerung, sondern beherbergte eine Vielzahl von Minderheiten, allen voran Litauer, Juden (2 Millionen) und Ukrainer (4 Millionen). Zum polnischen Kerngebiet Kongresspolens würde das Polen, welches Piłsudski anstrebte, auch große Gebiet im östlichen Grenzgebiet zu Russland, die Kresy, umschließen.

Da diese Gebiete jedoch seit den drei Teilungen im späten 18. Jahrhundert unter russischer Herrschaft standen, wollte die kommunistische Führung in Russland, auch wenn zu Beginn noch das Selbstbestimmungsrecht der Völker propagiert wurde, diese Gebiete nicht ohne weiteres preisgeben. Man sah diesen Teil Europas klar als eigene Interessenssphäre. In Polen sah man hingegen einen Aggressor, der in historischem Revisionismus schwelgte und damit der Weltrevolution im Wege stand.

Historisch begründet waren auch weite Teile der Gebietsansprüche, die Polen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stellte. Rein ethnisch hätte Polen keinen Anspruch auf einen Großteil der Kresy gehabt. Vor allem am Land stellten die Polen bloß eine verschwindend kleine Minderheit, resultierend noch aus der Zeit der Rzeczpospolita, als reiche Polen sich das Land untereinander aufteilten. Religiös und kulturell war das Land viel mehr ukrainisch oder russisch geprägt. Auch die Zahl der Juden überragte jene der katholischen Polen oftmals um ein Vielfaches.

Das alles wäre jedoch für Piłsudski grundsätzlich kein Problem gewesen, ähnliche Verhältnisse herrschten schließlich bereits vor den Teilungen. Ein polnischer Staat, reich an Minderheiten, müsse sich der Bevölkerung der Kresy annehmen und diese gegen östliche

Einflüsse, entweder zaristisch oder kommunistisch, verteidigen. Russland solle auf das ursprünglich russische Gebiet begrenzt bleiben. Nicht einzugliedernde Gebiete, wie etwa ein Litauen mit der Hauptstadt Kaunas oder auch östliche Teil der Ukraine, würden, so Piłsudskis Vorstellung, mit Polen gemeinsam in einer Föderation existieren.

Piłsudski hat jedoch die eigenen Staatsbildungsbestrebungen in diesen Bereichen Europas unterschätzt. Dort gab man sich nicht damit ab, sich bloß mit einem Rumpf des Staatsgebietes zufrieden zu geben. Man sah also in den polnischen Expansionsplänen nicht den Versuch, ein starkes Verteidigungsbollwerk gegen Osten zu errichten, sondern bloß das für eine imperialistische Macht typische Verlangen, möglichst viel Land unter eigene Kontrolle zu bringen. Polen wurde also, im Grunde wie Russland, als Aggressor wahrgenommen, der der eigenen Staatenbildung im Wege stand.

Was bei Jozef Piłsudski persönlich wohl auch noch eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben dürfte, war seine Herkunft. Geboren wurde er nämlich in der Nähe von Wilna. Die Zugehörigkeit dieses Gebiets zu Polen war für ihn also eine biographisch bedingte Selbstverständlichkeit. Dass sich jedoch genau dort die Interessenssphären von Polen und Litauen überlagerten, führte unvermeidlich zunächst zu einem Krieg und später zu einer diplomatischen Eiszeit. Ähnlich verhielt es sich auch im Verhältnis zur Ukraine, Lemberg und Ostgalizien betreffend, sowie bei der Tschechoslowakei um das Herzogtum Teschen. In beiden Fällen war Polen nicht bereit auf strittige Gebiete zu Gunsten einer besseren Beziehung zu den Nachbarn zu verzichten. Diese Isolation, die mit Ausnahme von Rumänien, alle Nachbarstaaten betraf, verkomplizierte natürlich die ohnedies schon bedrohliche Lage Polens in der Zwischenkriegszeit. Denn mit Deutschland und Russland war man nun nicht nur zwischen revisionistischen Großreichen eingeklemmt, man hatte auch kaum verbündete Staaten, die einem im Notfall unterstützend zur Seite hätten stehen können. Man war also auf sich alleine gestellt.

Doch nicht nur von außerhalb gab es wenig bis keine Hilfe. Auch im eigenen Land waren bei weitem nicht alle mit der gegenwärtigen Situation zufrieden. Im Westen gab es in Westpreußen, Posen und Oberschlesien zahlreiche Deutsche, die die Eingliederung an Polen ablehnten und auf eine Wiedervereinigung mit Deutschland hofften. Und in Deutschland sah man sich durch den Verlust des Gebietes übermäßig abgestraft. Deutschland, auch wenn es etwa auf einer Konferenz in Genf 1922 wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen in Oberschlesien beschloss, sah in Polen in den Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg einen

natürlichen Feind, da es Gebiete umschloss, die dem eigenen Empfinden nach eigentlich deutsch waren.

Im Osten wiederum waren es Litauer, Ukrainer und andere Minderheiten, die, wie bereits erwähnt, nicht an der Wiedererrichtung der Rzeczpospolita interessiert waren und stattdessen lieber eine Zugehörigkeit zu Litauen, beziehungsweise der Ukraine gesehen hätten. Die Grenze, die sich nach dem Polnisch-Sowjetischen Krieg, beziehungsweise nach dem Frieden von Riga bildete, wurde zwar von Polen und der Sowjetunion jeweils anerkannt, jedoch führte der Weg, der zu diesen Grenzen führte, auf allen Seiten zu Problemen und Argwohn. Russland sah sich seiner ehemaligen Gebiete beraubt, Litauen der Möglichkeit eines Staates mit der historischen Hauptstadt Wilna, und Polen wurde um seine Föderation gebracht. Piłsudski war zwar bedingt mit seinen Kriegen gegen die Nachbarn, vor allem im Osten, erfolgreich und konnte Polen deutlich vergrößern, jedoch gelang es ihm weder, alle Teile der Kresy wieder in Polen zu integrieren, die ihm seiner Meinung nach zustanden, noch war es ihm möglich, die erhoffte Föderation aufzustellen, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, die ein sicherer und gefestigter Schutzwall gegen die Bedrohungen aus dem Osten gewesen wäre.

Somit standen zu Beginn der 20er Jahre zwar die Grenzen Polens fest, zufrieden damit waren jedoch die allerwenigsten, und zwar zumeist auf beiden Seiten der Grenzen. Keine 20 Jahre später sollte dann der Zweite Weltkrieg und das Vorrücken der übermächtigen Armeen aus den beiden großen Nachbarstaaten Polen kurzzeitig erneut von den Landkarten Europas fegen und Piłsudskis Traum endgültig begraben. Zwar würde Polen nach Ende des Zweiten Weltkrieges erneut entstehen, jedoch unter ganz anderen Vorzeichen. Dieses Mal nämlich war Russland klare Siegermacht und als solche verleibte man sich ein, was einem, vermeintlich, zustand. Polen wurde also quasi nach Westen versetzt, zu Lasten des neuerlichen Kriegsverlierers Deutschland. Genau dort, wo Piłsudski eigentlich am wenigsten Ambitionen hegte, erhielt man nun Land, die Deutschen wurden über die Oder, beziehungsweise die Neiße getrieben. Danzig wurde endgültig polnisch. Im Osten jedoch war fast alles, worum Piłsudski nach dem Ende des Ersten Weltkrieges noch erbittert Kriege geführt hatte, verloren gegangen. Lemberg und Wilna, bedeutende Zentren der Rzeczpospolita lagen nun endgültig außerhalb des polnischen Machbereichs.

9. Literatur

- ALEXANDER, Manfred (2008): Kleine Geschichte Polens. Stuttgart
- AUGUSTYNOWICZ, Christoph (2014): Geschichte Ostmitteleuropas – Ein Abriss. 2. Auflage. Wien: new academic press.
- BOLTOWSKY, Toomas; THOMAS, Nigel; SHUMATE, Johnny (2019): Armies of the Baltic Independence Wars 1918-20. Oxford
- BORODZIEJ, Włodzimierz (2010): Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. München
- BORODZIEJ, Włodzimierz; GÓRNY, Maciej (2018): Der vergessene Weltkrieg. Band I - Nationen 1912-1916. Darmstadt
- BORODZIEJ, Włodzimierz; GÓRNY, Maciej (2018): Der vergessene Weltkrieg. Band II - Nationen 1916-1923. Darmstadt
- BRANDT, Susanne (2018): Das letzte Echo des Krieges. Der Versailler Vertrag. Ditzingen
- BURGDORFF, Stephan (Hg.); WIEGREFE, Klaus (Hg.) (2008): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. München
- CALDER, Kenneth. (1976). The recognition of the Polish National Committee, 1917. In Britain and the Origins of the New Europe 1914–1918. Cambridge
- CONZE, Eckart (2018): Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München
- CREVELD, Martin van (2009): Gesichter des Krieges. Der Wandel bewaffneter Konflikte von 1900 bis heute. München
- DAVIS, Norman (2005): God's Playground. A History of Poland. Volume II. 1795 to the Present. Oxford
- DAVIS, Norman (2001): Heart of Europe. The Past in Poland's Present. Oxford
- GERWARTH, Robert; HORNE, John (Hg.) (2013): Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Göttingen
- HILDERMEIER, Manfred (2017): Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niederlage des ersten sozialistischen Staates. München
- HIRSCHFELD, Gerhard (Hg.) (2014): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn

- JAWORSKI, Rudolf; LÜBKE, Christian; MÜLLER, G. Michael (2000): Eine kleine Geschichte Polens. Frankfurt a. M.
- KÜHN, Hartmut Michael (2018): Polen im Ersten Weltkrieg. Der Kampf um einen polnischen Staat bis zu dessen Neugründung 1918/1919. Frankfurt a. M.
- LEHNSTAEDT, Stephan (2019): Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919/1920 und die Entstehung des modernen Osteuropas. Nördlingen
- LEONHARD, Jörn (2018): Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt: 1918-1923. München
- LOBKOWICZ, Nikolaus (2011): Zwischen Demokratie und Paternalismus. Köln/Weimar/Wien
- LUNDGREEN-NIELSEN, Kay (1979): The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A study of the policies of the Great Powers and the Poles, 1918-1919. Odense
- MACMILLAN, Margaret (2015): Die Friedensmacher. Wie der Versaillers Vertrag die Welt veränderte. Berlin
- PAYNE, Stanley. (2011): Civil War in Europe, 1905–1949. Cambridge
- PRIZEL, Ilya. (1998). National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine. Cambridge
- PUTTKAMER, Joachim von (2010): Ostmitteleuropa im 19. Und 20. Jahrhundert. München
- ROTHSCHILD, Joseph (1974): East Central Europe between the Two World Wars. A History of East Central Europe. Volume IX. Seattle/London
- ROOS, Hans; ALEXANDER, Manfred (1986): Geschichte der polnischen Nation. 1918 – 1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart
- STACHURA, Peter D. (2004): Poland, 1918 - 1945. An interpretive and documentary history of the Second Republic. London
- SZÜCS, Jenő (2015): Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt
- TEMPLIN, Wolfgang (2018): Der Kampf um Polen. Die abenteuerliche Geschichte der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939. Paderborn.
- WEBB, Adrian (2008): Central and Eastern Europe since 1919. London/New York

WANDYCZ, Piotr (2001): *The Price of Freedom. A History of East Central Europe from the Middle Ages to the Present*. London/New York